DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

185 17. JAHRGANG Februar 2000 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

ÖKONUX

Vom Betriebssystem Linux ist bekannt, dass es eine stabil laufende Alternative zum Windows-Betriebssystem ist. Das Linux zugrunde gelegte Entwicklungskonzept ist auch politisch hochinteressant – wurde es doch von einer Vielzahl von Menschen freiwillig und selbstorganisiert entwickelt und ist zudem kostenlos zu haben. Mehr zum Thema und einer neuen Mailing-Liste zur »Neuen Ökonomie« auf Seite 2.

VERBÄNDE

In Hessen dürften ca. 10.000 Erwerbstätige in »demokratischen« Arbeitsverhältnissen beschäftigt sein, schätzt Uwe Weppler, seit 1990 Verbandssekretär beim Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen (VSBH) in seiner Standortbestimmung des Verbandes ein. Dem Verband sind Betriebe und Vereine mit ca. 1.000 Beschäftigten angeschlossen. Ihm wurden nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr sämtliche Mittel zur Förderung von Betriebsberatungen für selbstverwaltete Betriebe gestrichen. Seite 3

JUGENDUMWELT

Die Umweltbewegung hat ihren Frieden gemacht. Es gab kaum Proteste, als die Verbände Mitte der 90er Jahre damit begannen, einen Austausch mit der Industrie und staatlichen Gremien zu suchen. »Tortenwürfe« während einer Podiumsdiskussion beim Jugendumweltkongress am 29. Dezember 1999 könnten den Anfang vom Ende dieses Friedens bedeuten. Seite 5

LOKALE ÖKONOMIE

Vor einem Jahr wurde im Hamburger Stadtteil Ottensen der Stadtteilladen »Neue Arbeit« eröffnet. Besonders das Projekt »UMSONST-Laden« wird von immer mehr Leuten angenommen. Mehr zum »UMSONST-Laden« und anderen Projekten auf Seite 10.

ARBEITEN UND TROTZDEM LEBEN

Die Dresdener Initiative »Samba rabota« will arbeitslos gewordene Menschen, dazu ermutigen, aus dem »Fluch« eine Chance zu machen, eigene Resourcen zu erkennen und statt weiterer Entfremdung mit neuen Arbeitsformen einen Schritt auf sich selbst zuzugehen. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Einkaufsgenossenschaften sind Zusammenschlüsse von Einzelpersonen und/oder kleinen und mittleren Unternehmen mit dem Ziel, durch die Vorteile und Kräfte der Gruppe mehr Einfluss am Markt zu gewinnen. Burghard Flieger stellt die Konzeption zur Gründung von Energieeinkaufsgenossenschaften vor auf Seite 13.

www.contraste.org

Neues aus der Tauschringszene

Tauschen statt kaufen

Letzten Herbst wurde in Berlin, Prenzlauer Berg vom »Fuggbüro«, den »Glücklichen Arbeitslosen«, dem »Institut für Vollbeschäftigung und der Erforschung des Unbemerkten«, der »Hochstaplerakademie« und einigen Künstlern eine Messe zur Geldbeschaffung – die GBM Geldbeschaffungsmaßnahme organisiert. Eingeladen war auch der Kaufhaus Erpresser, Arno Funke alias »Dagobert«, um ein Seminar zur Herstellung von »Geldübergabegeräten« zu halten. »Dagobert« konnte leider nicht kommen...

Foto: Archiv

Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● Dennoch erfuhren die Besucher der Messe allerlei Neues darüber, wie sie sich das knappe Gut »Geld« verschaffen können. So wurden den *Prenzlauer Bergwerks* Aktien emittiert, ein Lehrfilm über Taschendiebstahl wurde gezeigt, in einer Werkstatt kontemplativ das Knacken von Schlössern geübt und ein Wettlauf von (un)glücklichen Arbeitslosen veranstaltet. Mit Tafeln auf denen geschrieben stand, »Spende und du wirst ewig leben«, »Spende und du wirst deiner großen Liebe begegnen«, »Spende und du wirst so gut wie Kapielski« (einem Berliner Underground-Künstler) wurde das Publikum aufgefordert, seine Taschen zugunsten der Kultur zu leeren. Leider mehr oder weniger erfolglos, denn die Subkultur war abgesehen von professionell neugierigen *Medienvertretern unter sich. In der Abschlussdiskussion zeigte sich der Existenzdruck, in den Künstler* und Künstlerinnen in der Krise geraten. Denn bei einem Staatsdefizit von 1,5 Billionen DM bleibt zur Subventionierung von Kunst und Kultur jenseits des Gewohnten nichts übrig. Aber nicht nur die Armut nimmt in der Kulturszene zu, sondern auch die Kritik am herrschenden Geld- und Verteilungssystem: So wurden auf der Messe u.a. auch Geldscheine verbrannt.

In dieser Ausgabe von CONTRASTE geht es aber nicht vorrangig um die Kritik am bestehenden Geldsystem, sondern wieder einmal um die Auswege – um tauschen statt kaufen. Der Unternehmensberater und Autor *Helmut Saiger* meint in einem Interview mit Radio Ruhr, das uns *Volker Windisch* vom Tauschring Essen besorgt hat, dass laut einer EU-Studie durch E-Commerce und Internet weitere 3 bis 7 Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Er macht sich Gedanken zur Zukunft der Arbeit, die er im Ausbau der Eigenarbeit mit neuen Formen des Do-It-Yourself der Familienarbeit sieht, er fordert aber auch eine Weiterentwicklung der »Tauscharbeit« und eine andere Entlohnung von Gemeinsinnarbeit (vom Ehrenamt) oder der Bildungsarbeit, die über Gutscheine entlohnt werden könnten. Voraussetzung dafür ist, dass Kommunen und Betriebe Bürgergeld oder Tauschgeld akzeptieren. Wie so etwas umgesetzt werden könnte, dazu hat der Verein *Neues Lernen e.V.* ein Projekt entwickelt und beantragt, das bei Bewilligung zunächst in den Berliner Bezirken Marzahn und Schöneberg neue Zielgruppen und freie Träger in Tauschringe integrieren will. Vor dem Hintergrund eines fortschreitenden Verdrängungsprozesses von Frauen aus dem Erwerbsleben geht es in dieser Ausgabe auch um *Tauschringe als Modell zum Entgelt sonst unbezahlter Familienarbeit.* Schließlich sei noch zum Thema Tauschringe auf eine Rezension des neuen Buches von *Bernard Lietaer* – Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen hingewiesen.●

Schwerpunktthema Seite 6 bis 9

GBM, GeldBeschaffungsMaßnahme – KünstlerInnen-Aktion Prenzlauer Berg, Berlin (Vorderansicht s. Seite 9)

D 8008

BUNDESANWALTSCHAFT ERFINDET TERRORISTISCHE VEREINIGUNG

Repression gegen Kurdistan-Solidarität

Am 25. Januar 2000 hat das Bundeskriminalamt (BKA) auf Weisung der Bundesanwaltschaft (BAW) mehrere Wohnungen und Büros in Hamburg und Köln durchsucht. In Belgien wurden mehrere Personen von einer Spezialeinheit in Amtshilfe für die deutsche BAW vorübergehend festgenommen. In Hamburg wurde nachmittags als Folgemaßnahme in der »B5« (Brigittenstr. 5) das Büro von »nadir« durchsucht. Auf dem nadir-Server befinden sich die Web-Siten verschiedener linker Gruppen und Zeitschriften.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Das BKA vermutete auf den nadir-Computern weitere Daten, die im Zusammenhang mit ihren Vorwürfen stehen sollen. Um sich Zutritt zu den Räumen zu verschaffen, wurden mehrere Türen aufgebrochen und anwesende Personen, die die Aktion beobachten wollten, der Räume verwiesen.

Um die Beschlagnahmung von Computern zu verhindern, wurden dem BKA von ihnen definierte Dateien und Verzeichnisse ausgehändigt (auf eine mitgebrachte Festplatte kopiert). Bei den kopierten Dateien handelt es sich um im Internet öffentlich zugängliche Daten. Kopiert wurden die Homepages von *AZADI, Isku, Kiz* und *Kurdistan Report*.

Die Maßnahmen wurden mit dem Verdacht auf Bildung einer »terroristischen Vereinigung« (§129aStGB) begründet. Betroffen von diesem staatlichen Willkürakt waren Privatwohnungen und Büros. Abgesehen hatten es die Repressionsorgane auf Personen die vermeintlich in der deutschen Kurdistan-Solidarität aktiv sind. In der belgischen Stadt De Haan wurden 8 Freundinnen und Freunde aus der Kurdistan-Solidarität durch ein Antiterrorkomando der belgischen Polizei festgenommen und nach Brügge verschleppt. Dort wurden sie für sieben Stunden festgehalten und u.a. von deutschen BKA-Beamten verhört. Beschlagnahmt wurden auch hier im wesentlichen Computer und Dateien, die wie in Hamburg via Internet öffentlich zugänglich sind.

Bei den vorübergehend Festgenommenen wurden persönliche Gegenstände wie Geldbörsen, EC-Karten, Krankenkassenkarten usw. beschlagnahmt. Laut Presseerklärung des »Rote Hilfe e.V.« musste »selbst die BAW zugeben, dass ihr über Aktivitäten der von ihr erfundenen terroristischen Vereinigung nichts bekannt sei. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier an Einigen ein Exempel statuiert werden sollte, um die gesamte Bewegung einzuschüchtern.

Die »Rote Hilfe e.V.« begreift die Durchsuchungen und Festnahmen als einen weiteren Versuch, die Solidaritätsarbeit mit Kurdinnen und Kurden, sowie gegen die drohende Hinrichtung des Vorsitzenden der kurdischen PKK, Abdullah Öcalan, zu kriminalisieren.

Die Rote Hilfe e.V. protestiert auf das Schärfste gegen diesen Willkürakt und solidarisiert sich mit den von Durchsuchung und Verhaftung betroffenen Menschen und fordert die sofortige Herausgabe aller beschlagnahmten Computer, sonstigen Materialien und persönlichen Gegenstände, sowie die sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen die betroffenen Personen.«●

Anzeige

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle...

...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!
Solikonto:
Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104, BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"
Infos: www.freilassung.de

00.3637 272 001 ##
Wolfgang Beywl
Bonnstr. 84
D-50321 Brühl

NEUE ÖKONOMIE UND MAILING-LISTEN

Das Projekt Ökonux

Mittlerweile haben viele Leute schon mal vom Betriebssystem Linux gehört. Allgemein bekannt ist, dass es sich um ein Betriebssystem, also eine Alternative zu dem verbreiteten Microsoft-Windows handelt. Oft ist auch noch bekannt, dass Linux – man höre und staune – kostenlos zu haben ist. Mittlerweile setzt sich nicht nur in Fachkreisen die Erkenntnis durch, dass Linux (1) zu allem Überfluss auch noch die allseits bekannten Windows-Macken nicht hat und sehr stabil läuft.

Stefan Merten, Kaiserslautern ● Weniger bekannt ist dagegen auch in linken Kreisen, dass das Linux zugrunde liegende Entwicklungsmodell auch politisch hochinteressant ist. Setzt sich doch hier eine große Zahl von Menschen auf der ganzen Welt freiwillig und selbstorganisiert hin und schafft ein Produkt, das für viele Menschen von hohem Gebrauchswert ist – und das ohne einen Tauschwert dafür einzufordern!

An diesem Punkt setzt Ökonux an.

Entstehung und aktueller Stand

Ökonux verdankt seine Entstehung dem ersten Wizard-Of-OS-Kongress, der am 16./17.7.99 in Berlin (2) stattgefunden hat. Dort wurde in einer kurzfristig angesetzten Diskussionsrunde das Kongress-Thema »Neue Ökonomie?« vertieft. Die TeilnehmerInnen dieser Runde fanden sich kurze Zeit später auf einer Mailing-Liste (3) wieder zusammen, die die Veranstalter der Konferenz Mikro (4) freundlicherweise kurzfristig einrichteten.

Ökonux (= ÖKONomie und linUX) besteht momentan aus dieser Mailing-Liste mit ca. 80 TeilnehmerInnen, auf der ein angenehmes und an Erkenntnis interessiertes Klima herrscht. Mittlerweile gibt es eine zugehörige Web-Site (5), auf der die Diskussion archiviert wird. In einem FAQ (6) liegen die diskutierten Inhalte in komprimierter und strukturierter Form aufbereitet vor. Dies bietet Interessierten neben dem Archiv einen einfache und überschaubare Möglichkeit, in die diskutierten Themen und Thesen einzusteigen.

Um was geht es bei Ökonux?

Ökonux diskutiert breit, ob bzw. welche Auswirkungen das Modell Linux auf die Ökonomie hat bzw. haben kann und was das für eine gesellschaftliche Alternative bedeuten kann. Dabei wird eine breite Palette von Themen aufgegriffen.

Von der oft gestellten Frage wovon Linux-EntwicklerInnen eigentlich leben, spannt sich der Themenbogen über Begriffsklärungen wie »Was ist Wert?«, Analysen der bei Linux zum Einsatz kommenden Methoden bis hin zu weitgreifenden Fragestellungen wie »Könnte Linux eine Keimform für eine postkapitalistische Gesellschaft darstellen?«.

Bei Ökonux werden die aktuellen Entwicklungen auf dem Linux-Sektor wie z.B. die verschiedenen Kommerzialisierungstendenzen verfolgt. Theorien zum Komplex Linux, die von international bekannten Leuten wie Richard M. Stallmann und Eric S. Raymond entwickelt wurden, werden kritisch analysiert.

Ökonux versucht herauszuarbeiten, was das Besondere an Linux ist, aber auch, wo sich ähnliche Phänomene in anderen Bereichen finden lassen. An Marx'schen Kategorien vertretene Thesen über das Produktivkraftmodell werden ebenso debattiert wie die Frage, wie die Linux-EntwicklerInnen selbst solchen Fragen eigentlich gegenüberstehen.

Wie geht's weiter?

Natürlich sind alle Interessierten eingeladen, sich und ihre Meinung aktiv in die Diskussion einzubringen oder den Gedankenaustausch passiv zu verfolgen. Der einfachste Weg zu einer Beteiligung führt über eine Anmeldung bei der Mailing-Liste (7) aber auch ein Besuch der Web-Site ist sicher aufschlussreich.

Die bisherige Entwicklungsdynamik von Ökonux lässt den Schluss zu, dass sich aus den einfachen Anfängen ein richtiges Projekt entwickelt, das einer der spannendsten Fragen unserer Zeit nachgeht: Wie kann eine moderne Vergesellschaftung jenseits des Kapitalismus aussehen, welcher Weg kann dorthin führen – und inwieweit kann Linux und seine Grundlagen dazu beitragen.●

(1) Eigentlich muss von Gnu/Linux gesprochen werden, da das Gnu-Projekt entscheidende Beiträge zum heutigen Linux geleistet hat.
(2) http://www.mikro.org/Events/OS/
(3) Eine Mailing-Liste ist ähnlich einem Briefverteiler vor allem eine Liste von eMail-Adressen. Sie steht in der Regel jedeR InteressentIn zum Lesen und Schreiben offen. Im Internet werden Mailing-Listen dazu genutzt, Leute zu bestimmten Themen per eMail zusammenzubringen.
(4) http://www.mikro.org/
(5) http://www.oekonux.de/
(6) Ein FAQ (Frequently Asked Questions) ist eine im Internet häufig benutzte Form, um Antworten auf häufig gestellte Fragen in leicht zugänglicher Form breit zur Verfügung zu stellen.
(7) Eine Anmeldung erfolgt durch eine eMail an majordomo@oekonux.de, in deren Körper nur die Worte »subscribe oekonux« stehen. Subject ist egal.

AKTION 3.WELT Saar kritisiert geplantes Polizeigesetz im Saarland

Bürger werden zum Sicherheitsrisiko erklärt

Die CDU Landesregierung im Saarland arbeitet zur Zeit an einer Verschärfung des saarländischen Polizeigesetzes. Nach Auffassung der AKTION 3.WELT Saar werden Bürger und Bürgerinnen durch diese geplanten Veränderungen per se zum Sicherheitsrisiko erklärt. Es ist der Rückfall in das obrigkeitsstaatliche Denken des letzten Jahrhunderts. Die in dem Gesetz vorgesehene Einführung von verdachtsunabhängigen Kontrollen im Rahmen der Schleierfahndung zielt nicht auf die Bekämpfung von Verbrechen, sondern auf die Ausweitung polizeilicher Schnüffeltätigkeit. Die Erweiterung der polizeilichen Befugnisse öffnet einer staatlichen Kontrollhysterie Tor und Tür.

Ingrid Röder, Redaktion Saarland ● Die CDU Landesregierung plant zusätzlich die Ausdehnung des »polizeilichen Gewahrsams« auf acht Tage. Auf polizeilichen Verdacht können dann Personen vorsorglich eine Woche eingesperrt werden. Kernstück dieses Kontrollanspruchs ist dabei die Wiedereinführung des harmlos klingenden Begriffes der »öffentlichen Ordnung«, der verschärfend zu dem juristisch verankerten Anspruch nach »öffentlicher Sicherheit« dazu kommt. Letztlich lässt sich mit dieser windigen Konstruktion jedes beliebige Verhalten in das Fadenkreuz polizeilicher Ermittlungen nehmen, je nach politischem Willen und Konjunktur. Mit der Bekämpfung von Verbrechen hat dies wenig, mit der staatlichen Gängelung und Kontrolle von BürgerInnen dagegen viel zu tun.

Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

Selbst die CDU-Saar geht intern davon aus, dass auch unbescholtene Bürger zwangsläufig von den Kontrollmaßnahmen betroffen sein können. Auffallend ist, dass die CDU bisher in ihrer Darstellung kein Beispiel der letzten Jahre nennt, in denen die Anwendung des geplanten neuen Gesetzes aus ihrer Sicht einen Sinn gemacht hätte.

Die AKTION 3.WELT Saar spricht sich im Gegensatz zur CDU dafür aus, Bürgerrechte auszubauen und den zunehmenden polizeilichen Kontrollbefugnissen einen Riegel vorzuschieben. Dieses geplante Polizeigesetz jedenfalls trägt die autoritäre Handschrift einer »Law and order-Mentalität«.●

INTERNET ganz EASY

Internetkurs auf CD für Jugendzentren, Schulen, Unis und andere pädagogische Einrichtungen!

Auf der CD finden sich alle notwendigen Informationen und Erklärungen rund ums Internet. Anhand von Videos, Texten und Grafiken macht man sich und seinen PC fit fürs Internet, kann sich aus unserem Providervergleich den richtigen Provider raussuchen, lernt richtig zu surfen, erfährt alles über E-Mail und bekommt gezeigt, wie man sich eine eigene Homepage zusammenstellt und sie im Internet veröffentlicht. Für alle beschriebenen Internetanwendungen gibt es die benötigte Software auf der CD zur direkten Nutzung. Der Kursteil wird durch ein Internet ABC (1032 Begriffe von A-Z) und eine HTML-Referenz (alle Befehle der Internetprogrammiersprache) ergänzt.

Produziert wurde diese CD von 10 Jugendlichen und zwei Betreuern des Jugendnetzes Frankfurt/Offenbach, die für diesen Kurs all ihr Wissen zusammengetragen haben. Das Hessische Landesinstitut für Pädagogik (Zentralstelle Medien und Daten) hat die CD bereits für alle hessischen Schulen gekauft. Alle anderen Jugendlichen und Erwachsene erhalten die CD gegen einen Unkostenbeitrag von 10 DM zuzüglich 3 DM Porto; bei Abnahme eines Kartons (25 Ex.) 200 DM plus Porto.

Bestellungen bitte an: Team Jugendnetz Frankfurt, c/o Jugendclub Praunheim, Graebestrasse 2, D- 60488 Frankfurt, Tel. (0 69) 82 36 39 05, Fax 85 00 09 46
E-Mail: ige@junetz.de

Jugendkulturpreisträger NRW 2000 gesucht

Schon was vor im neuen Jahrtausend? Wie wär's damit, Jugendkulturpreisträger NRW 2000 zu werden? Ab sofort sind Kinder und Jugendliche, freie und öffentliche Träger und Initiativen mit Sitz in NRW aufgerufen, ihre Bewerbungen um den mit insgesamt 10.000 DM dotierten Preis einzureichen.

Alle, die zwischen 1998 und Ende April 2000 innovative, nachahmenswerte, spannende Projekte in den Bereichen Kreativer Mediengebrauch (Computer/ Neue Medien, Foto, Film, Video, Radio, etc.), Bildnerisches Gestalten, Ausstellung/Aktion/Performance, Literatur/Lesen/Schreiben, Musik/Klang, Tanz/Rhythmik, Theater/Darstellendes Spiel durchgeführt haben, sollten diese unbedingt zur Bewerbung einreichen. Das Improvisationstheaterstück von Sechsjährigen ist ebenso gefragt wie das internationale Online-Magazin von Teens und Twens, Hip-Hop und Breakdance sind ebenso willkommen wie Akrobatik und Slapstick, Mädchen-Techno kann gegen Jungen-Rap, Malerei, Skulptur, Performance gegen Fotografie, Stadtteilprojekte können gegen internationale antreten und, und... Bewerbungsschluss ist der 30.04.2000. Bewerbungsunterlagen können in der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste/Jugendkunstschulen NRW e.V., Luisenstraße 22, D-59425 Unna, Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57 Email: BJKB_LKD@compuserve.com angefordert werden.●

dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2000

Die Monatsstatistik

Im Jahr 1999 konnten wir mit Hilfe unserer LeserInnen und Fördermitglieder ein zu erwartendes Deckungsloch in Höhe von 10.000 DM verhindern. Gleichzeitig haben die Beitritte in den CONTRASTE e.V. dazu beigetragen, dass sich die in diesem Jahr zu erwartende Deckungslücke auf 5.000 DM reduziert. Ziel der »Aktion 2000« ist es, die Deckungslücke durch Spenden, Neuabos und Fördermitgliedschaften bis zum Jahresende zu schließen. Schön wäre es wenn darüber hinaus auch ein Teil der Altschulden in Höhe von 5.000 DM abgetragen werden könnte. Nachfolgend die aktuelle Statistik:

Auch in diesem Monat konnten wir neue Mitglieder für einen Eintritt in den CONTRASTE e.V. gewinnen. Vier Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:

- Christian Reischl, München (120 DM)
- Peter Walpurgis, Flensburg (120 DM)
- Werkhof e.V., Darmstadt (300 DM)
- Jobst Quis, Schnega (120 DM)

Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 420 DM an Mehreinnahmen.

Folgende Spenden gingen auf unserem Konto ein:

- Nico-Reiner Schindler, Mannheim (100 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 160 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 780 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Zehn Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen von 920 DM und bereinigt einen Minusbetrag von 140 DM. Damit benötigen wir für das Jahr 2000 noch 10.320 DM.

Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

10 JAHRE FÜR DIE SELBSTVERWALTUNG

Plädoyer für ein humanes Wirtschaften

Nach dem Regierungswechsel in Hessen sind prompt die Mittel zur Förderung von Betriebsberatungen für selbstverwaltete Betriebe gestrichen worden. In fünf Jahren haben 120 Betriebe, dreiviertel als Existenzgründungen, davon profitiert. Das »netz Hessen« als betroffener Verband kann seitdem die Stelle für seine vernetzende Funktion der Beratungsvermittlung nicht mehr finanzieren. – Gelegenheit für eine Standortbestimmung von Uwe Weppler, der seit 1990 Verbandssekretär beim »netz Hessen – Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen e.V. (VSBH)« ist.

Uwe Weppler, Red. Rhein/Main ● Der VSBH wurde 1983 anlässlich der durch die hessische Regierungsbeteiligung der GRÜNEN erwirkten Förderung von selbstverwalteten Betrieben (Hessenknete) gegründet. Sechseinhalb Jahre später wurde die Auflösung diskutiert, da gerade noch 23 zahlende Mitglieder dem Verband angehörten.

Durch meine Selbstverwaltungserfahrungen im Blätterwald, der Krebsmühle (Oberursel) und der Frankfurter Ökozentruminitiative motiviert und mit der Überzeugung, dass Demokratie in der Wirtschaft anfangen sollte, statt dort aufzuhören, begann ich für den Verband tätig zu werden. Im Interesse und mit Unterstützung derer, die den Verband als Vernetzungsinstrument nicht sterben lassen wollten. Ein glücklicher Umstand war, dass mit dem Anfang 1991 erfolgten Regierungswechsel die Hessenknete-Debatte wieder begann.

Mitgliederzahlen wieder stabil

In den folgenden Jahren hatte die Mitgliederzahl einen Höchststand von 53 erreicht. Eine Mitgliederzahl wie zur Gründungszeit, als es noch darum ging, 7 Millionen DM jährlich an Fördergeldern zu verteilen. Heute sind es noch 45 Mitglieder – auch deshalb, weil sich in den letzten Monaten sieben Betriebe aufgelöst haben. Ansonsten haben sich in den letzten Jahren Ein- und Austritte die Waage gehalten. Zusammen mit den über das *netz-Versorgungswerk* angeschlossenen Betrieben, Vereinen und Selbständigen sind es etwa 170 Mitglieder. Der Versorgungswerk-Mitgliederzuwachs resultiert daraus, dass der Verband seit 1992 als Landesverband »netz Hessen« des bundes- und europaweit tätigen »netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation« tätig ist. Neben Hessen gibt es mit dem netz NRW nur noch einen funktionierenden Verband für soziales und ökologisches Wirtschaften in einem Flächenstaat der BRD.

Zwischen Dienstleistungen und Inhalten

In den vergangenen Jahren hat das netz Hessen sein Angebot an Dienstleistungen ausgebaut. Neben dem Versorgungswerk für Alter und Berufsunfähigkeit waren bzw. sind dies Qualifizierungsseminare, ein Wertgutscheinheft für den Einkauf bei Mitgliedern, Betriebsberatungszuschüsse und die Kundenzeitschrift »*fairnetzt*«. Die Angebote »VerNETZT telefonieren«, Job-Ticket und Ausbildungsverbund sind nicht oder von zu wenigen angenommen worden. Die Einkaufsgemeinschaft für Ökostrom und die Präsentation von Betrieben im Internet sind derzeit im Entstehen begriffen. Eine Ausweitung des Verbandes mit Regionalbüros in Kassel, Marburg, Fulda und Darmstadt ist aufgrund mangelnder Resonanz in den Regionen wieder aufgegeben worden, wobei, aufgrund fehlender finanzieller Mittel, der Zeitraum für diesen Versuch sehr kurz war.

Größere Resonanz fanden inhaltliche Veranstaltungen zu Themen wie alternative Finanzierungsinstrumente, Probleme mit der Ökobank, Krebsmühle – gestern, heute, morgen, die Auftaktveranstaltung zur Seminarreihe »Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen«, zur Hessenknete in Kassel, zum Kriegssteuerboykott anlässlich des Golfkriegs und zur MitarbeiterInnengesellschaft (MAG). Über das Selbstverständnis der Selbstverwaltung wollte jedoch kaum einer diskutieren.

Politisches Verständnis und Selbstverständnis

Mit dem Regierungswechsel in Hessen Anfang 1999 sind die seit 1991 von Rot-Grün gewährten Fördermittel wieder gestrichen worden; während in anderen Bundesländern besondere Förderprogramme für Betriebe mit Mitarbeiterbeteiligung – in anderen europäischen Ländern gar eigene Rechtsformen, verbunden mit Zuschüssen für Mitarbeitergesellschaften – geschaffen wurden. Speziell für selbstverwaltete Betriebe gibt es bundesweit keine Förderung mehr, die letzte existierte in Hessen.

Nur wenige Mitarbeiterbetriebe werden heute den orthodoxen Kriterien der Selbstverwaltung noch gerecht oder sind nach außen noch politisch aktiv. Vor allem, da das gesellschaftliche Umfeld, das die außerparlamentarischen Bewegungen geboten hatten, verlorengegangen ist und sich viele Betriebe mit ökonomischen Problemen auseinanderzusetzen haben. Zu finden ist aber ein überbetriebliches Kooperationsinteresse, häufig über Personen vermittelt, und das Bedürfnis nach Austausch, Gemeinschaftsgefühl und Vernetzung. Ursächlich scheint dafür auch zu sein, mit den Werten der Selbstverwaltung eine gesellschaftspolitische Wirkung zu erzielen: Sicher nicht mehr mit dem eng gefaßten Begriff von Selbstverwaltung, aber möglicherweise als human wirtschaftender Betrieb, der Mitarbeiterinteressen über die Vermehrung von Kapitalanteilen stellt. Klar wollen oder müssen alle Geld verdienen, aber nicht auf Kosten der Beschäftigten, sondern DURCH die Beschäftigten.

Einziger Verband für Wirtschaftsdemokratie und soziale Gerechtigkeit

Das netz Hessen ist ein Regionalverband. Gegenüber anderen Interessensverbänden wie *Unternehmensgrün* oder der *AGP* grenzt er sich dadurch ab, dass er die betriebliche Mitentscheidung der Beschäftigten in den Vordergrund rückt. Er ist der einzige Unternehmensverband in Hessen, der sich für betriebliche Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzt.

Dem branchenübergreifenden Verband sind Betriebe und Vereine mit etwa 1.000 Beschäftigten angeschlossen. Hessenweit dürften allerdings über 10.000 Erwerbstätige in »demokratischen« Arbeitsverhältnissen beschäftigt sein. Die Schwerpunkte dieser Betriebe sind unterschiedlich gesetzt, die einen heben inhaltliche Aspekte wie Ökologie oder Soziales hervor, die anderen ihre kooperative Struktur oder einfach »nur« ihr politisches Bewusstsein. Die in der Regel bundesweit organisierten Branchenverbände (z.B. BNN) können für die Praxis ihrer Mitglieder eine wertvolle Hilfe sein. Demgegenüber hat das netz Hessen landespolitisches Gewicht, kann regionale Akzente setzen und hessische Förderprogramme, als Lobbyinstrument seiner Mitglieder, beeinflussen. Vor allem aber kann das netz Hessen dazu beitragen, die branchenübergreifende Idee eines humanen Wirtschaftens weiterzutragen.

Konsequenzen

Das netz Hessen ist das einzige Sprachrohr einer größeren Anzahl human wirtschaftender Betriebe und Vereine in Hessen. Erinnert sei hier an den Satzungszweck des Verbandes: Zweck des Verbandes ist die Vertretung der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder. Insbesondere hat er im Rahmen seiner Möglichkeiten das Organisationsprinzip der Selbstverwaltung als wünschenswerte gesellschaftliche Alternative zu propagieren und öffentlich zu vertreten sowie alle damit zusammenhängenden Aktivitäten zu entfalten.

Die Arbeitsverhältnisse sind aktuell im Wandel begriffen, humane Arbeitsplätze werden immer mehr zum Thema, wenn auch in der Regel, um die Wertschöpfung des sogenannten Humankapitals zu steigern. Wird nun das »Organisationsprinzip der Selbstverwaltung« durch »humanes Wirtschaften« ersetzt, ist dem Verbandszweck entsprochen und das netz Hessen gewinnt wieder eine klare Zielrichtung, woraus sich ein Auftrag ableiten lässt.●

AKTION 3.WELT Saar lehnt »Brot statt Böller«-Appell ab

Schlechtes Gewissen hilft nicht gegen Hunger

Ingrid Röder, Redaktion Saarland ● Seit Jahren versuchen verschiedene Hilfswerke zum Jahresende unter dem Motto »Brot statt Böller« den BöllerkäuferInnen ein schlechtes Gewissen einzureden. Der mit diesem Aufruf unterstellte Zusammenhang zwischen dem Sylvesterfeuerwerk sowie Hunger und Armut in der Welt ist beliebig gewählt und existiert nicht. Genausogut könnte man dazu aufrufen, keine Handys oder Computer zu kaufen. Das Engagement für Gerechtigkeit und Solidarität führt ins Leere, wenn es mit dem moralischen Zeigefinger und einer Leidensmine einher geht. Nur Menschen, die auch Feste feiern, können sich glaubhaft für eine bessere Welt einsetzen. Mit dem Aufruf »Brot statt Böller« wird nach Ansicht der AKTION 3.WELT Saar lediglich ein schlechtes Gewissen erzeugt, das für Zuwachs in der eigenen Spendenkasse sorgen soll.

Die Existenz von Hunger hat vielfältige Ursachen. Häufig wird in Ländern der sogenannten 3.Welt auf besten Böden für den Export in die Industrieländer angebaut. Umgekehrt sorgen subventionierte Agrarexporte – vor allem Fleisch – aus Europa oder den USA dafür, dass einheimische Märkte in den 3.Welt-Ländern zusammenbrechen. Die Öffnung der Märkte bei gleichzeitiger Streichung von Nahrungsmittelsubventionen in den 3.Welt Staaten ist meist Bedingung, um Kredite vom »Internationalen Währungsfonds« (IWF) zu erhalten; zum Beispiel im Falle von Mozambique. Um den Hunger zu bekämpfen, muss die viel gepriesene Liberalisierung des Welthandels geändert werden. Heute werden weltweit genügend Nahrungsmittel produziert, so dass niemand hungern müsste. Dass Menschen hungern, liegt letztlich an der ungerechten Verteilung und an der Verwendung von Nahrungsmitteln als Viehfutter. Demnach ist Hunger kein Schicksal, sondern wird gemacht. »Die heute weltweit durchschnittlich pro Kopf produzierte Menge an Nahrungsmitteln würde bei konservativen Bedarfsannahmen ausreichen, um schon heute etwa sechseinhalb Milliarden Menschen zu versorgen«, so der Agrarexperte Dr. Michael Flitner von der Universität Freiburg (zitiert aus »Welternährung«, Bonn, Sept'96)

Wer sich darüber informieren will, warum Menschen hungern, obwohl mehr Lebensmittel erzeugt werden, als benötigt, empfehlen wir die Bibliothek der AKTION 3.WELT Saar. Gegen 2,20 DM Rückporto senden wir gerne kostenlos eine Auswahlliste von vorhandenen Publikationen zu, darunter auch Unterrichtseinheiten.

AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, D-66679 Losheim am See, Tel. (0 68 72) 9930-56, Fax - 57, E-mail: a3wsaar@t-online.de●

Anzeige

KOMMENTAR

Netz Hessen vor Neu-Orientierung?

Erst werden vom Land die jahrelang gewährten Fördermittel gestrichen, dann muss auch die eigene Zeitschrift ihr Erscheinen einstellen: Der Verband »netz Hessen« steht nun vor der Frage, wie es weitergehen soll. Außerdem zeigt sich exemplarisch, wie sich die Abhängigkeit von staatlichen Fördergeldern (wenn auch nicht direkt nachweisbar) auf Projektzusammenhänge auswirken kann. – Der Autor war ca. fünf Jahre für »netz Hessen« aktiv.

Peter Streiff, Red. Stuttgart ● Nach vier Jahren und acht Ausgaben stand Ende September letzten Jahres die Entscheidung fest: Die geplante nächste Ausgabe der *fairnetzt* konnte mangels finanzieller Möglichkeiten nicht mehr erscheinen. Weder konnte eine mitfinanzierende Stiftung gewonnen noch genügend Anzeigen aquiriert werden.

Was in der ersten Ausgabe im Mai '95 als Basis dieser kostenlosen Zeitschrift benannt wurde – »gegenseitige Werbung und Information« mit dem Ziel, »verschiedene Menschen und unterschiedliche Betriebe und Projekte miteinander zu vernetzen« – reichte nicht mehr aus für ein Weiterbestehen. Statt auf Abo-Einnahmen setzte das Konzept auf breite Verteilung in den Betrieben des *netz Hessen* sowie an 400 Auslegestellen.

Im ersatzweise an die Verbandsmitglieder verschickten Rundbrief kommentierte *Marlis Cavallaro* treffend: »fairnetzt wurde nicht dramatisch erdolcht, sondern 'erschwiegen'. Wir haben ihr lediglich die Augen zugedrückt.« Und im Zusammenhang mit den gestrichenen Fördergeldern zeichnet sie ein eher düsteres Bild vom mittlerweile fünfzehnjährigen Verband: »Das Hinscheiden eines gemeinsamen Blattes ist Symptom der Schwindsucht von Erneuerungskraft, Identifikation und Partizipation im netz Hessen-Zusammenhang. Der *fairnetzt* selig droht das Verbandsbüro ins finanzielle Jenseits zu folgen. Die allgemeine Problematik der vorwiegenden Abhängigkeit wichtiger Projektbereiche von staatlichen Fördergeldern zeigt sich immer deutlicher.« Noch ist besagtes Jenseits nicht erreicht und es bleibt Zeit, »neue Wege zu visionieren«.

Zeit aber auch, innezuhalten und zu fragen, was das schweigende Ende der eigenen Zeitschrift mit den Folgen der jahrelangen öffentlichen Förderung zu tun haben könnte – abgesehen davon, dass auch andere linke Publikationen eingestellt werden mussten. Zugegeben – man kann die Gründung des Verbands der selbstverwalteten Betriebe in Hessen vor fünfzehn Jahren wohl nicht als Resultat von gemeinsamen Kämpfen bezeichnen, eher war es eine pragmatische Lösung, um als Verhandlungspartner der ersten rot-grünen Regierung für die Verteilung der sogenannten Hessenknete auftreten zu können.

Nach dem Ende dieses Förderprogramms reduzierte sich dann zwar die Anzahl der Mitgliedsbetriebe, aber der Verband fiel nicht auseinander. Die verbleibenden Mitglieder wollten den »Verband als Vernetzungsinstrument« erhalten und konnten später mit der Neuauflage von Rot-Grün in Hessen (1991) wieder in die Debatte um Förderprogramme einsteigen.

fairnetzt
Selbstverwaltung, Teamarbeit und Ökologie in Hessen
Unser Schwerpunkt: Ausbildung und Selbstverwaltung
Jugend in Berufsnot
Soja – echt bio?
INHALT

Die letzte Ausgabe der eingestellten »fairnetzt«

Angesichts der jetzigen Sprachlosigkeit der Mitglieder nach dem Ende der geförderten Beratungsvermittlung sowie dem Aus der eigenen Zeitschrift kann mit einigem Zweifel die Frage gestellt werden, ob die damalige gemeinsame Basis (Vernetzungsinstrument) der aktiven Betriebe ausgereicht hat, um dem Verband genügend Leben einzuhauchen. Oder zeigt sich im nachhinein, dass die verschiedenen Aktivitäten – wie beispielsweise eine latent defizitäre Zeitung zu produzieren – nicht den primären Bedürfnissen der Mitglieder gegenüber dem Verband entsprochen haben? Bedürfnisse, die deutlicher artikuliert worden wären, wenn alle Verbandsaktivitäten von den Mitgliedern finanziert worden wären und keine Fördermittel existiert hätten? Mit anderen Worten: Haben die Fördermittel des Landes (und bspw. auch die strukturellen Bedingungen, die an Förderprogramme gebunden sind) direkt oder indirekt dazu beigetragen, die aktiven Mitglieder mit ihren Wünschen oder Forderungen an den Verband erlahmen zu lassen?

Hätte, wenn und aber: Es geht nicht drum, die geleistete Verbandsarbeit schlecht zu machen. Im Hinblick auf die anstehenden Diskussionen, wie sich der Verband neu orientiert und in welchem Bereich die Mitglieder eine zukünftige gemeinsame Basis finden, lohnt sich hingegen ein Blick zurück allemal, um in ähnliche Situationen nicht noch einmal zu geraten. Eine Debatte, an der sich gerne auch andere Betriebe und Verbände beteiligen können.●

DER EXPO 2000 WIDERSTANDS-KALENDER

Vorher

3.-5.3. in München
Seminar zur Expo 2000
Hintergründe, Funktion der Expo, Widerstand
Info: Anti-Expo-AG, c/o Infoladen München

3.-5.3. in Bielefeld
6. bundesweites Anti-Expo-Treffen

24.-26.3. in Nordrhein-Westfalen
Seminar zur Expo 2000
Hintergründe, Funktion der Expo, Widerstand
Info: JungdemokratInnen/Junge Linke, Kieler Str. 129c, Wuppertal

7.3.-14.4. (Eröffnung: 7.3. 18 Uhr)
Hannover, Pavillon
GENiale Zeiten (Ausstellung und mehr)
Info: Pavillon

8.3. Überall
Intern. Frauenstreiktag
Info: 0511/21979-0

21.3. Überall
Aktionstag gegen Rassismus
Info: Pavillon, Klaus Strempel, 0511/344558

24.3. Überall
Jahrestag des NATO-Krieg gegen Jugoslawien

30.3.-2.4. in Hannover
Anti-Gentech-Kongress
Info: ASTA Hannover, 0511/762-5051

30.3.-2.4. in Mülheim/Ruhr
Anti-Atom-Frühjahrskonferenz

1.5. Überall
Global Action Day gegen Neoliberalismus und Expo 2000
Info: Büro für mentale Randale

Aktionswoche gegen die Expo 2000

27.5. in Hannover
Große Demo gegen Expo 2000
Info: Anti-Expo-AG

27.5.-4.6. in Hannover und in anderen Eröffnungsorten Aktionen, Aktionscamps, direkte Aktion und mehr Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwikkelt werden. In Hannover wird eine Infrastruktur aus Büroräumen, Camps und mehr bereitstehen.
Info: Anti-Expo-AG

1.6. Eröffnung der Expo
Aktionswoche gegen die Expo 2000
1.6. in Hannover
Zentraler Aktionstag gegen die Expo-Eröffnung
Motto: London - Seattle .... und jetzt Hannover!!!
Kleine und große, nette, spaßige oder direkte Aktionen gegen die Expo –seid Sand oder Steine im Getriebe!
Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent)führer mit allen Daten zur Expo und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht!
An Ende sind Birgit Breuel und Gerhard Schröder fertig wie Bill Clinton am 30.11. in Seattle ...
Info: Anti-Expo-AG

3./4.6. in Hannover
Innen!stadt!aktions!tage
Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover

31.5.-4.6. in Berlin
Gesundheitstag 2000
(menschliche Gesundheit, auch als Gegenbild zur Expo 2000 – genannt »Impo 2000«)
Infos: Christl Burkhardt, 030/7940343-4, Fax -5

4.6. unterwegs
Radtour »Das Tote Meer soll leben«

Weitere Aktionen

9.-13.6. in Mellendorf
Anti-Expo-Camp
Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415

9.-13.6. in Walsrode
Anti-Expo-Camp
Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055

11.6. in Hannover
Innenstadt-Aktionstag
Info: Die Falken, 0511/528298

15.6. Überall
Autofreier Hochschultag

18.6. Überall
Aktionstag Mobil ohne Auto
Info: Umkehr e.V., 030/4927-473

1.7.-30.7. in Hannover
Interkulturelle FrauenLesben-Uni
Info: Bego, c/o ASTA Hannover, 0511/7625064

Im Juli in Hannover
Internationales JournalistInnentreffen

Fortsetzung Seite 5

DEBATTE TEIL II

Individuelle Utopisten und die Anarchie

In CONTRASTE Nr. 183 eröffnete Gerhard Kern die Debatte mit einem Beitrag von Ernst Bloch über Stirner, Proudhon, Bakunin. Einen ersten Debattenbeitrag von Johannes Hilmer haben wir untenstehend dokumentiert. Gerhard Kern schickte uns nachfolgenden Text: Jean Paul Satre fügt dem o.g. Thema die folgende Aussage zum Subjektivismus (der als Teil des Individualismus verstanden werden kann) hinzu. Es wird ersichtlich, dass die individualanarchistische Setzung »Tu was du willst« nur dann einen positiven Gehalt bekommt, wenn der individuelle Wille in der Potenz sozusagen universalistisch ist. Oftmals wird aber der »Einzige« (Stirner) so verstanden, dass es nur auf die ganz individuelle Befindlichkeit ankomme und das individuelle Begehren ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt werden könne.

Satre schreibt: »Der atheistische Existentialismus, für den ich stehe, ist zusammenhängender, er erklärt, dass wenn Gott nicht existiert, es mindestens ein Wesen gibt, bei dem die Existenz der Essenz voraus geht, ein Wesen, das existiert, bevor es durch irgend einen Begriff definiert werden kann, und dass dieses Wesen der Mensch oder, wie Heidegger sagt, die menschliche Wirklichkeit ist. Was bedeutet hier, dass die Existenz der Essenz vorausgeht? Es bedeutet, dass der Mensch zuerst existiert, sich begegnet, in der Welt auftaucht und sich danach (= später) definiert. Wenn der Mensch, so wie ihn der Existentialist begreift, nicht definierbar ist, so darum, weil er anfangs überhaupt nichts ist. Er wird erst in der weiteren Folge sein, und er wird so sein, wie er sich geschaffen haben wird. Also gibt es keine menschliche Natur, da es keinen Gott gibt, um sie zu entwerfen. Der Mensch ist lediglich so, wie er sich konzipiert – ja nicht allein so, sondern wie er sich will und wie er sich nach der Existenz konzipiert, wie er sich will nach diesem Sichschwingen auf die Existenz hin; der Mensch ist nichts anderes als wozu er sich macht. Das ist der erste Grundsatz des Existentialismus. Das ist es auch, was man die Subjektivität nennt und was man uns unter eben diesem Namen zum Vorwurf macht.

Aber was wollen wir denn damit anderes sagen, als dass der Mensch eine größere Würde hat als der Stein oder der Tisch? Denn wir wollen sagen, dass der Mensch zuerst existiert, das heißt, dass er zuerst ist, was sich in eine Zukunft hinwirft und was sich bewusst ist, sich in der Zukunft zu planen. Der Mensch ist zuerst ein Entwurf, der sich subjektiv lebt anstatt nur ein Schaum zu sein oder eine Fäulnis oder ein Blumenkohl; nichts existiert diesem Entwurf vorweg, nichts im Himmel, und der Mensch wird zuerst das sein, was er zu sein geplant hat [...]

Somit ist der erste Schritt des Existentialismus, jeden Menschen in Besitz dessen, was er ist, zu bringen und auf ihn die ganze Verantwortung für seine Existenz ruhen zu lassen. Und wenn wir sagen, dass der Mensch für sich selber verantwortlich ist, so wollen wir nicht sagen, dass der Mensch eben nur für sein Individuum verantwortlich ist, sondern dass er verantwortlich ist für alle Menschen [...] indem (der Mensch) sich wählt, wählt er alle Menschen [...] Was wir wählen ist immer das Gute und nichts kann gut sein, wenn es nicht gut für alle ist [...] Das bedeutet: Der Mensch, der sich bindet und der sich Rechenschaft gibt, dass er nicht nur der ist, den er wählt, sondern außerdem ein Gesetzgeber, der gleichzeitig mit sich die ganze Menschheit wählt, kann dem Gefühl seiner ganzen und vollen Verantwortlichkeit schwerlich entrinnen. Gewiss, viele Leute sind nicht bange; aber wir behaupten, dass sie sich ihre Angst verkleiden, dass sie ihr entfliehen; sicherlich glauben viele Leute, wenn sie handeln, nur sich selber zu binden; und wenn man ihnen sagt: aber wenn alle Welt so handeln würde? – zucken sie die Achseln und antworten: Alle Welt handelt eben nicht so. Aber in Wahrheit muss man sich immer fragen, was würde geschehen, wenn wirklich alle Welt ebenso handeln würde? Und man entrinnt diesem beunruhigenden Gedanken nur mit einer Art von Böswilligkeit. Der Mensch ist verurteilt, frei zu sein. Verurteilt, weil er sich nicht selbst erschaffen hat, andererseits aber dennoch frei, da er, einmal in die Welt geworfen, für alles verantwortlich ist, was er tut.«●

aus: Jean Paul Sartre, Ist der Existentialismus ein Humanismus?: Drei Essays, Frankfurt a. M. (Ullstein), 11 - 16

DEBATTENBEITRAG:

Einmal Kleinbürger – immer Kleinbürger?

Ein Beitrag zur Debatte in CONTRASTE 183, S.4: Ernst Bloch »Individuelle Utopisten und die Anarchie« von Johannes Hilmer, Bochum

Ob Ernst Blochs Zeilen über »Individuelle Utopisten und die Anarchie« zur Erhellung der gegenwärtigen Diskussion über alternative Gesellschaftsvorstellungen beiträgt, erscheint mir mehr als fraglich.

Beispiel Michail Bakunin: Seine vorausschauende Warnung vor den Folgen des Staatssozialismus, die der russische Anarchist lange vor Etablierung der Parteiherrschaft der Bolschewiki in Russland abgab, wird von Bloch als »schreckhafte Äußerung« bzw. »Autoritätshass« (sollten die nach 1917 von Lenins Polizei erschossenen Anarchisten und Sozialrevolutionäre diesen Lenin noch nach dem Tode preisen?) abqualifiziert, ohne sich auch nur mit einem Wort über eben diesen autoritären und menschenfeindlichen »Sozialismus« Leninscher und Stalinscher Herkunft auszulassen!

Beispiel Pierre-Joseph Proudhon: Die Wiederholung der sattsam bekannten marxistischen Phrasen über die angeblich kleinbürgerlichen Wurzeln des Anarchismus machen diese auch nicht wahrer, scheinen aber in Deutschland – anders als z.B. in Frankreich – ein hartnäckiges Eigenleben zu haben!! Jeder, der sich (wie der Verfasser in seiner Arbeit »Philosophie de la Misère oder Misère de la Philosophie?« Peter Lang Verlag 1997, in CONTRASTE besprochen in Nr.182, S.14) die Mühe macht, Proudhons Schrift »System der ökonomischen Widersprüche oder die Philosophie des Elends« mit Marx' Antworttext »Das Elend der Philosophie« zu vergleichen, kommt nicht umhin festzustellen, dass Marx mit allen Mitteln versucht, den 9 Jahre älteren und berühmteren Franzosen als politischen Gegner zu bekämpfen. An Stelle einer wissenschaftlichen oder/und politischen Diskussion über das Ziel einer antikapitalistischen Gesellschaft bzw. die Wege dahin stellt Marx willkürlich Zitate aus Proudhons Text zusammen, reißt sie aus dem Zusammenhang und schreckt selbst vor Zitatfälschungen nicht zurück!

Hintergrund: Bei der Umwandlung des Bundes der Gerechten, in dem bis dahin verschiedene sozialistische Strömungen nebeneinander exisitierten, in den Bund der Kommunisten im Juni 1847 werden Marx und Engels mit der Ausarbeitung eines politischen Programms für den Bund beauftragt. Sieben Monate vor Erscheinen des Kommunistischen Manifests (Februar 1848) ist »Das Elend der Philosophie« die erste programmatische Schrift des Bundes der Kommunisten.

Marx entwickelt im »Elend der Philosophie« die Grundlagen seiner politischen Strategie: Das sich in den Kämpfen für höhere Löhne organisierende Proletariat gehe zum politischen Kampf gegen den Kapitalismus über, zerschlage diesen in einer gewaltsamen Revolution und errichte den Sozialismus (von der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat redet Marx erst im Kommunistischen Manifest). Alle dieser Konzeption widersprechenden sozialistischen Anschauungen – u.a. Proudhons, Wilhelm Weitlings, Robert Owens, Charles Fouriers, Pierre Leroux' – werden vom sich etablierenden Papst der Arbeiterbewegung als utopischer Sozialismus gebrandmarkt, der mit der Ausarbeitung des »wissenschaftlichen Sozialismus« durch Marx ausgedient habe. Dabei war es Proudhon, der als Erster und lange vor Marx den Begriff des »wissenschaftlichen Sozialismus« in die Welt gesetzt hat!

Im »Elend der Philosophie« wird Proudhon als Kleinbürger denunziert und von Marx lächerlich gemacht, weil Proudhons evolutionäre (schrittweise) Strategie der Überwindung des Kapitalismus bzw. seine Dialektik (die Marx gar nicht versteht, da er ganz auf die Hegel'sche Dialektik fixiert ist!) Marx' Auffassungen widersprechen. Um Proudhon als einen in der damaligen europäischen Arbeiterbewegung anerkannten Sozialisten diffamieren zu können, scheint »Kleinbürger« für Marx das ideale Beschimpfungswort. Mit Kleinbürger bezeichnet Marx jene zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse befindliche Schicht (z.B. Bauern, Handwerker), die im Laufe der Industrialisierung ins Proletariat absinke und deshalb reaktionäre Vorstellungen habe. So wolle der Kleinbürger z.B. ins Mittelalter zurück, wo es ihm besser gegangen sei. Ein Kleinbürger ist demnach natürlich nicht in der Lage, der sich radikalisierenden Arbeiterklasse den richtigen (=Marx'schen) Weg zu zeigen!

Vor und nach Erscheinen des »Elends der Philosophie« wurden die Anhänger Weitlings, Karl Grüns (des deutschen Übersetzers von Proudhon) und Proudhons aus dem Bund der Gerechten bzw. dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen, ein Vorgang, der sich später in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung zigmal wiederholen wird! Und meistens lautete die Begründung für einen Ausschluss: wegen kleinbürgerlicher Abweichungen! Selbst die Erschießungen politischer Gegner, auch dissidenter Kommunisten, wurden – nicht nur unter Stalin – mit diesem Wort KLEINBÜRGER gerechtfertigt.

Die Diffamierung Proudhons als Kleinbürger dürfte aber noch einen anderen Grund haben: Marx kann so vertuschen, dass er von Proudhons ökonomischem Wissen entscheidend profitierte. So gelang Proudhon z.B. lange vor Marx die Definition des Kapitals als angehäufte Arbeit und die Feststellung, dass der Kapitalist sich den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert unentgeltlich aneignet. Proudhons ökonomische Theorien trugen zudem mit dazu bei, dass Marx sich von der Philosophie Ludwig Feuerbachs abund der Analyse des Kapitalismus zuwandte!

Dass diese Analyse – mit den notwendigen Korrekturen (Marx blendete als alter Macho z.B. die Rolle der Hausarbeit bei der Bestimmung des Wertes der Ware Arbeitskraft völlig aus) – ihren Beitrag bei der Überwindung des Kapitalismus leisten kann, steht für den Verfasser dieser Zeilen außer Frage. Wenn man etwas aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen kann, dann vielleicht dies: Jeder Versuch, den eigenen Weg zur alternativen Gesellschaft als den Königsweg hochzujubeln, zerstört die mögliche und fruchtbare Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Richtungen. Die Zeiten der 'reinen Lehre' sollten endgültig vorbei sein! Nur die Anerkennung (oder zumindest Tolerierung) aller Wege, die versuchen, den seit 1968 weltweit in der Krise befindlichen Kapitalismus zu Fall zu bringen, kann Aussicht auf Erfolg haben!!!●

Anzeige

Reader
Vom Gesellschaftlichen Naturverhältnis zur postmodernen Ordnung
Artikel u.a. zu EXPO 2000 & Biopolitik, Globalisierung & Patriarchat, Nachhaltiger Entwicklung, Regional- und Stadtentwicklung, Technik- und Wissenschaftskritik
Schriftenreihe Band 02
DM 8,- incl. Porto, Bestellung gegen Vorkasse
Rosa-Luxemburg-Initiative
- Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik
Postfach 10 21 44, 28021 Bremen

Anzeige

NEUE BROSCHÜREN!

Dein Recht als JobberIn
16 Seiten, DM 3,–
Syndikat A

Einführung in die arbeitsrechtlichen Regelungen für JobberInnen.

bewi und jan
Totalverweigerung
32 Seiten, DM 4,–
Syndikat A

Weder Kriegsdienst noch (Kriegs)Ersatzdienst! Eine kleine Einführung für Totalverweigerer.

Syndikat-A
anarchosyndikalistischer Medienvertrieb
Bismarckstraße 41 a · D-47743 Moers
Bestelltelefon / -Fax 0 28 41 / 53 73 16
e-mail: faumo1@fau.org

Gesamtverzeichnis anfordern!

JUGENDUMWELTKONGRESS IN TÜBINGEN

Torten gegen Anbiederei

Eine kritische und direkte Auseinandersetzung mit den NGOs ist nötig!

Spätestens seit Mitte der 90er Jahre gilt die Umweltbewegung als zahm. Die Verbände, sich neudeutsch als NGOs bezeichnend, suchen ihr Heil in staatlichen Gremien, in Jointventures zwischen Ökos und Industrie, bevorzugt den Großkonzernen, sowie in sanfter Öffentlichkeitsarbeit für herrschaftsbegleitende Grünkosmetik der Marke Nachhaltigkeit und Agenda. Protest kam kaum, die wenigen kritischen Stimmen gegen diesen einschleimenden Kurs konnten als verwirrte oder gescheiterte Existenzen ausgegrenzt werden – bis hin zum Vorwurf, dass Kritik an der Anbiederung wohl vor allem dadurch begründet sei, dass da Einzelne weniger Fördergelder bekommen hätten.

Der Moment der Tortenwürfe. Von links: Die Moderatorin greift verzweifelt eine Tortenwerferin an. Von Beginn an hatte die Moderation Harmonie erreichen wollen. Die Pro- und Contra-Expo-Leute auf dem Podium durften sich z.B. nicht direkt entgegnen, im Publikum gab es keine Mikrofone. Vermummt – eine Person aus der Aktionsgruppe. Daneben und Schutz suchend Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe und Schatzmeister des Deutschen Naturschutzings. Er befürwortet die Teilnahme von Ökoverbänden an der Expo und wurde vom DNR-Präsidium, dem auch die Chefs von BUND, NABU usw. angehören, in den Expo-Beirat entsandt. Ganz rechts sitzt Ernest Mitschke, Mitarbeiter bei der Expo 2000 GmbH – noch unsicher lächelnd, während von hinten »seine« Torte naht.

Jörg Bergstedt, Redaktion Emanzipatorischer Umweltschutz (im Aufbau) ● Der 29. Dezember 1999 könnte das Ende dieses Friedens bedeuten. Ort des Ganzen: Der Jugendumweltkongress in Tübingen. Tathergang: Zum Ende einer Podiumsdiskussion über Sinn und Unsinn der Expo 2000 warfen vermummte ExpogegnerInnen aus Jugendaktionsgruppen dem anwesenden Expo-Vertreter und dem Befürworter einer Zusammenarbeit von Expo 2000 und UmweltschützerInnen Torten ins Gesicht. Unmittelbare Folge: Während die beiden Getroffenen die Sache eher cool nahmen und sich der Umweltverbandsprofi *Jürgen Resch* bereits wenige Tage, nachdem er die Tortenreste aus seinem Gesicht gekratzt hatte darum bemühte, Veröffentlichungen mit Expokritik und auch der Kritik am unkritischen Mitmachen bei der Expo zu erwerben und zu lesen, brach für Teile der handzahm gewordenen Umweltbewegung eine Welt zusammen.

Mehrere Jahre war Verlass darauf, dass Umweltbewegung eine Mischung aus Nestwärme und Geldabzockerei waren. Jetzt war der Konsens gestört. Der Jugendumweltkongress, Tatort der beschriebenen Handlung, debattierte tagelang über das Geschehene. Und immer wieder wurde die Doppelforderung laut: Alle, die für die Torten verantwortlich waren (ca. 30 Leute aus verschiedenen Aktionsgruppen), sollten rausgeschmissen werden. Für die Expomacher aber sollte die Umweltbewegung und ihre Treffen ein Schutzraum sein – genauso wie TeilnehmerInnen, die mit rassistischen Arbeitskreisen oder antisemitischen Äußerungen auftraten, aber von der Nestwärme einer entpolitisierten Bewegung geschützt wurden. »Irgendwie wollen die doch auch dasselbe« hieß es.

Die Torten zum Anfang machen!

Seit Jahren verraten FunktionärInnen von Umweltverbänden, LobbyistInnen und auch viele EinzelakteurInnen die Ideen einer Umweltbewegung bzw. auch vieler anderer politischer Zusammenhänge. Sie kungeln mit denen, die für eine Welt der Ausbeutung und Unterdrükkung verantwortlich sind. Die Expo 2000 ist ein Höhepunkt dieser Entwicklung. Die Show technisch optimierter Ausbeutung wird durch das Mitmachen vieler Öko-, Frauen- , Eine-Welt-, Jugendverbände usw. sozial-ökologisch getarnt. Dafür ist viel Geld geflossen, aber dieses Geben und Nehmen hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Staat, Konzerne und NGOs sind zu einem dichten Filz geworden, wo gilt: Eine Krähe hakt der anderen kein Auge aus!

Dieser Konsens ist gebrochen. Durch die Torten. Das wurde Zeit, war längst überfällig. Die Chance kann ergriffen werden. Das Signal lautet: Der Frieden mit denen, die ständig mit der Macht kungeln, muss vorbei sein. Wir brauchen eine politische Bewegung (und damit auch eine Umweltbewegung), die widerständig wird. Angesichts der Verhältnisse in der Gesellschaft, d.h. der Ausbeutung von Mensch und Natur; ist das wichtiger denn je. Die Taktik des Dialogs ist definitiv gescheitert. Die Umweltbewegung hat ein Jahrzehnt verloren durch eine falsche Strategie der Anbiederung. Jetzt ist notwendig, aus den Fehlern zu lernen und die Kritik offen zu zeigen. Wir sind nicht eine Bewegung! Wir sind ganz unterschiedlich – das Getue um Harmonie und Geschlossenheit dient nur denen, die weitermachen wollen auf dem Weg der Anbiederung. Eine grundlegende Änderung weg von Staats- und Wirtschaftsnähe hin zum Widerstand und zum selbstorganisierten Handeln wird nicht ohne Konflikte ablaufen können. Wer Konflikte scheut oder sogar ablehnt, arbeitet denen zu, die ein »Weiter so« wollen.

Der Expo-Widerstand ist geeignet, Widerstand zu üben. Wenn am 1.6.2000 in Hannover die Expo verhindert wird wie am 30.11.99 die WTO in Seattle, wären alle die widerlegt, die immer (auch vor Seattle) behauptet haben, radikaler Stil brächte nichts. Die Expo 2000 kann damit der symbolische Anfang dafür sein, dass Regierungen, Konzerne usw. nicht einfach mehr so weitermachen können. Es soll ungemütlicher werden für sie, Stück für Stück immer mehr, bis diese Welt wieder den Menschen gehört und nicht dem Kapital, den Firmen und Regierungen, den Sicherheitsdiensten usw. Um das zu erreichen, sollte die Expo auch genutzt werden, um die Verbände und Gruppen, die seit Jahren irrtümlich glauben, die Mächtigen mit lieben Worten überzeugen zu können, zurückzugewinnen für den Widerstand. Politische Bewegungen waren immer stark, wenn sie selbst agieren – und zwar öffentlich und ohne Anbiederung. Das werden nicht alle AnpasserInnen in den Verbänden so mittragen – es werden Köpfe rollen. Denen, die Spitzenplätze beim BUND, WEED, NABU, WWF & Co. nur besetzen, um von dort aus staatstragende Politik zu machen, steht der Weg offen, doch ganz zum Staat zu gehen. Fast alle Parteien freuen sich über aktive Mitglieder. Politischer Widerstand aber sieht anders aus!●

DEFINITION:

»Was ist Natur?«

Der Streit beginnt schon bei der Definition. »Werte an sich«, die der Natur oder z.B. Tieren zugebilligt werden, werfen die Frage auf, welche Rechte hier wie bestehen. Besteht die Natur an sich, d.h. ist ihre Form eine objektive Wahrheit? Meist zeigt sich, dass solche Begriffe und Definitionen, die als nicht hinterfragbar daherkommen, vor allem einem dienen: Macht. Definitionsmacht ist Macht – immer!

Dahinter steht immer ein Interesse, etwas definieren zu können. Der Begriff und der Wert von Natur sowie der Sinn von Naturschutz muss also aus emanzipatorischer Sicht neu definiert werden. Der Versuch geschah im Rahmen des AK »Umweltschutz von unten« auf dem 22. BUKO. Herausgekommen sind einige Gedankenfetzen, die Grundlage für die weitere Diskussion bilden sollen.

Zum Naturbegriff: Die Natur ist immer eine menschliche Projektion. Sie wird nie als solches wahrgenommen, sondern je nach Stimmung, Erfahrungen und Wissen unterschiedlich, z.B. als gefährlich, romantisch, heil oder zerstört. Alles ist relativ – eine berankte Wand ist im Vergleich zu Betonwüsten naturnah. Im naturnahen Wald wäre sie das nicht. Auch der Wert von Natur ist immer eine menschliche Definition. Ein Selbstzweck oder ein Wert an sich ist nicht vorstellbar, denn auch diesen festzustellen, wäre Sache des Menschen. Auf keinem Stein und auf keinem Baum steht sein Wert. Etwaige Berechnungen des Wertes haben eher dazu geführt, die Natur zum Rohstoff zu degradieren. Der Wert, den die Natur für den Menschen hat, ist abhängig vom Menschen selbst. Der Natur, Tieren, Pflanzen oder unbelebten Teilen, einen Wert und/oder Rechte zu verleihen, ist wichtige Aufgabe des Menschen bzw. der Gesellschaft.

Für den Naturschutz bedeutet das, die Menschen als Subjekte, d.h. als den Wert von Natur definierende Personen zu stärken und dafür zu werben, die natürlichen Lebensgrundlagen, die Tiere und Pflanzen für wichtig zu nehmen. Welche Position dabei wer einnimmt, kann sehr unterschiedlich sein. Es gibt keine von außen oder gar oben definierten Grenzen oder Rahmenbedingungen. Der Mensch definiert, was ihm an der Natur wichtig ist und wie er sie schützen bzw. gestalten will, welchen Raum er Tieren, Pflanzen und natürlichen Prozessen gibt. Dass er das tut und die Natur (oder z.B. Tiere) keinen Wert an sich haben, ist nicht das Ende des Naturschutzes, sondern der Anfang. Er legt die Entscheidung in die Hand der Menschen. Emanzipatorischer Umweltschutz stellt genau diese Machtfrage: Es gibt keinen Staat, keine Religion und auch kein Naturgesetz, das den Menschen von der Aufgabe entledigt, selbst werten und entscheiden zu müssen. Die Debatte geht weiter.●

(Quelle: Ö-Punkte 4/99)

Projekte und Termine »Umweltschutz von unten«

Kongress im Herbst
In den Anfängen steht die Planung für eine Tagung, wo intensiv über den emanzipatorischen Umweltschutz informiert und diskutiert werden soll, u.a. in den Themenbereichen:

- Naturschutz von unten statt Flächensicherung per Verordnung
- Stromgewinnung von unten statt Ökostrom im liberalisierten Netz
- Umweltbildung von unten statt Öko-Trichterpädagogik
- Beteiligungsrechte statt Agenda 21

Ins Auge gefasster Termin ist der 30.9. bis 3.10. Ein geeigneter Ort wird noch gesucht. In der nächsten Zeit soll ein Vorbereitungsteam entstehen, dass auch einen inhaltlichen Reader zusammenstellt und auch über den Kongress hinaus als Diskussionsforum zum Thema bestehen bleiben soll. Der Kongress wäre das erste Vorhaben der Gruppe. Kontakt: Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe. Tel.: Jörn Hartje, 04533/792259.

Buch »Gegenbilder zur Expo«
Wir leben in einer visionslosen Zeit. Realpolitik ist nichts anderes mehr als die Neudefinition des Bestehenden oder ohnehin sich Verändernden (als Folge vor allem von Interessen). Politischer Bewegung fehlt es an populären Gegenbildern zu einer neoliberalen Welt. Rechtzeitig zur Expo soll daher ein Buch entstehen, das der Verwertungslogik und den Herrschaftsstrukturen eigene Entwürfe gegenüberstellt – um die Debatte zu öffnen, denn Kapitalismus, innere Sicherheit, Abschottung und Abschiebung usw. sind nicht nur übrig geblieben, sondern sie werden permanent auch übrig gelassen.

Kritik und Visionen, Widerstand und neue Experimente sind nötig. Zurzeit werden fünf Hauptkapitel für das Buch diskutiert: Kein Mensch ist gleicher (feministische, antirassistische Perspektiven), freie Menschen in freien Vereinbarungen (Selbstorganisation, Ökonomie von unten usw.), Umwelt als Umwelt des Menschen (emanzipatorischer Umweltschutz), Niemand herrscht nirgends (regionale und internationale Gleichberechtigung), Strategien politischer Bewegung.

Kontakte zu den einzelnen Gruppen, die an den Teilen arbeiten, über Jörg Bergstedt, 0171/8348430 oder projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de. Das Buch soll im Juni fertig werden und nach Beginn der Expo präsentiert werden – eventuell im Rahmen einen Kongresses zum gleichen Thema.

Umweltbildung von unten
Ca. ab April soll hier intensiver gearbeitet werden. InteressentInnen können sich melden bei Thomas Schmidt, Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, D-23554 Lübeck, jupluebeck@t-online.de.

Ö-Punkte
Ende Februar erscheint die nächste Ausgabe mit dem Schwerpunkt »Verkehr« und dem neuen Anti-Expo-Kalender. Für Ende Mai ist dann ein Heft geplant, das sich mit Bewegungsstrategien, Widerstand usw. auseinander setzt – Debattenstoff für die dann laufende heiße Phase des Expo-Widerstandes.
Die »Ö-Punkte« suchen finanzielle UnterstützerInnen. Das Projekt ist nur dauerhaft überlebensfähig, wenn sich ca. 20 FördererInnen finden, die 1.000 DM pro Jahr zahlen. Kontakt: Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen.

DER EXPO 2000 WIDERSTANDS-KALENDER

Im Juli in Berlin
Expo-Kongress »Local Heroes 21« Nachhaltigkeit, Agenda, Ökoneoliberale Konzepte sowie NGO/Konzern-Verbrüderungs-Symbolik (Veranstalter sind die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände) Aktionen gegen den Kongress geplant
Info: Netzwerk »Umweltschutz von unten«, http://go.to/umwelt

7.-9.7. in Hannover
IKK – Interkonexiones
Info: Pavillon

10.7.-6.8. in Hannover
Chaos-Tage
»Die Bestie wird geweckt«

15.7.-20.8. bei Hannover
Zeltcamp der DLRG-Jugend
Info: DLRG-Jugend Nds., 0511/8379212

Mitte Juli bis Anfang August
Friedensreiter (unterwegs im Raum Hannover gegen Expo-Projekte)

18.7. Spanien-Aktionstag (aus Anlass des Nationaltages von Spanien auf der Expo)

20.8. in Hannover
Mexiko-Aktionstag: Chiapas und mehr (aus Anlass des Nationaltags von Mexico auf der Expo)
Info: Ya Basta, karawane@mail.nadir.org

9.9. in Hannover
Subversives Kulturfest

27./28.9. in Prag
IWF-Tagung (Int. Währungsfonds)
(»IWF – Mördertreff!«)

30.9.-3.10.
Kongress »Umweltschutz von unten«
Perspektiven ökologischer Arbeit
Info: Institut für Ökologie, 04533/792259

3.10. in Hannover und Dresden
Antinationaler Aktionstag (aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit, der gleichzeitig Deutschland-Nationaltag auf der Expo ist)
Info: Infoläden Dresden und Wiesbaden

3.10. im Pavillon Hannover:
»Wir begrüßen unsere Diktatoren«

ca. 9.-13.10.
Europäische Konferenz gegen Rassismus
UNITED for intercultural Action, 0031/20/6834778

Im Herbst in Berlin
23. BUKO zur Weltwirtschaft
Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Info: BUKO, 040/393156

31.10.
Offizielles Ende der Expo (bis hierhin hoffen die Expo-MacherInnen, durchzuhalten) Auch der Tag, an dem Birgit Breuel stöhnt: »Puuhhh, hätten wir das nur nie angefangen«

Fazit

Der Kampf für eine Welt von unten hat erst begonnen ...

ADRESSEN UND INFOS

Feministische Expo-Kritik: mamba.
(AG feministische Expo-Kritik),
c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, D-30167 Hannover

Ökologische Expo-Kritik: Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, D-23843 Bad Oldesloe, institut@inihaus.de

Emanzipatorischer Widerstand, ReferentInnen: Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
landfriedensbruch@gmx.de

Koordination Süd: Anti-Expo-AG Tübingen, c/o Infoladen, Schellingstr. 6, D-72072 Tübingen

Innen!Stadt!Aktion!, Repression: Innenstadt-Aktionsgruppe c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c, D-30167 Hannover

Rundbrief, EinsteigerInnen-Infopaket (je gegen 10 DM): Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, D-45657 Recklinghausen, 02361/17483
antifare1@koma.free.de.

Region Hannover, ReferentInnen, Aktionswoche: Anti-Expo-AG c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, D-30167 Hannover

Internationalistische Expo-Kritik, Strategien: FROXS, St.Pauli-Str. 10/12, D-28203 Bremen.

Pavillon, Lister Meile 4, D-30161 Hannover, 0511/344558

Aktuelle Infos: www.expo-no.de

5 Arbeiten braucht das Land...

Tauschringe

Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf

Buchautor Helmut Saiger im Gespräch mit Radio Ruhr (Mülheim)

Es scheint fraglich, ob diese Gesellschaft in Zukunft noch Vollbeschäftigung erreichen kann. Vier Alternativen zur Erwerbsarbeit sieht Helmut Saiger, Unternehmensberater und Autor aus Lünen. Am 4. August interviewten ihn Thomas Beeking und Oliver Hehn von Radio Ruhr, Mülheim, über die Zukunft der Arbeit. Kürzlich bekam die CONTRASTE-Redaktion das Tape von ihnen.

von Volker Windisch, Essen – Red. Tauschringe

Radio Ruhr: *Herr Saiger, warum brauchen wir eine neue Beschäftigungsgesellschaft?*

Helmut Saiger: Meine These ist: Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf, und ich meine damit, dass wir das Ziel Vollbeschäftigung nicht mehr erreichen werden. Ganz im Gegenteil, wird die Zahl der Arbeitslosen auf Dauer erheblich steigen. Es gibt dazu bspw. eine neue Studie der EU, wonach allein das Internet und der E-Commerce 3 bis 7 Millionen neue Arbeitslose in Deutschland produzieren werden. Es wird dadurch auch ein paar 100.000 neue Arbeitsplätze geben; aber nicht für diejenigen, die Arbeit verlieren, sondern für die jungen Menschen, die in diese neue Technologie hineinwachsen.

Welche Alternativen bieten sich also zur jetzigen Beschäftigungsgesellschaft an?

Meine Aussage heißt: 5 Arbeiten braucht das Land. Das heißt, die Erwerbsarbeit sollten wir in Zukunft ergänzen um 4 weitere Arbeiten: nämlich einen Ausbau der Eigenarbeit, der Aufbau einer neuen Bürger-zu-Bürger-Tauscharbeit, die Gemeinsinnarbeit und die Bildungsarbeit im Rahmen des lebenslangen Lernens.

Wir brauchen also verschiedene Beschäftigungsbereiche für die Menschen von morgen, damit sie noch Arbeit haben.

Ich sehe in der Zukunft eine 5-Arbeiten-Gesellschaft vor mir, in der gleichberechtigt und gleich-anerkannt, und das ist ganz wichtig, folgende Arbeiten immer wieder neu kombiniert werden können: die Erwerbsarbeit von Vollzeit bis Teilzeit, die Eigenarbeit: damit ist alles von Do-it-yourself- bis zu Familientätigkeiten gemeint. Es gibt inzwischen Prognosen, dass der technische Fortschritt und das Internet, das vor den privaten Haushalten ja nicht haltmacht, ganz neue Formen der Eigenarbeit ermöglicht. Also nicht nur traditionelle technische Tätigkeiten für Haus oder Wohnung oder die Familientätigkeiten, sondern bspw., dass man sich selber ein Kleid designt und das dann über das Internet als Auftrag an einen Bekleidungshersteller sendet. Im Rahmen dieser Eigenarbeiten entsteht natürlich auch ein zunehmendes geldsparendes Realeinkommen. Die nächste Arbeit ist die Bürger-zu-Bürger-Tauscharbeit. Damit ist folgendes gemeint: Warum soll man alle Waren und Dienstleistungen nur von Betrieben beziehen? Warum können nicht Bürger, die ja über Fertigkeiten verfügen, direkt Arbeiten untereinander anbieten, z.B. über eine Vermittlungsbörse? Damit dieser Arbeitsaustausch zwischen den Bürgern, den es heute schon vielfach gibt, nicht am Geld scheitert bzw. sich voll entfalten kann, ist es sinnvoll, ein eigenes Verrechnungsmittel einzuführen, z.B. die Bürgerpunkte. Das heißt, man bietet dann Arbeiten direkt anderen Haushalten an, bekommt dafür Bürgerpunkteguthaben, und mit diesem Guthaben kann man geldsparend wieder Dienste anderer Bürger beziehen. Alle Betroffenen an diesem Prozess haben dann mehr Geld übrig für Dinge, die es nur am Markt zu kaufen gibt.

3 Alternativen für eine zukünftige Arbeitsform haben wir ja gerade schon gehört. Welche ist denn jetzt die Vierte, Herr Saiger?

Die vierte Arbeit ist die Gemeinsinnarbeit. Dazu gehören sowohl ehrenamtliche Tätigkeiten, aber auch mehr Bürgerkooperation und -beteiligung im Rahmen einer neuen Bürgergesellschaft. Auch für diese Tätigkeit soll es mehr als heute sowohl finanzielle als auch immaterielle Belohnung geben: finanziell z.B. ein Bürgergeld, wenn sich Bürger bspw. an einem Stadtmarketingprozess beteiligen oder im Kindergarten mithelfen. Alternativ oder in Ergänzung zum Bürgergeld kann es natürlich auch Bürgerpunkte geben, und Vermögensbildungsgutscheine für die Alterssicherung. Die fünfte Arbeit ist, dass Bildung und Wissen in Zukunft die zentrale Rolle spielen werden, und – das ist meine Forderung – dass es deswegen notwendig ist, Bildung auch als Arbeit anzuerkennen und entsprechend zu honorieren. Eine Möglichkeit ist, dass es bei der Entlohnung von Erwerbsarbeit, aber auch von anderen Arbeiten, Bildungsgutscheine gibt, aus denen ein lebenslanges Lernen finanziert werden kann.

Bei wem kann man diese Bildungsgutscheine dann einlösen, bzw. wie kann man sie bekommen?

Nehmen Sie mal einen Sozialplan im Betrieb an: Da könnte man als Teil des Sozialplanes in Form von Bildungsgutscheinen vergeben, damit die Menschen die Möglichkeit haben, sich für neue Tätigkeiten im Erwerbsberuf, aber auch außerhalb des Berufes zu qualifizieren. Man gibt dann beim Bildungsanbieter den Bildungsgutschein ab, und damit holt sich der Anbieter das Geld vom Aussteller des Bildungsgutschein wieder, z.B. vom Betrieb. Das lässt sich auf alle möglichen Gebiete anwenden, nehmen wir Existenzgründungen: Viele Existenzgründungen scheitern, weil sich die Leute auf diesem Gebiet nicht qualifizieren. Also könnte man einen Teil der öffentlichen Förderung in Form von Bildungsgutscheinen vergeben.

4 Ergänzungen zur normalen Erwerbsarbeit: Wie werden diese Segmente zusammenarbeiten können, wie stellen Sie sich das vor?

Der Grundgedanke ist, dass die Menschen ein ganz flexibles System haben. Wenn jemand z.B. in der Jugend sagt: Ich konzentriere mich jetzt auf Erwerbsarbeit und Beruf, wird er das hauptsächlich machen, und nicht so viel von den anderen Arbeiten. Baut er eine Familie auf, wird er mehr in die Eigenarbeit gehen. Entschließt er sich für einen Teilzeitjob, hat er Zeit übrig z.B. für die Bürger-zu-Bürger-Tauscharbeit. Entdeckt er ein Thema, das ihn für sein Gemeinwohlengagement interessiert, hat er die Möglichkeit, auf eine attraktive Infrastruktur zurückzugreifen, wo er sich engagieren kann: von Sport über Politik bis zu sozialen Engagements. Dasselbe gilt für die Bildungsarbeit: Immer wenn er neuen Lebensanforderungen begegnet, kann er sich in einem ausgebauten System der Erwachsenenbildung, das gleichzeitig die Schule und die Erstausbildung entlastet, zielgenau neu qualifizieren. Das muss nicht im Erwerbsleben sein – das ist das Attraktive – sondern kann auch im Rentnerdasein passieren. Wir stehen ja vor der Situation, dass ein Drittel der Bevölkerung zu den Seniorinnen und Senioren gehören wird, mit einer Lebensdauer, die länger ist als die Kindheits- und Jugendzeit, auf Grund des medizinischen Fortschritts. Den Rentnern bleibt ja praktisch heute jede Tätigkeit verschlossen: Man bietet ihnen Skat, Mallorca und Fernsehschauen an, ab und zu auf die Kinder aufpassen. In dieser 5-Arbeiten-Gesellschaft ist eben Raum für Seniorentätigkeiten. Aus diesen 5 Arbeiten entstehen dann auch neue Einkommen, geldsparende Einkommen aus Eigenarbeit, genauso aus der Tauscharbeit in Form der Bürgerpunkte, aber auch neue geldliche Einkommen z.B. in Form des Bürgergeldes oder einer breiteren Vermögensbildung. Ich sehe die Möglichkeit, dass in Zukunft für einen Großteil der Bevölkerung eine realistische Chance besteht, dass sie nur noch einen Halbtagserwerbsjob ausüben, weil die andere Hälfte des dann fehlenden Einkommens durch außerberufliche geldliche und geldsparende Einkommen ausgeglichen werden kann.

Seine Tätigkeiten kann man also quasi eintauschen gegen andere Tätigkeiten, die andere Bürger dann für mich machen. Ist das richtig?

Das ist ja das besonders Attraktive an der Bürger-zu-Bürger-Tauscharbeit, heute in Form der Tauschringe. Ich sage: meine Leistung gegen deine Leistung; wir tauschen die nicht gegen Geld, sondern durch eigene Verrechnungseinheiten; wir sparen dadurch Geld für Urlaub, Versicherung oder Auto. Wenn man das mal ausrechnet, wenn die privaten Haushalte in Deutschland nur 4 Stunden pro Woche eine solche Bürger-zu-Bürger-Tauscharbeit machten, dann würde das über 4 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen entsprechen. Das heißt: Allein in dieser einen von den 5 Arbeiten entsteht schon ein erhebliches Potenzial zur wesentlichen Minderung der heutigen Arbeitslosigkeit.

Foto: Archiv

Bürger-zu-Bürger-Tauscharbeit ist aber immer noch nicht richtig legalisiert. Es gibt Probleme im steuerlichen Bereich. Wie kann man das nun politisch durchsetzen, Herr Saiger?

Das Problem ist tatsächlich, dass die überall herausspießenden Tauschringe zumindest in Deutschland noch im so genannten rechtsfreien Raum und damit mit großer Unsicherheit agieren müssen. In Amerika ist das teilweise anders: Da gibt es inzwischen Regelungen für die Tauscharbeit. Wenn sich das verbreiten soll, müsste es das bei uns natürlich auch geben. Dazu braucht es erst einmal ein neues Denken, dass man nicht weiterhin nur das, was Erwerbsarbeit oder selbstständige Tätigkeit als Gewerbe oder Freiberufler ist, als Arbeit anerkennt, sondern auch anerkannte Tätigkeitsmöglichkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit schafft und legalisiert. Beim Tauschring könnte das bspw. so aussehen, dass man nach und nach Vereinbarungen z.B. unter Hinzuziehung der Kammern findet, welche Tätigkeiten zugelassen sind und welche nicht; dass man im steuerlichen Bereich überlegt, analog zu anderen Tätigkeiten, bis zu welchem Umfang steuerliche Freigrenzen eingeführt werden können, und was darüber hinausgeht. Mal ein kreativer Gedanke: Warum sollen diese Arbeitserträge dann nur in Geld bezahlt werden, warum kann eine Kommune nicht auch in »Kohle« (*Essener Tauschwährung, d.Verf.*) oder in Bürgerpunkten Steuern erheben und mit diesen Bürgerpunkten bspw. wieder Bürgerengagement honorieren? Die können das dann wieder im Tauschring einsetzen .... Das Dritte ist, dass man auch bestimmte Qualifikationsangebote schafft, bspw. über Volkshochschulen, und eine gewisse Grundversicherung, wie es sie als Berufsgenossenschaft oder Haftpflicht gibt, vielleicht sogar zur Voraussetzung macht. Ein Punkt wäre noch, dass ein Arbeitsloser oder Sozialhilfeempfänger nicht bestraft wird, wenn er in diesem Tauschring mitmacht, sondern dass es begrüßt wird, dass er auch Aktivität zeigt und damit seine Fähigkeiten erweitert. Man kann das ja erstmal in Form zeitlich begrenzter Gesetze machen, um überhaupt einen Erfahrungsspielraum zu bewirken.

Wie können wir Staat und Wirtschaft in Tauschring oder in diese neue Beschäftigungsidee miteinbeziehen?

Was auf uns zukommt, ist eine Bürgergesellschaft, in der es diese neue Arbeitsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgerinstitutionen geben wird. Das heißt bei der Gemeinsinnarbeit, dass bestimmte zivile Institutionen aus Bürgergruppen Tätigkeiten übernehmen, die vorher der Staat durchgeführt hat, sei es das Betreiben einer Stadtteilbibliothek oder eines Schwimmbades, und diese auch honoriert bekommen. Ich bin überzeugt, dass dies dann auf vielen Gebieten im Ergebnis mit einer größeren Qualität und mit einer bürgernäheren Verhaltensweise geschieht. Bei der Eigenarbeit sind ganz neue Zusammenarbeitsmöglichkeiten zwischen Bürgern und Wirtschaft möglich. Man kennt das heute ja schon aus der Muskelhypothek beim Hausbau, dass der Bürger einen Teil geldsparend macht, den anderen Teil das Handwerk. Ich bin überzeugt, dass es in Zukunft für viele Betriebe ein Wettbewerbsargument sein wird, wie weit sie bereit sind, bestimmte Eigenleistungen organisatorisch in einen Auftrag zu integrieren. Wer das macht, wird mehr Umsatz machen, als derjenige, der das nicht macht. Bei der Tauscharbeit ist es heute schon so, dass Betriebe einen bestimmten Teil ihres Angebotes in »Talenten« oder Bürgerpunkten annehmen, sofern sie diese auch wieder ausgeben können. Ein Beispiel: Bei einer Gaststätte in Halle kann man einen Teil des Verzehres in der dortigen Verrechnungseinheit bezahlen; und mit diesen Verrechnungseinheiten bezahlt der Gastwirt wieder einen Teil des Honorars der Band, die dort spielt. Die kann die vereinnahmten Verrechnungseinheiten für einen Raum in einer Pfarrei ausgeben, für die Miete, damit sie dort üben können. Wäre das alles nur über Geld gelaufen, wäre nichts davon zustandegekommen. Nur über Geld hätte bspw. der Gastwirt diese Band nicht finanzieren können.

Können Sie uns noch weitere Praxisbeispiele nennen?

Es ist oft so, dass sich Menschen für ganz spezielle Ziele für solche Tauscharbeit zusammentun. Ein Beispiel sind die Seniorengenossenschaften, die – von Baden-Württemberg ausgehend – sich momentan bundesweit vermehren. Der Grundgedanke ist der: Jüngere Senioren helfen älteren Senioren, bspw. einkaufen, Haushaltshilfe, Behörde und anderes, und bekommen dafür ein Punkteguthaben. Dieses Guthaben können sie später, wenn sie selber Hilfe brauchen, rentensparend einlösen, d.h. für die erworbenen Punkte wieder Hilfe bekommen. Es ist immer derselbe Grundgedanke, dass man sagt: Wieso soll alles über Betriebe oder Wohlfahrtsverbände gehen, warum soll alles über Geld gehen, wir können ja direkt miteinander in Kontakt treten, und wir können für unsere Arbeitsaustausche eine neutrale Verrechnungseinheit schaffen, damit es nicht nur über Bekannte funktioniert, sondern mit Unbekannten ein Kontakt ermöglicht wird und wir dann beide unser Konto haben. Was habe ich gegeben, was habe ich genommen?●

Anzeige

Grenzcamp Reader 1999

Den Reader zum diesjährigen Grenzcamp in Zittau vom 7. -15. 99 könnt ihr für 4 DM unter der folgenden Adresse bestellen:

kein mensch ist illegal
c/o Forschungsgesellschaft
Flucht und Migration
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
030-693 83 18

Internetausgabe:
http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/grenzcamp99/

Neues Lernen e.V., Berlin

Tauschringe

Lernen für die Zukunft

Globalisierung und Rationalisierung führen gegenwärtig zu einem tief greifenden Wandel der Weltwirtschaft, der neue Anforderungen an das individuelle und soziale Handeln stellt. Von diesen Entwicklungen sind vor allem jene Gruppen betroffen, die sich innerhalb eines rechtlich und institutionell verfassten Gemeinwesens kaum organisieren und artikulieren können. Hierzu zählen Kinder, Jugendliche, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen und ausländische Mitbürger und -bürgerinnen. Gerade diese Gruppen sind angewiesen auf Solidarität und öffentliches Engagement – und vor dem Hintergrund der Finanzierungsprobleme des Wohlfahrtsstaates – auf neue Formen gegenseitiger Fürsorge und Unterstützung.

Foto: Jürgen Escher

Ricarda Buch, Matthias Döbler, Red. Berlin ● Mit dem Vorhaben Lernen für die Zukunft durch lokale Tauschbörsen will der Verein *Neues Lernen e.V.* bei diesen Gruppen Selbstlernprozesse und gegenseitige Hilfe aktivieren und deren Partizipation bei der Gestaltung des Wohnumfelds fördern.

Die Opfer der Krise: Kinder und Jugendliche

Die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen wird nach deren eigener Einschätzung von vier hauptsächlichen Problembereichen bestimmt: Arbeitslosigkeit, Drogenprobleme, Probleme mit Personen im Nahbereich und einem Lehrstellenmangel (1).

Da aufgrund finanzieller Engpässe der öffentlichen Haushalte in vielen Städten Betreuungskapazitäten durch Hortplätze reduziert wurden, bleiben Kinder und Jugendliche häufig sich selbst bzw. einem unkontrollierten Medienkonsum und dem Einfluss von peer-groups überlassen. Die Veränderung der Familienkonstellationen sowie die Abkoppelung von einer prosperierenden Arbeits- und Freizeitgesellschaft kann darüber hinaus bei Kindern und Jugendlichen zu mangelndem Selbstvertrauen oder sogar genereller Perspektivlosigkeit führen (2). Vielerorts entsteht ein soziales Klima, das sich negativ auf die Persönlichkeitsentwicklung und Lernchancen von Kindern und Jugendlichen auswirkt: Einerseits fühlen sich Kinder und Jugendliche auf Grund der gestiegenen Konkurrenz um Ausbildungsplätze häufig unter Druck gesetzt, andererseits fehlen ihnen realitätsbezogene Lebens- und Berufsorientierungen. Die Belastung von Kindern und Jugendlichen nimmt durch Armut zu (vgl. 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung). Kinder und Jugendliche werden immer häufiger zu Opfern der anhaltenden Wirtschaftskrise.

Alleinerziehende und kinderreiche Familien

Aber auch die Zeitressourcen der mittleren Generation besonders von Frauen verringern sich, da durch die Wirtschaftskrise die Anforderungen an die Übernahme sozialer Tätigkeiten steigen. Eine Bezahlung solcher Dienste können sich jedoch nur Begüterte leisten. Erwerbstätige Eltern, vor allem erwerbstätige Mütter leiden unter Zeitdruck. Besonders gravierend ist die Situation für nichtdeutsche Mütter mit Kleinkindern. Generell rutschen immer mehr kinderreiche Familien in die Armut ab und sind vermehrt auf familienunterstützende, bzw. -ergänzende kommunale Leistungen und Angebote angewiesen.

...und die alten Menschen

Durch die demografische Entwicklung steigt darüber hinaus auch die Zahl älterer Menschen in Einpersonenhaushalten. Versorgungs- und Kommunikationsleistungen, die früher von der (Groß-) Familie für diesen Personenkreis erbracht wurden, fallen zunehmend weg. Sie lassen sich nur bedingt durch kommerzielle oder subventionierte Angebote ersetzen. Trotz zahlreicher Angebote für hilfsbedürftige Senioren fühlen sich immer mehr ältere Menschen auch in Seniorenheimen isoliert. Obwohl ältere Menschen über wichtige Alltagserfahrungen, Kenntnisse und Möglichkeiten verfügen, die auch Kindern und Jugendlichen nützen würden, fehlt es ihnen oft an Gelegenheiten, diese weiterzugeben und im Kontakt mit den Jüngeren ihre eigenen Erfahrungen zu erweitern.

Wie Studien zu den sozialen Beziehungen im Alter zeigen (3), können in sozialen Netzwerken ebenso wie im Kontakt zwischen Älteren und Jugendlichen sinnvolle Betätigungsfelder eröffnet und kann das Klima für soziales Lernen verbessert werden. Entsprechend gilt es, durch geeignete Angebote die bereits vorhandenen Austauschbeziehungen zu stärken und dort, wo ältere und jüngere Menschen von Entfremdung und Isolation betroffen sind, im lebenspraktischen Vollzug die Brücken zwischen den Generationen auszubauen (4). Mit dem Projekt *Lernen für die Zukunft* soll der Austausch zwischen den Generationen gefördert werden.

Neue kommunale Aufgaben

Die gegenwärtige Finanzkrise erfordert neue und flexible Modelle eines zielgruppen- und bedarfsgerechten Einsatzes staatlicher Mittel. Der Prävention sollte dabei der Vorrang vor der Intervention eingeräumt werden (5). Die staatliche Unterstützung kann dabei kaum ohne kooperative Vernetzung privater und sozialer Initiativen durchgeführt werden. Nur durch politische und soziale Mitgestaltung der Bürger und Bürgerinnen lassen sich die Folgen der ungleichen Verteilung von Arbeit, Wissen und Einkommen, die wachsende Armut und der Zerfall des Gemeinwesens aufhalten.

Das Projekt *Lernen für die Zukunft* setzt hier an, indem Tauschringe mit Kindern, Jugendlichen, Senioren, Alleinerziehenden und MigrantInnen aufgebaut, bzw. diese Zielgruppen in schon bestehende Tauschringe integriert werden sollen. Denn Tauschbörsen können besonders in städtischen Ballungsräumen zur Entwicklung integrativer Lebens- und Arbeitszusammenhänge genutzt werden und deren vorhandenen individuellen Lern- und sozialen Handlungspotenziale aktivieren und zur Belebung der Nachbarschaft beitragen. Denn gerade Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Familien und Alleinerziehende sind auf eine funktionierende Nachbarschaft angewiesen.

Tauschbörsen – ein Instrument zur Entwicklung von Nachbarschaft

Tauschringe stellen ein hervorragendes Instrument zur Belebung von Nachbarschaftshilfe dar. Denn kommunikative, soziale und kulturelle Tätigkeiten können durch sie effektiv organisiert, zeit-ökonomisch bewertet und im Sinne eines ausgewogenen *Gebens und Nehmens* gerecht verteilt werden. Leistungen, die von Familienmitgliedern, Freunden und Nachbarn erbracht wurden, werden heute in allen der ca. 300 Tauschringe in der Bundesrepublik angeboten und nachgefragt. Bisher liegen allerdings noch kaum Erfahrungen mit Tauschringen vor, an denen sich Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren beteiligen. Mit der *Tauschbörse für Jung und Alt* konnten wir in Berlin hier erste Erfahrungen sammeln.

Gegenseitige Hilfe

Bekanntlich tauschen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen von Tauschbörsen untereinander mit Hilfe einer Fantasiewährung (z.B. Batzen, Kreuzer, Taler, Glitzer) auf der Basis der tatsächlich aufgewendeten Arbeitszeit. Getauscht wird Wissen (z.B. zur Stadtgeschichte), Fähigkeiten (z.B. Stricken), Talente (z.B. Musizieren), häusliche Dienste (z.B. Teppiche klopfen) und selbst hergestellte Produkte (z.B. Eingemachtes aus dem eigenen Garten). »Suche-Biete« Listen informieren über Angebot und Nachfrage.

Auf der Basis einer Ökonomie der Zeit wird durch ein solches Instrument ein Ringtausch von gegenseitiger Hilfe ermöglicht. Die (Lebens-)Zeit, die ich für andere aufbringe, geben andere im Bedarfsfall wieder an mich zurück. Diese Form der verlässlichen Gegenseitigkeit

- schafft Kommunikationsanlässe,
- stärkt die Übernahme von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen,
- fördert Selbstvertrauen,
- lässt Freundschaften entstehen und
- unterstützt soziales Handeln.

In allen Tauschringen der Bundesrepublik wird immer wieder ihr sozialer Effekt hervorgehoben. Durch lokale Tauschbörsen kann sozialer und kultureller Bedarf und können Ressourcen innerhalb der Wohnbevölkerung nachgefragt, getauscht und damit aktiviert werden. Es entsteht ein lokaler Kreislauf – ein Markt für gegenseitige Hilfe. Die soziale Infrastruktur unter Nachbarinnen und Nachbarn unterschiedlicher Generationen wird belebt – die Basis für generationen- und sektorübergreifendes Lernen.

....das soziale Wohnumfeld verbessern...

Wenn Jugendliche, Eltern und Senioren zur Teilnahme an Tauschbörsen gewonnen werden, verbessert sich deren Kommunikation untereinander. Vorhandene Fähigkeiten und Kenntnisse können ausgetauscht und neue erworben werden, beispielsweise in den folgenden Bereichen:

- Wissen (z.B. beim Spracherwerb, Hausaufgaben-Betreuung);
- lebensweltliche Kenntnisse zur Bewältigung des Alltags (z.B. Tipps zum Verfassen von Bewerbungen, zur Berufsorientierung, zur Ernährung, zur Gesundheitsvorsorge, Kochrezepte);
- leichte Reparaturarbeiten (z.B. Aufstellen von Regalen, Ausbessern von Kleidung, Fahrradreparatur);
- Einkaufsdienste (z. B. Recycling von Pfandflaschen);
- häusliche Dienste (z. B .Müll entsorgen, Kompostieren, Spülen, Rasen mähen);
- Dienste im unmittelbaren Wohnumfeld (z.B. Gründung von Fahrgemeinschaften, Sauberhalten von Schulhöfen und Treppenaufgängen, Tiersitting auf dem Kinderbauernhof);
- Kinderbetreuung,
- Organisation von Geselligkeiten (Kindergeburtstage, Fahrradausflüge, Hauskonzerte, Discos).

Durch die nicht-monetarisierte Kooperation zwischen sozialen Gruppen kann nicht nur das Wohnumfeld verbessert, sondern auch das Erschließen und Festigen berufsrelevanter Fähigkeiten angeregt werden.

Kooperation mit bestehenden Tauschringen, freien Trägern und Wohnungsgesellschaften

Bei der Realisierung wollen wir mit bestehenden Tauschbörsen vor Ort, aber auch mit Trägern der Jugend-, Eltern- und SeniorInnenarbeit sowie mit Fachkräften aus Behörden und Wohnungsbaugesellschaften kooperieren und sowohl Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als auch Freiwillige aus vorhandenen Projekten zur langfristigen Zusammenarbeit gewinnen.

Darüber hinaus wollen wir Fachkräfte aus Wohnungsbaugesellschaften vor Ort und aus Verwaltungen nach Rücksprache mit den Teilnehmern der Tauschringe über Bewohnerbedarfe aus dem Tauschring informieren und zur Entwicklung von Angeboten (z.B. Bereitstellung von Räumen) anregen.

Das Projekt *Lernen für die Zukunft* soll zunächst in den Berliner Bezirken Marzahn und Schöneberg realisiert und bei Erfolg auch auf weitere Bezirke ausgeweitet werden.

Die Tauschbörse für Jung und Alt in Berlin Steglitz

Wie in CONTRASTE bereits berichtet wurde, hatten wir zunächst die Idee, einen Tauschring nur mit Schülern zu initiieren. Nach unseren ersten Erfahrungen an einer Hauptschule haben wir unser ursprüngliches Vorhaben dann geändert. Im vergangenen Jahr haben wir einen Tauschring mit Kindern, Jugendlichen und SeniorInnen initiiert. An der *Tauschbörse für Jung und Alt* (den Namen haben sich die Kinder und Jugendlichen ausgedacht) beteiligten sich Kinder und Jugendliche der Altersgruppe 11-15 Jahre. Die Schüler und Schülerinnen der *Tauschbörse für Jung und Alt* bieten u.a. an: Liebesgedichte verfassen, Babysitting, Krankenhausbesuche, Schach spielen, Gartenarbeit, Schwimmen und Basteln... Sie suchen Kochkurse für Jungen, Begleitung beim Joggen, Rezepte für alkoholfreie Getränke, EDV-Kenntnisse, Nachhilfe in unterschiedlichen Fächern und Kontakte zu Familien mit Kindern und Gärten. Die Senioren suchen Begleitung beim Spaziergang, sie bieten Gespräche und die Vermittlung lebensweltlicher Kenntnisse.

Wir machten dabei die Erfahrung, dass sich durch die Teilnahme am Tauschring nicht nur die Kommunikation zwischen den Generationen verbessert hat, sondern auch eine völlig neue Lernkultur unter den Teilnehmenden entstand, die nicht an den Defiziten ansetzt, sondern an dem, was sie gerne machten und gut konnten.

Wir denken, dass durch die Tauschbörse geförderte Werte wie Eigeninitiative, Kreativität und soziales Engagement besonders in Zukunft gebraucht werden - ein kleiner Schritt in Richtung zu einer mehr kinder- und jugendfreundlichen Gesellschaft.●

Kontakt: Neues Lernen e.V., Westfälische Str. 34, D-10709 Berlin

Anmerkungen:

(1) Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugend 97, Opladen 1997, S. 279.

(2) Vgl. u.a. Petri, H.: Vergiftete Kindheit. Von der Umwelt- zur Innenweltzerstörung in der jungen Generation, Zürich 1992.

(3) Vgl. Wagner, M. u.a.: Soziale Beziehungen alter Menschen, In: Mayer, K.U./Baltes, P.B. (Hg.): Die Berliner Altersstudie, Berlin 1998, S. 301ff.

(4) Vgl. entsprechende Projekte in Müller-Schöll, A./Thomas, V. (Hrsg.): Dialog der Generationen. Projekte, Ideen, Möglichkeiten im Rahmen der Jugendhilfe. Bonn (Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 1995.

(5) Vgl. zur Einbettung der Jugendhilfe nach dem KJHG in die spezifische Struktur eines Berliner Bezirks exemplarisch Bezirksamts Hellersdorf von Berlin – Abteilung Jugend und Familie: Jugendhilfe in Berlin-Hellersdorf. Bericht und Planung, Berlin Okt. 1998, S. 9ff.

Anzeige

Jedes Herz ist eine revolutionäre Zelle...

Seit dem 19.12.99 sitzen Axel H., Harald G. und Sabine E. auf Grundlage des terroristischen §129a in Haft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen eine Beteiligung an Aktionen der RZ/Rote Zora gegen die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik aus den 80er Jahren vor.

Für die Kampagne zur Freilassung der drei brauchen wir in den nächsten Monaten dringend Spenden für RechtsanwältInnen, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit.

...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!

Solikonto: Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104, BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"

Infos unter: www.freilassung.de

WAS IST ARBEIT?

Tauschringe

Zeitgeld für unbezahlte Schattendienste

Auf einer Veranstaltung zum Thema Tauschringe kam einmal der Tausch von so genannten fürsorglichen Tätigkeiten wie Zaubern auf Kindergeburtstagen, Einkaufen für Kranke u.ä. zur Sprache. Ein männlicher Teilnehmer meldete sich zu Wort und meinte, solche Tätigkeiten seien keine Arbeit. Es handle sich um Hobbytätigkeiten und Freizeitvergnügen. Damit würden keine Werte geschaffen. Sie seien deshalb auch nicht produktiv. Eine Teilnehmerin entgegnete ihm empört, für sie sei das Arbeit. Es handle sich um gesellschaftlich notwendige Arbeit, ohne die keine Gesellschaft auskomme. Arbeit sei nicht nur, was bezahlt würde. Solche Tätigkeiten seien unterbewertet.

Von Ricarda Buch, Redaktion Berlin

Der Homo Ökonomicus

In der Tat vertrat unser Teilnehmer den Standpunkt des Homo Ökonomikus, einer aus der männlichen Sicht geprägten Ökonomie, die nur solche Tätigkeiten als Arbeit anerkennt, die einen Lohn oder ein Gehalt abwerfen, d.h. die auf dem Geldmarkt – in Geld eingetauscht werden können. Tätigkeiten, die im Haushalt oder rund ums Haus hauptsächlich von Frauen verrichtet werden (Putzen, Waschen, Kochen, Bügeln, die Straße fegen, Müll einsammeln, Aufräumen, Einkaufen etc.) gehören nicht dazu. Erst wenn dafür eine bezahlte Haushälterin eingestellt werden muss, erfahren solche Arbeiten eine Aufwertung. Erst dann werden diese Tätigkeiten zu einer öffentlichen Angelegenheit, kommen heraus aus ihrem privaten Schattendasein.

Auf einem Auge blind, nimmt der Homo Ökonomikus Familienarbeit, vielfach auch Nachbarschaftsdienste einfach nicht wahr. Sie tauchen in seinen volkswirtschaftlichen Berechnungen nicht auf, sind sozusagen auf Grund der Natur der Sache, Pardon – der Rolle der Frau unentgeltlich zu haben. Denn *die Fixierung unserer Wirtschaft auf Tauschwerte und Geld (...) lässt uns häufig die bedeutende Rolle von fürsorglichen und versorgungswirtschaftlichen Bereichen in unserer kommerzialisierten Welt vergessen. Tatsächlich aber ist die Wirtschaftswelt im Sinne der Geld- und Erwerbswirtschaft nicht identisch mit der Welt, aus der die Wirtschaft ihren Nutzen zieht. Sie zehrt vielmehr davon, dass es große Bestandteile der Welt gibt, die (noch) nicht kommerzialisiert sind, bisher absichtlich nicht kommerzialisiert werden und /oder sich auch nicht kommerzialisieren lassen. Zu diesen nicht kommerzialisierbaren Teilen der Welt gehören die Bestandteile der Ökosphäre und die vorsorgenden Tätigkeiten* (1).

Virtuelle Welten versus grauer Alltag

Der Homo Ökonomikus ist ein Potentat, der sich des Raumes und der Zeit seiner weiblichen und auch vieler seiner sonstigen Untertanen bemächtigt hat. Nach wie vor ist der öffentliche Raum, die so genannte Geschäftswelt, Männersache. Nach wie vor werden Frauen eher im Haus oder im häuslichen Umfeld angetroffen. Sie sind weit mehr als Männer auf eine intakte Nachbarschaft angewiesen und auf Grund von familiären Betreuungstätigkeiten im Vergleich zu Männern auch weniger mobil.

Viele Frauen kennen die Zentren der Macht, die Plenarsäle, Chefetagen, Banken und Börsen nur aus den Medien. Sie sind – ähnlich wie die Fußballstadien – Tabuzonen für viele Frauen. Wie und wo Frauen ihre Zeit verbringen, dringt durch die Medien und die Werbung allzu schön gefärbt ins öffentliche Bewusstsein, die damit verbundene ökonomische Abhängigkeit mit ihren Risiken jedoch überhaupt nicht. So springt uns die schöne neue Hausarbeitswelt in Form von glücklichen Putzfrauen und zahlungskräftigen Konsumentinnen, etc. überall ins Auge und trägt zur Verfestigung eines trügerischen und unzeitgemäßen Frauenbildes bei. Die Wirklichkeit von Frauen, d.h. die Räume, wo Frauen sich häufig bewegen, sind keineswegs so schön, wie es uns die Werbung und die Medien vorgaukeln.

In den Städten bewegt sich frau auf voll gemüllten Bürgersteigen, befindet sich in Warteschlangen an Bussen,

U-Bahnen und auf Behörden oder auf Schnäppchenjagd bei Aldi. Der Frauenalltag wird zunehmend geprägt von bettelnden Kindern, vagabundierenden Obdachlosen, Abschiebestationen in Altenasylen, verrottenden Siedlungen und Spielplätzen oder in Krisenregionen durch brennende Geschäfte, Barrikaden, Plünderungen und Schießereien.

Denn Globalisierung und Schuldenkrise treiben mit ungeheuren Tempo Familien und Regionen ins Abseits. Verschuldete Kommunen (2) kürzen im Versorgungsbereich und Erwerbsarbeitsplätze gibt es nicht genug. Die Industrie braucht keine Arbeitskräfte mehr und im Dienstleistungssektor gibt es in Anbetracht der sinkenden Kaufkraft wenig Gründungen, die ein existenzsicherndes Einkommen abwerfen. Wohin also mit den Frauen? In den Haushalt und ins unbezahlte Ehrenamt.

Die schöne neue Hausarbeitswelt

Wie bereits in CONTRASTE (3) berichtet, werden in der Bundesrepublik wöchentlich mehr Stunden (28) unbezahlt gearbeitet als bezahlt (22). Dabei leisten Frauen mit durchschnittlich 35 Stunden pro Woche deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer, die nur 19,5 Stunden unbezahlt tätig sind. (4)

Die unbezahlte Familienarbeit bestand 1994 zu

- 76% aus hauswirtschaftlichen Tätigkeiten (Zubereitung von Mahlzeiten, Geschirrreinigung, Wäschepflege, Haus- und Wohnungsreinigung, Pflanzen- und Tierpflege, Einkäufe, Behördengänge, Organisation und Management des Haushalts),
- zu 11% aus Pflege und Betreuung (Pflege und Betreuung von Erwachsenen, Kindern sowie Pflegebedürftigen, Fahrdienste),
- zu 9% aus handwerklichen Aktivitäten (Fahrzeugreparatur und -pflege, Reparatur und Herstellung von Möbeln, bzw. anderen Gebrauchsgütern, Kunsthandwerk, Bauen, Renovieren, Einkäufe für den handwerklichen Bedarf) und
- zu durchschnittlich 4% aus Ehrenamt und sozialen Hilfeleistungen (Wahrnehmung von Ehrenämtern in Parteien, Vereinen etc. sowie unentgeltliche soziale Hilfeleistungen z.B. bei Wohlfahrtsverbänden) (5).

Bei einem angenommenen Stundensatz von 24,- DM entging Frauen jährlich 1,1 Billionen DM und Männern ca. 665 Mrd. DM, da Frauen wöchentlich fast doppelt so viel (64%) unbezahlt arbeiten wie Männer (36%).

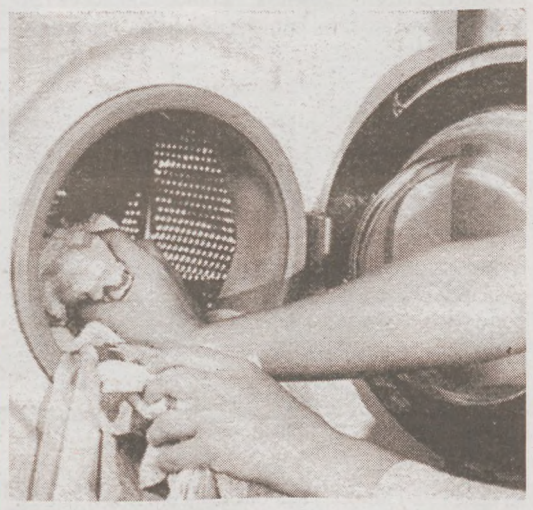
Insgesamt wurde für ca. 1,8 Billionen DM unbezahlt gearbeitet. Davon entfielen 1991 auf hauswirtschaftliche

Foto: Paul Langrock

Tätigkeiten 654 Mrd. DM, auf Pflege und Betreuung 97 Mrd. DM, und auf handwerkliche Tätigkeiten 71 Mrd. DM.

Wenn nun subventionierte Betreuungs- und kommunikative Angebote, Bildungs- und Gesundheitsdienste, Freizeit- und Kulturangebote dem Rotstift zum Opfer fallen, werden die dort Beschäftigten – meist Frauen – entweder erwerbslos und in den Haushalt abgeschoben oder leisten auf Grund von Personalknappheit Mehrarbeit. Die Hilfsbedürftigen wiederum sind verstärkt auf Zuarbeit von Angehörigen und Nachbarinnen angewiesen, da sie sich privatisierte und damit teurere Dienste nicht leisten können. Frauen werden künftig weniger Freizeit haben. Isoliert im privaten Haushalt schwinden ihre Chancen auf eine Erwerbsarbeit und eigenständige Existenzsicherung. Darüber hinaus verlieren sie den Anschluss an eine sich ändernde Wissens- und Berufswelt. Das hat auch die Bundesanstalt für Arbeit erkannt und will nun den Frauenanteil (30%) an den Nutzern des Internets durch gezielte Maßnahmen erhöhen.

Auf Grund neuer Unternehmensstrukturen erodieren aber auch die festen und gesicherten lebenslangen Arbeitsverhältnisse der Männer. *Ein Wechsel zwischen Arbeit und Weiterbildung, zwischen Anstellung und (Schein)Selbstständigkeit, zwischen virtueller und tatsächlicher Einbindung in Betriebsstrukturen wird üblich werden. Einer EU-Statistik zufolge arbeiten schon heute 22 Prozent der britischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen generell oder gelegentlich zu Hause, etwa dreimal so viel wie hierzulande.* (6) Bleibt die Aufteilung der unbezahlten Arbeit so wie sie ist, dann bil-



den sich die Männer in Zukunft auf ihr nächstes flexibles virtuelles Arbeitsverhältnis weiter, während die Frauen die Angehörigen betreuen und das Haus putzen. Vom Übergang in die Informationsgesellschaft profitieren wohl eher Computerspezialisten und Börsenmakler. Die Verlierer sind Frauen, Kinder und Jugendliche sowie etliche ältere Frauen, die auf Grund der prekären Arbeitsmarktsituation, mangelnder Unterstützung kinderreicher Familien und typisch weiblicher Berufsbiografien keine angemessene Alterssicherung erzielen konnten. Seit dem Frühkapitalismus ging jede große technische Neuerung zu Lasten von Frauen.

Zum Wandel des Haushalts

In den vorindustriellen Agrargesellschaften mit relativ geringer Arbeitsteilung und überwiegend konstanter Bevölkerungsdichte ist der Haushalt nicht privat, sondern in die lokale Gemeinschaft von bäuerlichen Großfamilien, Dörfern integriert. Das Leben spielt sich im überschaubaren Kreis ab. Jeder und jede hat einen festen Platz. Es wird gemeinsam auf dem Feld gearbeitet, die Arbeitszeiten sind von der Jahreszeit und von Feiertagen abhängig. Fürsorgliche Tätigkeiten werden von der Gemeinschaft und der Großfamilie übernommen. Das Individuum ist Bestandteil des sozialen Gefüges. Die Hierarchien unter den gesellschaftlichen Gruppen (Adel, Kirche, Bauern) werden über Bodenprivilegien geregelt.

Erst mit dem Aufkommen von Manufakturen, der Arbeitsteilung, des Staates, der Verbreitung der Geldwirtschaft und der Entstehung des Handelsbürgertums wird der private Haushalt notwendig. Bereits 1480 verlieren Frauen durch die Zunftbeschränkungen die Möglichkeit einer eigenen unternehmerischen Tätigkeit. (7) Außerhäusliche Erwerbsarbeit wird auf die Arbeit in Manufakturen und auf das Dienstbotinnenwesen beschränkt. Das Leben im Zeittakt beginnt für die Manufakturarbeiterinnen meist unter katastrophalen Bedingungen. Vagabundierende Frauen vom Lande werden von der städtischen Polizei eingefangen und in so genannten Arbeitshäusern an die Arbeit in Manufakturen gewöhnt. Die Stücklöhne werden in Geld ausgezahlt. Frauen aus dem Bürgertum und Handwerk werden im Haushalt festgesetzt. (8) Die Mehrheit der Bevölkerung lebte weiterhin von der Subsistenzproduktion. Neben der Geldwirtschaft existierte die »agrarische« Subsistenzweise mit dem nicht kommerzialisierten Haushalt.

Mit der Einführung von Fabriken und dem Aufkommen der Industriegesellschaft schreitet die Arbeitsteilung weiter voran und macht die Massenproduktion möglich. Diese braucht Kapital, Arbeitskräfte und Nachfrage. Einerseits sind Frauen weiterhin die Produzentinnen von Arbeitskräften, andererseits wird ihre Kaufkraft benötigt. Frauen erlernen Berufe und sind erwerbswirtschaftlich tätig. Sie verdienen Geld und müssen Geld verdienen, denn immer mehr Tätigkeitsbereiche werden von der Geldwirtschaft erfasst und kommerzialisiert. In den urbanen Gebieten der Industriestaaten verschwindet die Subsistenzwirtschaft völlig. Fürsorgliche und versorgungswirtschaftliche Tätigkeiten werden aus der Familie, aus dem Privathaushalt ausgelagert und von staatlichen, kommunalen oder privaten Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen oder Dienstleistungsunternehmen übernommen, z.B. Seniorenheime, Kindergärten, Müllabfuhr, Bildungswesen. Damit ändert sich auch der Familienhaushalt. Er ist nicht mehr der Ort einer relativ autonomen Selbstversorgung, einer Wirtschafts- und Versorgungseinheit seiner Mitglieder, sondern Teile seiner Funktion gehen auf den Staat, die Kommunen etc. über. Diese Leistungen müssen nun gekauft werden. Sie werden nicht mehr kooperativ erbracht, sondern sind Bestandteil einer auf Konkurrenz basierenden Geldwirtschaft. Das Zeitbudget der Hausfrau wird heute von außen bestimmt, von den Ladenöffnungszeiten, von den Schulzeiten, von den Arbeitszeiten des Ehemanns und der Alltag von Frauen besteht nunmehr aus einer »öffentlichen« Zeit (Erwerbszeit, ehrenamtliche Zeit), der Familienzeit, der Freizeit und der persönlichen Zeit. (9) Er ist aber auch abhängig von der Vermögenssituation, denn in der Geldökonomie kann frei über die Zeit verfügen, wer genügend Einkommen hat und wer keins hat, verliert den Zugang zu vielen Bereichen der Versorgung oder zur Bildung.

Außer Kontrolle

Ausgelöst durch die Mikroelektronik und die neuen superintelligenten Computersysteme befinden wir uns heute auf dem Weg in die 3. Industrielle Revolution. Computergesteuerte Techniken machen es möglich, Kleinserien für Marktnischen herzustellen. Durch ständige Innovation verkürzt sich die Lebensdauer der Produkte und ein sich immer weiter beschleunigender globaler Konkurrenzkampf um mehr Wissen und damit mehr Innovation ist entbrannt. Die neuen Firmen sind nicht mehr auf möglichst billige Arbeitskräfte angewiesen, sondern die neuen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen wissen, was die

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

NEUERSCHEINUNG!

Rudolf Rocker
Nationalismus und Kultur
670 Seiten, gb.
DM 78,-
Bibliothek Thélème

Das Hauptwerk des deutschen Anarchosyndikalisten, den Noam Chomsky als „letzten ernsthaften politischen Denker" bezeichnete. Eine monumentale Abrechnung mit der gesellschafts- und kulturzerstörenden Macht der Staatlichkeit. Nach 20 Jahren nun wieder in einer überarbeiteten Neuausgabe verfügbar.

Voraussichtlich ab Februar lieferbar:

Rudolf Rocker, **Anarchosyndikalismus**
ca. 200 Seiten, Paperback, ca. DM 25,-

Syndikat-A
anarchosyndikalistischer Medienvertrieb
Bismarckstraße 41 a · D-47743 Moers
Bestelltelefon / -Fax 0 28 41 / 53 73 16
e-mail: faumo1@fau.org

Gesamtverzeichnis anfordern!

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Tauschringe

Konkurrenz macht, wie die Fabrik funktioniert und wie die Kunden reagieren. Wissen wird immer mehr zur Macht und *Macht über Kapital strömt jetzt in Firmen, die zur Personalisierung und laufenden Innovation fähig sind.* (10) Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat das Entstehen von rund 600 Megafirmen begünstigt, die heute etwa 1/5 der gesamten Agrar- und Industrieproduktion der Welt halten. Diese Firmen sind nicht mehr national. Denn durch die grenzüberschreitenden Fusionen und Verkäufe von Firmenanteilen, die über Nacht von einem Land ins andere wechseln, verteilen sich auch die Gewinnströme der Sharehoulders in viele Länder. Dadurch verwandelt sich das ganze Verhältnis von Globalfirmen und Nationalregierungen. Die Nationalstaaten mit nationalen Gesetzgebungen sind nicht mehr im Stande diese Globalfirmen zu kontrollieren, »die Geschäftsvorgänge, Mittel, Umweltverschmutzung und Menschen be-

liebig über die Grenzen schieben.« (11) Es findet zurzeit eine ungeheure Machtverschiebung und Kapitalkonzentration zu Gunsten einer neuen Informationselite statt, bei der regionale Wirtschaftsanliegen, die Rüstungskontrolle und auch der Versorgungsbereich auf der Strecke bleiben. Das rasante Tempo mit dem diese Kapitalkonzentration vor sich geht, macht die neuen Globalfirmen und ihre Sharehoulders immer anfälliger für Crashs. Wenn es so weitergeht, werden sich die Börsen- und Firmenzusammenbrüche jagen und so wie z.B. bei der Indonesienkrise bürgerkriegsähnliche Zustände verursachen. Immer mehr Geld fließt ab aus den Kommunen und Nationalstaaten und hinterlässt in zahlreichen Regionen und Ländern einen Schuldenberg der öffentlichen Hand – mit den bekannten Folgen: Abbau von Sozialleistungen, Einschnitte in der Gesundheitsversorgung, Stellenabbau im öffentlichen Sektor, wachsende Armut vor allem von Frauen, Kindern und Alten. Der Staat wird mit ihrer Versorgung nicht mehr fertig und die EU auch nicht.

Zur Lösung der Probleme brauchen wir in Zukunft völlig neue Organisationsformen und Versorgungsmodelle. Wir brauchen statt vertikaler Überwachung und Versorgung horizontale Selbstregulierung, lokale Ansätze, Partizipation und Kooperation, um jenseits von Staat und Megakonzernen das Funktionieren der lokalen Versorgung aufrecht zu erhalten. Dies wird nur durch globale Bündnisse und Netzwerke von NGO's (Umweltschutz, Frauen, Alte) und von Kommunen zu verwirklichen sein, die den Bedarf und das Interesse der lokalen Bevölkerung gegenüber den neuen globalen »Gladiatoren« durchsetzen. Zeitgeld – als kooperative Ergänzungswährung (12) wird in vielen Regionen bereits in Tauschringen genutzt. Es ist ein solches Instrument zum Beleben lokaler Märkte und Sichern sozialer Leistungen.

Wo Zeit statt Geld zählt

Unter diesem Titel fand vor einigen Jahren ein bundesweites Treffen deutscher Tauschringe statt. Seit Anfang der 90iger Jahre bis heute sind in der Bundesrepublik mehr als 350 Tauschringe entstanden. Der größte von ihnen hatte im vergangenen Jahr 1.600 Mitglieder, die untereinander auf der Basis der tatsächlich aufgewandten Arbeitszeit Wissen, Talente, Fähigkeiten, Hilfsdienste bei der Bewältigung des Alltags, Produkte und Gegenstände tauschen. Die einzelnen Tauschaktionen werden auf Konten der Mitglieder in einer fiktiven Zeitwährung gebucht. Durch die Verrechnung mit einem Zeitpunktesystem ist ein indirekter Tausch wie in der bestehenden Geldwirtschaft möglich. Das Anhäufen von Guthaben ist jedoch verpönt. Mitglieder, die im Minus sind, laden andere zum Essen ein. Die Zeitkonten sind außerdem für Mitglieder öffentlich. Dadurch entsteht Sozialkontrolle. Getauscht werden häusliche Dienste, Vermittlung von Wissen und Kenntnissen oder selbst hergestellte Produkte. Es entsteht ein Ringtausch von gegenseitiger Hilfe. Die (Lebens-)Zeit, die ich für andere aufbringe, geben andere im Bedarfsfall wieder an mich zurück. Diese Form der verlässlichen Gegenseitigkeit schafft Kommunikationsanlässe, stärkt die Übernahme von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen, fördert Selbstvertrauen, lässt Freundschaften entstehen und unterstützt soziales Handeln und verhindert eine Almosenmentalität. In allen Tauschringen der Bundesrepublik wird immer wieder ihr sozialer Effekt hervorgehoben.

GBM, GeldBeschaffungsMaßnahme – KünstlerInnen-Aktion Prenzlauer Berg, Berlin (s. Seite 1)

Tauschringe entlasten Frauen

Ein kostenloser und ausgewogener Tausch von privaten Nachbarschaftsdiensten kann bestehende kommerzielle oder öffentliche soziale und ökologische Dienste, die zunehmend privatisiert werden sinnvoll ergänzen und Frauen entlasten. Denn die meisten der in Tauschringen angebotenen Leistungen gruppieren sich um den Privathaushalt, werden aber durch den Ringtausch aus dem Privathaushalt in die erweiterte Familie und Nachbarschaft verlagert. Was Frauen zuvor privat, isoliert, unbemerkt und unbezahlt verrichtet haben, macht der Tauschring sichtbar. Hausarbeit wird aufgewertet, bewertet und durch Gegenleistungen entgolten. Eine erste Untersuchung zum Wandel der Einstellung zur Arbeit im Bonner Tauschring ergab, *dass die angebotenen Leistungen dadurch, dass sie gleich bewertet werden, auch für alle gleichermaßen erschwinglich sind. Man kann »sich auch mal was leisten, was man sich nicht leisten kann – eigentlich«, wie es Frau W. ausdrückt. Mit der gleichen Entlohnung der Arbeit findet auch eine Veränderung bei der Bewertung statt: die Arbeit wird nicht nur gleich bewertet, sondern auch als gleichwertig angesehen und behandelt.* (13) (Gemeint ist hier die Hausarbeit, d. Verf.) Es entsteht ein lokaler Markt örtlicher Talente und Fähigkeiten – ein Markt auch für unbezahlte Familienarbeit, der nicht auf Profitstreben, sondern auf Gegenseitigkeit basiert. *Von den Interviewten wird die gleiche Bewertung und »Bezahlung« der im Tauschring angebotenen Dienstleistungen sehr positiv gesehen. Die wertende Unterscheidung zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit, wie sie innerhalb der Marktwirtschaft vorgenommen wird, wird zumindest innerhalb des Tauschrings von den Interviewten abgelehnt. Von einigen wird die Ansicht vertreten, dass dieses »Prinzip der verwirklichten Gerechtigkeit«, wie es Herr F. nennt, nicht nur für den Tauschring verwirklicht werden sollte, sondern auch innerhalb des Wirtschaftssystems gelten sollte.* (14) Die Tauschringe sind anscheinend erste Schritte in eine frauenfreundliche Wirtschaft der Gegenseitigkeit, in der Kooperation mehr zählt als Konkurrenz.

Tauschringe ein Markt für Nachbarschaftsdienste

Tauschringe lassen sich auch gezielt zur Verbesserung des Wohnumfelds, zur Stärkung von Mieterpartizipation und zur Realisierung wohnbezogener Belange nutzen. Auf Grund ihrer geringeren Mobilität profitieren davon besonders Frauen.

Über Tauschringe lassen sich gemeinsame Grünanlagen anlegen und pflegen, Einkaufsdienste für ältere NachbarInnenn einrichten, Mitfahrzentralen organisieren, Kinder betreuen, Straßenfeste durchführen, Geräte ausleihen, Pfandflaschen recyclen, Kompostieren etc. Die Identifikation mit dem Wohnumfeld wird gestärkt und die Kommunikation unter Nachbarn belebt.

Zeiten ohne Geld sinnvoll nutzen – im Tauschring lernen

Tauschringe bieten auch die Möglichkeit Wissen zu vermitteln und berufsrelevante Fähigkeiten zu erschließen. Frauen, die sich selbstständig machen wollen, können im Tauschring Geschäftsideen entwickeln und ausprobieren, Existenzgründungswissen und Geschäftsführungskenntnisse erwerben oder kostengünstige Unterstützung beim Herrichten von Räumlichkeiten und beim Erstellen von Werbeträgern, etc. erhalten. Die Mitgliedschaft im Tauschring fördert Unternehmensgeist, Verkaufstalent und Verhandlungsgeschick. Aber auch Frauen, die nach einer Phase der Kindererziehung wieder in ihren Beruf zurückkehren wollen, können über den Tauschring berufsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten auffrischen, bzw. neue erwerben. Mittlerweile werden PC-Kenntnisse in fast allen Tauschringen vermittelt.●

BUCHBESPRECHUNG

Das Geld der Zukunft

Jeden Tag werden im Rahmen von finanziellen Transaktionen zwischen den verschiedenen Währungen ca. 2000 Milliarden Dollar um den Erdball bewegt – eine gigantische Summe, wovon nur 2 Prozent zur Bezahlung von Gütern oder Leistungen dient, heißt es im Klappentext zu *Bernard A. Lietaers* Buch, *Das Geld der Zukunft – Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen*, das seit Herbst 1999, aus dem Amerikanischen übersetzt mit einem Vorwort von *Wilhelm Hankel*, im Riemann Verlag vorliegt.

Für Bernard Lietaer ist unser vorherrschendes Geldsystem ein Produkt der Weltsicht des modernen Industriezeitalters. Es fördert die Konkurrenz und nicht die Kooperation, das Nationalbewusstsein statt grenzüberschreitendem Austausch, ist der Motor für permanentes Wachstum und belohnt das Anhäufen von individuellem Reichtum. Können wir mit diesem Geldsystem überhaupt noch die wachsende Anzahl alter Menschen mit steigender Lebenserwartung finanzieren, Milliarden Menschen einen Lebensunterhalt bieten, wenn beim Übergang in die Informationsgesellschaft durch den technischen Fortschritt keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden? Können wir den Konflikt zwischen kurzfristigen finanziellen Interessen und einer langfristigen, nachhaltigen Wirtschaftweise lösen? Können wir uns auf eine mögliche Währungskrise vorbereiten?

Um diese Fragen beantworten zu können, macht Bernard Lietaer den Leser im ersten Teil seines Buches in einer auch für Laien völlig verständlichen Sprache, anhand von zahlreichen Beispielen aus dem Alltag, mit hervorragenden Zahlen und Fakten mit der Funktion, der Geschichte, Gegenwart und Zukunft, mit den gefährlichen Wirkungen aber auch mit Vorteilen, mit der Psychologie des Geldes und mit den modernen Finanzmärkte vertraut.

Die Alchimie des Geldes verliert ihren magischen Charakter und wir erfahren, warum durch das Bankensystem aus 100 Millionen Zentralbankgeld 900 Millionen Kreditgeld werden, warum spekulative Devisentransaktionen Währungskrisen auslösen und welche sie bereits ausgelöst haben. Am Beispiel von unterschiedlichen Zukunftsszenarien entwickelt Lietaer mögliche Zukunftsoptionen: Was passiert, wenn Unternehmenswährungen die heutigen Landeswährungen verdrängen? Bleiben soziale Anliegen dann auf der Strecke?

Umso erfreulicher für die Leser beschreibt er im zweiten Teil seines Buches bestehende Auswege: Komplementärwährungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Stiftung von Gemeinschaften und zur Finanzierung nachhaltiger Anliegen. Der zweite Teil seines Buches ist nicht nur der wohl umfassendeste Überblick über weltweite historische und aktuelle Geldexperimente, sondern analysiert auch, wie z.B. bestehende Tauschringe als wechselseitige Kreditsysteme bereits in einigen Ländern weiterentwickelt wurden und weiterentwickelt werden könnten, um aus ihrem Nischendasein herauszukommen. Über das Internet ergeben sich hier völlig neue Möglichkeiten und auch das Commonweal Community Herocard System in Minnesota, ein Kartenverrechnungssystem, mit normalem und Zeitgeld ist wegweisend. Bernard Lietaers Buch *Das Geld der Zukunft* ist ein hervorragendes Buch, das nicht nur Visionen, sondern auch den Weg dorthin beschreibt.●

Ricarda Buch

Bernard A. Lietaer, Das Geld der Zukunft, Riemann Verlag, München Okt. 1999

1) **Heidi Bernhard Filli u.a.**: Weiberwirtschaft – Frauen – Ökonomie – Ethik, Luzern 1994, S. 33
2) Berliner Zeitung, Nr. 240, Donnerstag, 14. Okt. 1999 S. 5: 1999 betrugen allein die kommunalen Schulden der 16 deutschen Bundesländer DM 618,8 Milliarden. Das macht im Schnitt knapp DM 7.700 pro Einwohner der Bundesrepublik aus. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg liegen dabei an der Spitze, da dort die kommunalen mit den Landesschulden zusammenfallen. So ist in Bremen jeder Einwohner mit DM 23.500 in den Miesen.
3) **CONTRASTE, April 97, S. 8:** Ricarda Buch, Lohn für Hausarbeit
4) Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland, hrsg. v. Bundesministerium für Familie und Senioren und dem Statistischen Bundesamt, Wiesbaden 1994
5) Wo bleibt die Zeit, S. 10
6) Helga Ballauf, Das feste Arbeitsverhältnis erodiert, in Der Tagesspiegel, Sonntag 12.10.97/Nr.16 128, S. 71
7) Als einer der spektakulärsten Hexenprozesse wurde im 16.Jh. eine äußerst erfolgreiche Kölner Unternehmerin verbrannt, die neben den Turn und Taxis ein Postunternehmen besaß.
8) In den massenhaft verbreiteten Ehebüchlein des 15. und 16.Jh. wird Frauen und Männern des aufkommenden Bürgertums der private Haushalt schmackhaft gemacht. Als neue individuelle Werte für Frauen werden dort neben den alten patriarchalischen Tugenden der Treue und des Gehorsams und der aus der Agrargesellschaft stammenden Barmherzigkeit, die neuen Krämerwerte: Sparsamkeit und Fleiß propagiert.
9) vergl. Filli, Weiberwirtschaft, S. 47ff.
10) Alvin Toffler, Machtbeben, Düsseldorf/Wien, 1993, S. 79 ff.
11) ders.a.a.O., S. 552 ff.
12) vergl. Bernard Lietaer, Das Geld der Zukunft, Riemann Verlag, München 1999
13) Marion Ladich, »Man hat einfach ein besseres Lebensgefühl« – Zum Wandel der Einstellung zur Arbeit durch die Mitgliedschaft in einem Tauschring, Hausarbeit an der Universität Bonn, Philosophische Fakultät – Seminar für Soziologie, Bonn WS 96/97, S. 12
14) dies.,a.a.O., S. 11ff

Arbeitskreis Lokale Ökonomie Hamburg – Ottensen:

»Herausfinden, was ich wirklich, wirklich will !«

Im Februar 1999 haben wir, anfangs vier Leute, den Stadtteilladen »Neue Arbeit« Ottensen eröffnet. 50 Quadratmeter konnten wir uns gerade aus eigener Kraft leisten. Schon lange vorher hatten wir als Arbeitskreis Lokale Ökonomie Konzepte zur Überwindung der Erwerbslosigkeit diskutiert, Projekte und alternative Betriebe besucht und unsere Hamburger Projektideen Neue Arbeit entwickelt.

Redaktion Hamburg ● Dabei gehen wir von einer zusammenhängenden doppelten Fragestellung aus: Was sollen Menschen tun, die trotz heftiger eigener Bemühung dauerhaft erwerbslos bleiben? Und: was sollen Menschen tun, die so viel stressige Lohnarbeit haben, dass sie kaum Zeit haben zu leben ...? Jetzt sollten unsere Ideen selbstbestimmten Wirtschaftens außerhalb von Lohnarbeit und Marktorientierung Wirklichkeit werden.

UMSONST-Laden

Anfangs kannte uns kaum jemand. Aber wir trafen auf freundliche NachbarInnen. Besonders unser Projekt *UMSONST-Laden* wurde von ständig mehr Leuten angenommen. Die Idee geht davon aus, dass es einen ungeheuren Warenreichtum in dieser Gesellschaft gibt. Viele Menschen haben einige Gebrauchsgegenstände über, die voll funktionsfähig sind. Sie sind zu schade zum Wegwerfen, werden aber nicht mehr benutzt. Anderen Menschen fehlen vielleicht gerade diese Gegenstände, sei es aus Not oder weil sie keine Lust mehr haben, schon wieder etwas Neues zu kaufen. Zu den beiden Öffnungszeiten (Dienstag 18 Uhr 30 bis 20 Uhr 30 und Freitag 10 Uhr 30 bis 16 Uhr) kommen inzwischen je ca. 50 Leute, um etwas zu bringen, zu holen oder, weil sie das Gespräch (bei einer Tasse Tee) suchen.

Viele Menschen bringen uns inzwischen ihre überzähligen Sachen. Andere, die aus irgendeinem Grund etwas für sich persönlich brauchen, können sich diese Sachen einfach mitnehmen. Jede(r) hat bei uns das Recht, sich bis zu drei Teile pro Öffnungszeit zu nehmen. Große Teile (Kühlschrank, Möbel usw.) nehmen wir nicht direkt in den Laden, weil wir sie nicht lagern können. Sie werden auf Karteikarten (gelb) geschrieben und auf einer Pinwand im Laden ausgehängt. InteressentInnen können sich mit den VorbesitzerInnen telefonisch in Verbindung setzen. Auch »Brauche«-Karteikarten (weiß) sind dort befestigt.

Kleidung und Bücher können wir inzwischen kaum noch annehmen aus Kapazitätsgründen. Aber alles andere geht zügig rein und raus. »Ladenhüter« gibt es kaum. Viele Menschen freuen sich mit uns, dass es so etwas gibt.

Foto: Gust

Inzwischen haben sich auch etliche Zeitungen, Radios und Fernsehsender für unsere Initiativen interessiert. Angefangen hat alles mit einem kleinen CONTRASTE-Artikel im Oktober 1998 über den UMSONST-Laden. Von dort kam die Projektidee im Januar 99 ins BUND-Magazin. Seitdem informierten sich die Medien untereinander und meldeten sich bei uns zum Interview an.

Unser Hauptziel ist Aktivierung von Menschen für verschiedene Arten von selbstbestimmtem Wirtschaften. Durch das Zusammenwirken verschiedener selbstbestimmter Projekte wollen wir die Zwänge der Lohnarbeit für uns mildern und Erfahrungsräume menschenfreundlicherer Arbeits- und Lebensarten schaffen.

Die Einzelprojekte haben bei uns die völlige Bestimmungsgewalt über ihre Projektarbeit und andererseits sollen sie sich mit den anderen Projekten über eine Zusammenarbeit absprechen. So versuchen wir, die allerersten Anfänge einer gemeinschaftlichen Arbeitsteilung zu entwickeln. Wenn jemand eine Projektidee äußert, kann sie/er mit uns sprechen und einen Projektzettel entwikkeln, um weitere InteressentInnen zu finden. Sobald sich welche gefunden haben, besprechen diese alles weitere und können die Hilfe der Projektgemeinschaft (Arbeitskreis Lokale Ökonomie) abrufen.

Entspannung und Bewegung

Außer dem UMSONST-Laden gibt es die Gruppe »Entspannung und Bewegung«. Hier bringen sich Menschen gegenseitig unentgeltlich verschiedene Entspannungs- und Bewegungstechniken bei und probieren sie aus. Die Gruppe »Reparieren statt Wegwerfen« setzt Elektrogeräte mit leichten Fehlern wieder instand. Ein PC- und Internet-Service hat eine Homepage für 500 Hamburger Alternativprojekte, Frauen und Ökologiegruppen im Netz errichtet (net-hh.de/bs). Einer von uns betreibt eine kleine Selbsthilfe-Fahrradreparatur-Werkstatt.

Inzwischen gibt es auch eine Initiative gegen die Sperrzeiten beim Sozialticket des Hamburger Verkehrsverbundes für Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger. In einer Theoriegruppe arbeiten wir »Zur Kritik der Warenwelt«. Weitere Projektideen sind in Vorbereitung. Wir suchen Leute, die Lust haben, in unserer Nähe zu verwirklichen, was sie schon immer mal machen wollten. Auch wenn sie noch nicht so genau wissen, was sie momentan tun wollen, können sie das bei uns allmählich herausfinden.

Im vorderen Raum läuft alle paar Wochen wechselnd eine kleine Kunstausstellung. Ab dem 15. Januar 2000 gibt es eine Kunstinstallation (»Fünf Koffer erzählen...«) zu 'erforschen'. Ab und zu zeigen wir einen Film, zu dem wir die FilmemacherInnen einladen.

Inzwischen machen etwa 10 Leute mit uns regelmäßig UMSONST-Laden-»Schichten« von zwei bis vier Stunden. Allerdings braucht es Zeit zu wachsen, viele persönliche Gespräche, viel Mut machen, hier wirklich Einfluss zu nehmen und eigene Ideen mit einzubringen. Die Menschen, die in unserem Laden mitmachen, sind etwa zur Hälfte erwerbslos und zur anderen Hälfte in verschiedenen Jobs tätig. Die einen können mehr mit Zeit, andere auch mit etwas Geld zur Gemeinschaft beitragen. Den Stadtteilladen finanzieren wir weitgehend aus eigener Kraft, jede (r) so viel wie sie/er kann und einen kleineren Teil aus den Spenden von einigen BesucherInnen.●

Kontakt: Arbeitskreis Lokale Ökonomie Ottensen, Nernstweg 10 / Souterrain, D-22765 Hamburg,
Tel.: (0 40) 39 90 64 88
Homepage:www.net-hh.de/bs/contraste

VERANSTALTUNG IN BERLIN

Neue Arbeit
– Durchwursteln oder eine reale Chance für die Veränderung der Arbeitsgesellschaft?

Ca. 90 Personen folgten Mitte Dezember der Einladung, sich über das Konzept »Neue Arbeit« des Philosophen F. Bergmann und dessen praktische Umsetzung zu informieren. Neben Frauke Hehl, des Berliner Projektes »workstation«, die die Veranstaltung leitete, berichteten Elisabeth von Renner (Netzwerk Neue Arbeit, Kassel), Manuela Krengel, Monika Schulz (Haus der Möglichkeiten in Lauchhammer) und Michael Birkenbeul (Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim) aus der laufenden Arbeit in ihren Projekten.

Zunächst führte *Elisabeth von Renner* in die Theorie von Frithjof Bergmann ein. Bergmann geht in seinem Konzept davon aus, dass immer weniger Menschen einen Vollerwerbsarbeitsplatz ein Leben lang innehaben werden. Daraus zieht er die Konsequenz über eine Drittelung der zur Reproduktion notwendigen Arbeits-Zeit in »'normale' Erwerbsarbeit«, »High-Tech-Selfproviding« (Eigenarbeit) und »calling« (Berufung) den Betroffenen Möglichkeiten jenseits des traditionellen Erwerbsarbeitssystems zu eröffnen. Bergmann möchte mit seinem Konzept, zum einen die verfügbaren Jobs gerechter verteilen. Zum zweiten, betont er, dass durch Eigenarbeit und schlauen Konsum materielle Einbußen der Reduzierung der Arbeitszeit ausgeglichen werden können. Insgesamt, so Bergmanns Vorstellung, trägt »Neue Arbeit« zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen bei; neben der Erwerbsarbeit bleibt genügend Zeit zu überlegen, was man/frau wirklich, wirklich will, um daraus neue Perspektiven zu entwickeln.

Nach der theoretischen Einführung stellten *Manuela Krengel* und *Monika Schulz* ihr Projekt »Haus der Möglichkeiten« in Lauchhammer vor. Die Kleinstadt Lauchhammer gehört zu den Industrieregionen der neuen Länder, die von extrem hoher Arbeitslosigkeit betroffen sind, nachdem der Braunkohle-Abbau und die damit zusammenhängende Schwerindustrie weggebrochen sind. Mit dem *Haus der Möglichkeiten*, das verschiedene Werkstätten (Töpferei, Nähwerkstatt, Kunst- und Kulturzentrum) beinhaltet, sollte zunächst ein Begegnungszentrum geschaffen werden, das Raum für Idee, Kreativität und im Bergmann'schen Sinne »calling« bietet. Außerdem werden verschiedene Beratungen angeboten. Die beiden Frauen aus Lauchhammer berichteten von anfänglichen Problemen, Akzeptanz für andere Formen der Arbeit bei Menschen zu finden, deren Vorstellung vom lebenslangen sicheren Arbeitsplatz plötzlich zerstört wurde. Es braucht offensichtlich einige Zeit und sehr viel Engagement der ProjektinitiatorInnen, einen Umdenkungsprozess anzustoßen.

Nach mittlerweile fast zweijähriger Erfahrung werden die Angebote jetzt in größerem Umfang genutzt, neue Projekte befinden sich in der Planung. Das Hauptproblem besteht aktuell darin, die Finanzierung des Projektes über das Auslaufen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinaus zu sichern.

Michael Birkenbeul von der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« (SSM) konnte dagegen aus der 20jährigen Erfahrung seines Projektes darstellen, dass die Bergmann'sche Theorie der Drittelung von »Erwerbsarbeit«, »Selfproviding« und »Calling« in der Praxis funktioniert. In der SSM haben sich 16 Personen zusammengefunden, um auf einer alten Industriebrache gemeinsam zu leben und zu arbeiten. Die SSM betreibt ein Umzugs- und Entrümpelungsunternehmen und einen Second-Hand-Laden, in dem gemeinschaftlich gearbeitet wird, und aus deren Gewinnen 100 DM wöchentlich an alle Mitglieder, auch an die Kinder, ausgezahlt wird. Alle werden kranken- und rentenversichert. Darüber hinaus leben die Mitglieder der SSM mietfrei, essen gemeinsam und können sich ihren Bedarf an Kleidung, Haushaltswaren etc. aus ihrem Laden geldlos besorgen. »Erwerbsarbeit« und »Selfproviding« gehen hier nahtlos ineinander über.

In der Diskussion gab es zunächst zahlreiche Nachfragen zur Praxis der einzelnen Projekte. Im Vordergrund standen dabei Fragen der Finanzierung (öffentliche Gelder ja oder nein; welche öffentlichen Gelder können genutzt werden etc.), Fragen der Renten- und Alterssicherung (was passiert, wenn man/frau nicht mehr erwerbs- oder eigen-arbeiten kann, welche Form der Alterssicherung existiert im Konzept von Bergmann) und die Frage nach dem Übergang von Eigenarbeit in gewerbliche Tätigkeit (wo hört Eigenarbeit auf und wann fängt gewerbliche Arbeit an).

Eine grundsätzlichere Diskussion entbrannte an der Frage, ob ein Projekt wie die SSM, eine reine Nische sei oder einen Alternativentwurf darstellen könnte. Aus dem Publikum heraus wurde argumentiert, dass die SSM nur als Armuts-Ökonomie funktionieren könne, bei der die einzelnen auf einem relativ geringen materiellen Niveau lebten. Michael Birkenbeul rechnete allerdings vor, dass sie materiell nicht sehr viel schlechter darstehen, als manch' eine normale Angestellte, wenn man die Lebenshaltungskosten, die bei der SSM gemeinschaftlich getragen werden, mit einbezieht. Dagegen trug er sehr überzeugend vor, dass dieses gemeinschaftliche Leben ein mehr an Lebensqualität beinhalte.

Als zweiter großer Einwand gegen das Konzept von Bergmann wurde vorgebracht, dass es zur Individualisierung der Erwerbslosigkeit beitrage, gerade wenn, wie im Projekt von Lauchhammer das individuelle »Calling« im Vordergrund steht und Erwerbslosigkeit mehr psychosozial bearbeitet werde. Zudem wurde angemerkt, böten die in Lauchhammer initiierten Werkstätten kaum tatsächliche Zukunftsperspektiven jenseits der Erwerbsarbeit für eine größere Zahl von Personen. Keinesfalls könne eine Töpferei und eine Nähwerkstatt Industriearbeitsplätze ersetzen. Die Frage wurde laut: kann »Neue Arbeit« unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit in Lauchhammer mehr sein als eine Beschäftigungstherapie? Hier wurde angemerkt, dass es neue Ideen für ein größeres Projekt gibt, das auch »Marktchancen« besitzt. Das Konzept schließe, wie das Beispiel der SSM zeigt, nicht aus, dass Neue Arbeit-Projekte auch »am Markt« erfolgreich sein können. Zugleich wurde noch einmal betont, dass das *Haus der Möglichkeiten* zunächst einmal ein kleiner Versuch war, möglichst niederschwellig Angebote zu machen, einen Umdenkungsprozess in Gang zu bringen.

Ein dritter großer Diskussionsbereich war die Frage nach dem gesellschaftlichen und individuellen Interessen an »Neuer Arbeit«. Die zahlreichen Fragen aus dem Publikum machten deutlich, dass ein Interesse einzelner Personen, sich an einem Neue Arbeit-Projekt zu beteiligen, durchaus vorhanden ist und es einen Bedarf an Beratung und der Vermittlung von Kontakten gibt. Interessanterweise gibt es sowohl in Lauchhammer als auch in Köln-Mühlheim Arbeitsämter und GewerkschaftlerInnen, die auf der Suche nach Perspektiven, sich für das Neue Arbeit-Konzept zu interessieren beginnen. Allerdings gibt es bisher kaum Unternehmen oder Betriebe, die sich an der Verwirklichung der Drittelungs-Idee Bergmanns beteiligen. Das *Netzwerk Neue Arbeit* versucht zur Zeit, wie Elisabeth von Renner erklärte, Unternehmen zu gewinnen.

Fazit:

Mit der Veranstaltung wurden zahlreiche Informationen zur Praxis existierender Neue-Arbeit-Projekte einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Dass sich rund 90 Personen aus ganz unterschiedlichen linken Spektren für das Thema interessieren, kann bereits als ein Erfolg gewertet werden. Das positive Beispiel der Sozialistischen Selbsthilfe Mühlheim gab darüber hinaus Anschauung, dass die Theorie der Neuen Arbeit auch in der Praxis funktionieren kann und vermittelte Anregungen, die, so der Eindruck, vom Publikum mit Interesse wahrgenommen wurden. Die rege Diskussion machte zugleich deutlich, dass neben dem großen Interesse an Formen des kollektiven, anderen Arbeitens, grundsätzliche Fragen an Bergmann noch offen stehen und eine kritische Auseinandersetzung fortgesetzt werden muss. Offen blieben u.a. die Fragen,

- ob das Konzept Neue Arbeit Perspektiven auch im Bereich der (relativ gesicherten) Stammbelegschaften des industriellen Sektors bieten kann, oder ob es sich »nur« an die marginalisierten und prekarisierten ArbeitnehmerInnen richtet,
- ob und wie Neue-Arbeit-Projekte ihr Nischen-Dasein überwinden können, welches Verhältnis zum Markt angestrebt wird, inwieweit das Konzept mehr leistet als Menschen in eine ohnehin unsichere Selbständigkeit zu entlassen,
- wie sich das Konzept in die Diskussion um den Sozialstaat einreiht, ob es ggf. Ansatzpunkte gibt, das Konzept Neue Arbeit in die laufende Existenzsicherungsdebatte / soziale Grundrechtsdebatte zu integrieren usw.

Für Februar ist eine Diskussionsveranstaltung mit Bergmann selbst geplant, auf der diese Fragen vertieft diskutiert werden sollen.●

Kontakt: Frauke Hehl, E-Mail: work.station@berlin.de
http://www.snafu.de/~workstation

DRESDEN: ARBEITEN UND TROTZDEM LEBEN

»Eine Mittelform zwischen Bill Gates und Mutter Theresa finden«

»Beatus ille qui procul negotiis!« Was müssen das für Zeiten gewesen sein, als Horaz eine seiner Episoden mit solch vorkapitalistischen Ketzereien einleiten konnte? Glücklich, wer fern von Geschäften ... Heute ist man landläufig so weit heruntergekommen, jede nicht dem Tanz ums Goldene Kalb verschriebene Stunde als verlorene anzusehen. Die höchste Auszeichnung besteht darin, dabei mittanzen zu dürfen. Arbeit nicht mehr als Selbstverwirklichung, sondern um ihrer selbst willen, glücklich schon, wer überhaupt eine hat. Mit dem Jahr 1989 verschwand auch die Frage nach der Aneignung der Arbeitsergebnisse aus dem Bewusstsein.

Michael Bartsch, (SAX, Dresden) ● Heute hechelt jeder für sich nach dem Almosen, das ihm über die bloße Existenz hinaus vielleicht noch etwas Sozialprestige sichert. Bereit, jeden Preis an Lebenszeit und Idealverlusten dafür zu zahlen, denn sprungbereit lauert das stehende Millionenheer der Arbeitslosen als Disziplinierungsmittel gegenüber allen Unterprivilegierten. Wer an anders lautendes Politikerpathos oder Bündnisse für Arbeit glaubt, nimmt auch an, dass der Klapperstorch das Christkind bringt.

Auf den ersten Blick gibt es nur eine Wahl: Selbstausbeutung bis zum Anschlag oder Ausstieg. Frei nach Ho-●. Es gibt auch Glück jenseits von Arbeit, erinnern zum Beispiel die Berliner *»Glücklichen Arbeitslosen«* in ihrem Manifest von 1996. »Wenn der Arbeitslose unglücklich ist, so liegt das nicht daran, dass er keine Arbeit hat, sondern dass er kein Geld hat«, behaupten sie als Nicht-Hegelianer. Folglich wäre auch genauer von »Geldsuchenden« an Stelle von »Arbeitssuchenden« zu sprechen.

So weit will nun eine sich um allmähliche Bewusstseinserweiterung bemühende Dresdner Initiative nicht gehen. Ihr geht es gerade um eine neue Emanzipation in einer adäquaten Arbeit, die zugleich Raum lässt für die musisch-müßigen Kulturtaten und Unterlassungen des Menschen. *»Samba rabota«* macht den zugegebenen provokanten Versuch, nicht in panische Arbeitslosenangst zu verfallen, sondern diesen Schicksalsschlag als Chance zu begreifen. Sich damit zugleich auch der Erpressbarkeit zu entziehen, Würde zu bewahren und sogar in einer auf den ersten Blick deprimierenden Situation Freiheitsgrade wiederzugewinnen. Das geht nämlich nicht, solange das Anstellen als einziger Ausweg aus der Arbeitslosigkeit angesehen wird. Mit dem immer fragwürdiger werdenden Ziel, wieder in ein abhängiges traditionelles Regelarbeitsverhältnis zu gelangen.

»Samba rabota« soll eine Kampagne mit zwei wesentlichen Komponenten werden, erklärt *Peter Müller* vom *»Signus e.V.«*. Sein Verein initiiert seit fünf Jahren Gemeinschaftswohnprojekte und alternative Empowerment-Versuche. Dieser jüngste soll individuell ermutigen, aus dem Fluch eine Chance zu machen, eigene Ressourcen zu erkennen und statt weiterer Entfremdung mit neuen Arbeitsformen einen Schritt auf sich selbst zuzugehen. Und weil man damit schnell an materielle Existenzgrenzen stößt, soll die Kampagne auch eine öffentliche Diskussion dort anstoßen, wo die Geldtransferströme verteilt und verwaltet werden. Geschehen soll das zunächst im überschaubaren kommunalen Bereich, in der Arbeitsverwaltung zum Beispiel. Der Ausbau zu einer bundesweiten Kampagne ist vorgesehen. Sie trägt im Grunde den bei uns unbekannten autonomen Arbeitslosenbewegung inspiriert sind.

Voraussetzung dafür ist, dass auch der Lohnarbeiter im Arbeitslosen sein »zweites Ich« erblickt, eine Rolle, in die er jederzeit gestoßen werden kann. Der Empfänger von Sozialtransfers erscheint dann nicht mehr als Sozialschmarotzer, die Wiederentdeckung der privaten kreativen Mußestunde nicht mehr als Privileg derer, die nicht mehr bis zum Anschlag um die Gunst eines Arbeitgebers buhlen müssen. Deshalb wendet sich die Kampagne auch nicht nur an Arbeitslose im herkömmlichen Sinn, sondern auch an vermeintlich sichere Jobinhaber. »Wer

Foto: Antenne

unbestreitbaren Veränderungen in der Arbeitswelt Rechnung, wie sie unter anderem im Bericht der sächsisch-bayerischen Zukunftskommission beschrieben sind. *Ronald Blaschke*, vielen von der Arbeitslosenberatung und dem inzwischen von der bürgerlichen Stadtratsmehrheit aufgelösten Arbeitslosenbeirat bekannt, will aber bestenfalls eine geistige Verwandtschaft zu den von *Ulrich Beck* geschriebenen Teilen des Berichts zugeben. Es geht auch um die dort postulierte Bürgerarbeit, aber nicht um Konzessionen an Neoliberalismus und Deregulierung im Sinne totalitärer Kapitalherrschaft. Dagegen spricht schon, dass Zwangsarbeit im Billiglohnsektor abgelehnt wird. Blaschke spricht sogar von einem neuen Gesellschaftsvertrag derer im traditionellen Arbeitssystem mit denen »draußen«: »Wir ersparen euch Mobbing und Verdrängungswettbewerb, in dem wir auf den Kampf um Regelarbeitsplätze verzichten, und ihr gesteht uns dafür relativ bescheidene Sozialtransfers zu«. Gedanken, die von der erst einmal abgestürzt ist, hat den Kopf meist nicht frei für solche Überlegungen«, weiß Roland Blaschke aus Erfahrung. Was Wunder, setzt doch der Mut zur Selbstbestimmung auch in dieser gesellschaftlichen Ausgrenzungssituation gegenwärtig viel Idealismus und dauerhaften Verzicht auf freiwirtschaftliche Einkommenshöhen voraus.

Eine Spontanumfrage vor dem Dresdner Arbeitsamt bestätigt dennoch eine Vermutung der »Samba rabota«-Initiatoren. Erstaunlich viele würden auf ein Viertel oder ein Drittel ihres bisherigen Einkommens verzichten, wenn sie dafür dauerhaft eine irgendwie gesellschaftlich nützliche Arbeit leisten könnten. Und zwar nicht nur beschäftigungstherapeutisch Tonleitern für Singvögel im Park bauen, um Politiker, die Statistik und sich selbst zeitweilig ruhig zu stellen. »Samba rabota« spricht deshalb nicht nur schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose an. Ein grundsätzlicher Unterschied zum Projekt *»Tauris«* des sächsischen Wirtschaftsministerium, mit dem 150 ältere Dauererwerbslose in Bürgerprojekten außerhalb der traditionellen Erwerbsarbeit unterstützt werden. Immerhin ein Schritt hin zu einem so genannten »Dritten System« jenseits des privaten und öffentlich geförderten Arbeitsmarktes. Ein solches bejaht auch der Dresdner DGB-Chef *Rolf Neber*, allerdings vorerst nur für die wirklich Chancenlosen. Bei aller Sympathie für »Samba rabota«: »Der emanzipatorische Gedanke hat im gegenwärtigen System keinen Platz – das dürfte dann nicht der Kapitalismus sein.« Ihm traut auch Neher die Lösung der Umverteilungsaufgaben von Arbeit und deren Ergebnissen nicht zu. Entscheidend für die Lebensfähigkeit solcher Projekte wäre schließlich die Frage der Bezahlung, der Transfers. Soziale Betriebe etwa oder Arbeitslosenpools oder Gemeinschaftshöfe wären da nur Einzelfallösungen, Tauschringe gar steuerrechtlich bedenklich.

Peter Müller, *Sabine Schwerin*, *Werner Becker* und *Roland Blaschke* halten dennoch an ihrer aufklärerischen Absicht fest. Hinter dieser steckt ja nicht nur die Reaktion auf ein Arbeitsmarktchaos, das nur noch den Ausweg in die amerikanische Schuhputzergesellschaft aufzeigen kann. Es geht auch um alternative, eigentlich uralte Lebensentwürfe jenseits des allein verbliebenen Sinns, möglichst unbegrenzt am Wachstum der materiellen Güterproduktion teilzuhaben. »Eine Mittelform zwischen Bill Gates und Mutter Theresa finden«, so Blaschke. Damit das nicht nur einzelnen Spinnern möglich wird, wäre die Einführung einer sozialen Grundsicherung erste Voraussetzung. Noch vor Kurt Biedenkopf, der dabei vor allem an die spätere Rente der heutigen Billigarbeiter denkt, hieß das 1982 bei den autonomen Arbeitslosen »Existenzgeld«. Alle Parteien reden darüber, die PDS will sogar angemessene 1.500 Mark, aber ernsthaft geht diese Revolution niemand an. Zu viele, wenn sie nicht gerade Kinder aufziehen oder Verwandte zu pflegen haben, könnten darin auch eine Chance zur Selbstbesinnung, Selbstbestimmung, zu sabbatjahrähnlichen Regenerationsphasen erblicken. Ein bisschen Samba soll bei Rabota eben auch dabei sein, so die Intention der Kampagnenstifter. Natürlich eine Gefahr für den Turbokapitalismus. Auf der bescheidenen kommunalen Ebene scheinen Anfänge zumindest in Richtung Bürgerarbeit möglich: existenzsichernde Bürgerarbeit, die über Projektförderungen beispielsweise der Bürgerstiftung hinausgeht.

Ein bisschen, so scheint es, haben die Initiatoren noch Angst vor der eigenen Courage. Sie wissen, dass sie vorerst nur wenige erreichen werden. Seit einem halben Jahr kursieren erste Gedanken und Thesenpapiere zu einem solchen Subsystem. Zum Robert-Jungk-Jahr 2000 soll es mit Hilfe der Heinrich-Böll-Stiftung eine richtige Kampagne werden, soll im Dresdner Rundfunk eine »Zukunftswerkstatt Arbeit« die breitere Öffentlichkeit zu neuen Überlegungen inspirieren.●

Aus: SAX, Dezember 1999

MÜHSAME GRÜNDUNGSSCHRITTE EINER ARBEITSLOSENGEWERKSCHAFT

Erwerbslos statt arbeitslos

Mitte November trafen sich etwa hundert Arbeitslose aus mehr als 20 verschiedenen Arbeitsloseninitiativen zu einer ersten Gründungsversammlung der »Deutschen Arbeitslosengewerkschaft« (DaloG) in Köln. Eingeladen hierzu hatte »Lichtblick« (Arbeitslosen-Offensive Geldern) ca. 800 Arbeitsloseninitiativen, Vertreter der bestehenden Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände aller politischen Parteien und der Landesregierungen. Erschienen waren ein Vertreter der deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG), Horst Engel vom NRW-Landesvorstand der FDP und Jörg Detjen, Kölner PDS-Ratsmitglied.

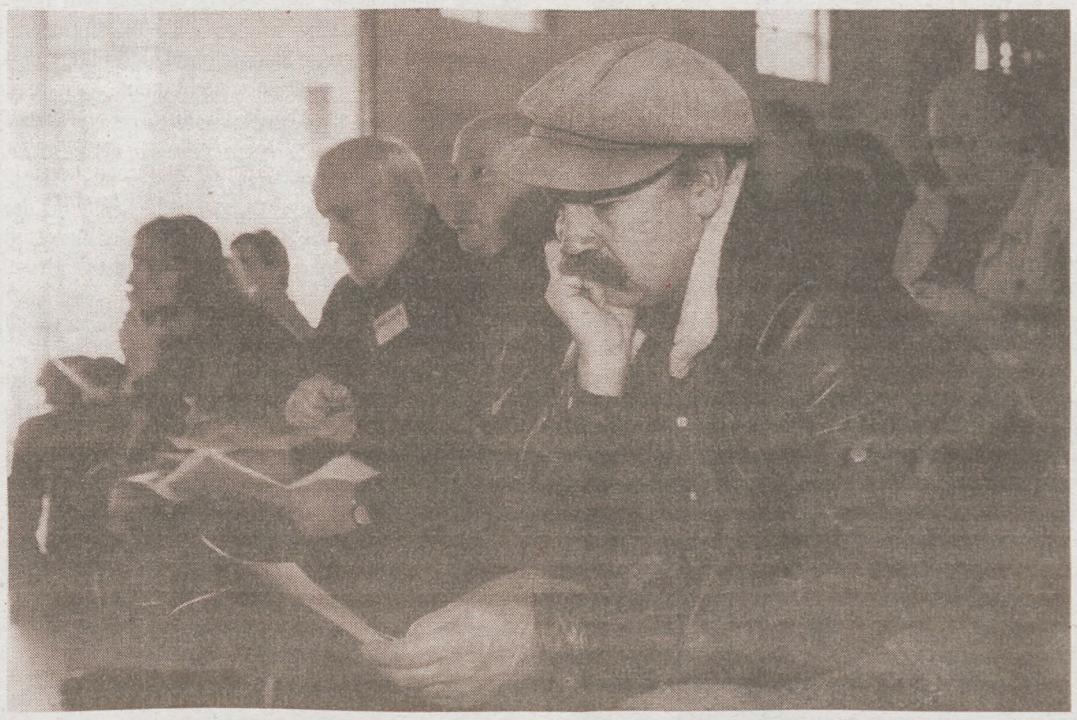


Foto: Roland Schüler (Kölner Woche)

Christian Gottschalk (Kölner Woche) ● Zu Beginn der Veranstaltung formulierte die Vorsitzende der Geldener Initiative, *Mary-Ann Christen-Meyer*, die Hauptziele der Gewerkschaft. Die DaloG will eigene Konzepte zur Schaffung von Arbeitsplätzen vorlegen, den Arbeitslosen eine bundesweite Lobby geben und fordert die Teilnahme an allen relevanten Gremien, wie zum Beispiel dem »Bündnis für Arbeit«. Weiterhin will die Gewerkschaft die Folgen der Arbeitslosigkeit in der Gesellschaft regulieren helfen und das Image des Arbeitslosen richtig stellen, sprich verbessern. Nicht zuletzt soll die Vernetzung der Arbeitsloseninitiativen in Ost und West vorangetrieben werden.

Sie versteht sich als Interessenvertretung für alle, die keinen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Und nur die können auch Mitglieder werden und haben Stimmrecht. Alle anderen können Fördermitglieder werden. Christen-Meyer betonte, man wolle kein Sammelbecken für »Extremisten« werden, sondern stehe auf dem Boden des Grundgesetzes und verwies auf das dort verankerte »Widerstandsrecht«. Die DaloG versteht sich als unabhängige Gewerkschaft, die mit den bestehenden Gewerkschaften zusammenarbeiten möchte.

An der Neugründung übten einige Initiativen Kritik. Die *Arbeitsloseninitiative Thüringen* hatte ihre Geschäftsführerin offenbar extra nach Köln geschickt, damit sie ihre Befürchtung äußern konnte, es drohe eine Zersplitterung der Arbeitslosenbewegung. Bundesweite Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, all das gäbe es sowieso schon.

In den Diskussionen sah es zunächst tatsächlich so aus, als würde man sich nach alter politischer Tradition erst mal ein bisschen spalten. Allein der Name gab Anlass für Diskussion: Ein Redner argumentierte dafür, dass es »erwerbslos« statt »arbeitslos« heißen müsse. PDS-Ratsherr *Jörg Detjen* sprach sich dafür aus, das »Deutsche« aus dem Namen zu streichen, auch der Begriff »Gewerkschaft« stand zur Disposition. Außerdem hörte man in der Rauchecke außerhalb des Saals von einer Konfliktlinie zwischen der Arbeitslosengewerkschaft in Gründung und den bestehenden Gewerkschaften. Und von Arbeitsloseninitiativen, die sich übergangen fühlen, weil sie »die tragenden Säulen der Erwerbslosenarbeit« seien. Zitat: »Wir machen die ganze Zeit schon was.« Beruhigend wirkten da die besonnenen Worte von *Rolf Simon*, der in der ÖTV Arbeitslosenarbeit macht: »Ich begrüße jede Initiative, die versucht, die gewerkschaftlich schwer zu organisierenden Arbeitslosen zu organisieren. Wir können uns Spaltereien, auch Haarspaltereien, nicht leisten.«

Realität ist, dass Erwerbslosenarbeit mehr oder weniger im Verborgenen stattfindet: Demonstrationen vor den Arbeitsämtern am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen sorgten kurzzeitig für Medienpräsenz von Arbeitslosen. Meist wird im Fernsehen über sie geredet (außer in täglichen Talkshows), ein Expertentum in eigener Sache wird ihnen nicht zugetraut. Nach Rechnung der »Arbeitslosen-Offensive Geldern« handelt es sich um ein Viertel der Bevölkerung, das entweder direkt betroffen ist oder als Familienmitglied mit den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit umzugehen hat. Da wäre es doch wünschenswert, dass Uli Wickert dereinst »Mary-Ann Christen-Meyer, Sprecherin der Deutschen Arbeitslosengewerkschaft« auf seinem Bildschirm begrüßt. Am 30. April, kurz vor dem »Tag der Arbeit«, soll in Leipzig weiter gegründet werden.●

Aus: Kölner Woche, Nr. 26/99

AGRARGENOSSENSCHAFTEN

Altschulden verfolgen Bauern ins neue Jahrzehnt

In der DDR steuerten Agrarbetriebe Geld zu Dorfkonsum, Straßenbau und Jugendklub bei. Viele sitzen deshalb jetzt auf Altschulden. Die meisten können sie nicht abzahlen. Über 200 Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern sind davon betroffen. Die Banken selbst haben mit den Altschulden schon lange kein Problem mehr. Sie erhielten für die »rückgestellten« Kredite Mitte der 90er Jahre vom Bund einen Ausgleich.

Elke Ehlers, Red. Genossenschaften ● Schuldenfrei ins neue Jahrhundert zu gehen, die Erfüllung dieses Wunsches war vielen Agrarbetrieben in den neuen Bundesländern nicht vergönnt. Sie schleppen einen Berg Altkredite aus DDR-Zeiten mit sich herum. Über 430 Millionen Mark kommen nach Angaben der DG-Bank allein in Mecklenburg-Vorpommern zusammen, plus 200 Millionen Mark für inzwischen aufgelaufene Zinsen. Über 200 ehemalige Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) sind betroffen. Mit der Tilgung tun sich die meisten schwer. Zahlen müssen bisher nur Betriebe, die schwarze Zahlen schreiben. Rund 1,5 Millionen Mark registrierte die DG-Bank 1999 an dafür eingezahlten Geldern. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Überschuldet per Gerichtsentscheid

»Wenn die Altschulden fällig werden, müssen wir den Betrieb dicht machen«, sagt *Robert Dischler*, Hauptbuchhalter der *Agrar-Produkte- und Vertriebsgemeinschaft Samtens*. Mit gut zehn Millionen Mark steht die Rügener Genossenschaft in der Kreide. Trotz der beiden Teilentschuldungen von 1994/95. Und trotz des Verkaufs von Wohnhäusern aus dem einstigen LPG-Eigentum, dessen Erlös zur Tilgung der Schulden eingesetzt wurde.

Vor 1990 steuerten die Genossenschaften viel Geld fürs Gemeinwohl in den Dörfern bei. Auch die in Samtens. Für den Jugendklub, für die Plattenstraßen rund ums Dorf, für den Umbau eines Gutes zum Gasthof. »Dafür haben wir nach der Wende nichts bekommen, aber auf den Schulden blieben wir sitzen«, empört sich Dischler. In einem »überschaubaren Zeitraum« seien sie nicht in der Lage, die Altkredite zu begleichen.

Das macht die Sache kompliziert. Denn nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1997 ist die Landwirtschaft verpflichtet, ihre Schulden aus DDR-Zeiten »grundsätzlich« zu begleichen. Anders als die Wohnungswirtschaft. Dort wurden ähnliche Altschulden erlassen, wenn die Nachfolgefirmen 15 Prozent des Wohnungsbestandes verkauften.

Hoffnung auf Nachbesserung

Hauptbuchhalter Dischler hofft deshalb auf die »befriedigende Altschuldenregelung«, die die neue Bundesregierung bei ihrem Amtsantritt zusagte. Denn einen Hoffnungsschimmer ließen die Richter auch für die Bauern: Dem Bund wurde eine »Kontroll- und gegebenenfalls Nachbesserungspflicht« auferlegt. Danach muss zehn Jahre nach der deutschen Einheit geprüft werden, ob die Betriebe aus eigener Kraft in weiteren zehn Jahren – also bis 2010 – in der Lage sind, die Schulden zu begleichen. Schaffen sie dies nicht, sollen andere Regelungen getroffen werden. Die Bundesregierung veranlasste deshalb 1999 eine Erhebung zum Stand der Tilgungen. In diesen Tagen läuft die zweite Runde der Fragebogenaktion.

Beim *Norddeutschen Genossenschaftsverband*, von dessen 250 Mitgliedsunternehmen 140 mit Altschulden belastet sind, sieht man wenig Chancen, ohne »neue Regelungen« das Problem der Altschulden zu klären. »Eine Gesamtlösung muss her«, fordert dessen Geschäftsführer *Dr. Hartmut Wallstabe*. Dazu sollten seiner Ansicht nach die Zinsen für die Altkredite wieder auf »weniger als ein Prozent« gestellt werden. »So, wie sie damals abgeschlossen wurden«, beruft sich Wallstabe auf die alten DDR-Verträge.

Außerdem sollten die Betriebe von der Rückzahlung für Investitionen befreit werden, die der Betrieb nicht nutzt. Zudem plädiert Wallstabe für eine Bonusregelung. »Wer innerhalb einer bestimmten Zeit einen größeren Betrag abzahlt, dem sollte ein gewisser Betrag erlassen werden«. Ein generelles Streichen der Altschulden hält er nicht für gerechtfertigt. »Was in der Produktion zur Wertschöpfung beiträgt, dafür wird auch bezahlt.«●

(Nachdruck aus: OSTSEE-ZEITUNG)

FRAUENCOMPUTERSCHULENBEWEGUNG

Mehr als ein Dezennium
– Bundesverdienstkreuz & erste Frauenaktiengesellschaft

Highlights der bundesweit rund 60 Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren allein in einem Jahr:
1999 bekam Dr. Ellen Sessar-Karpp, Mitbegründerin der FrauenTechnik-Zentren (1985 das Erste in Hamburg) das »Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland« verliehen.
1999 feierte die Frauen-Computer-Schule München nicht nur ihren neunten Geburtstag, sondern auch die Gründungsversammlung der ersten Frauenaktiengesellschaft: 160 Aktionärinnen zeichneten das Grundkapital in Höhe von 350.000 Euro der neu gegründeten Frauen-Computer-Schule AG – das idealistisch-wirtschaftlich geführte Unternehmen mit rund 4.000 Teilnehmerinnen jährlich gehört damit zu den Ersten, die das von Frauen konzipierte Führungskonzept e-motion@l business(r) verwirklichen.

Angelika Huber, München

e-motion@l business & Diversity-Kompetenz

Barbara Wagner, Geschäftsführerin des Zentrums für Weiterbildung in Frankfurt und Initiatorin von *e-motion@l business*: »Die Gestaltung unserer Zukunft hängt in hohem Maße davon ab, wie es uns gelingt, eine Unternehmenskultur zu schaffen, die wirtschaftlichen Erfolg, technischen Fortschritt und gesellschaftliche Verantwortung miteinander verbindet. Der partnerschaftliche, gleichberechtigte und respektvolle Umgang zwischen unterschiedlichen Geschlechtern und Kulturen ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung... Diesen Respekt bezeichnen wir im Zentrum für Weiterbildung als *»Diversity-Kompetenz«* (1) (diversity = Vielfalt).

Am Anfang war der Irrtum

Die Bewegung der Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren begann in den USA. Dort reagierte *Deborah Brecher* auf die Entwicklung des PCs gleich zu Beginn der 80er Jahre mit women's technology centers und dem ersten Frauencomputerbuch »Go stop run«. Alle gingen damals von der Annahme aus: wer mit dem PC umgehen können will, muss programmieren können – ergo »technisch begabt« sein. Ein Vorurteil, das sich hartnäkkig bis zur Internet-Seitengestaltung auch noch im Jahr 2000 hält.

Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren entlassen ihre Teilnehmerinnen in der Regel weder mit einem Lötkolben noch mit einem Chip-Design in der Hand. Aber: mit dem Bewusstsein, nicht »technisch begabt« sein zu müssen, den PC als Werkzeug sinnvoll einsetzen zu können und der ganzen Sache auch noch Spaß abzugewinnen. Manche entdeckt auch: die PC-Entwicklung ist keine weibliche. Weder kommen in ihr weibliche Sichtweisen zum Ausdruck noch weibliche Bedürfnisse. An der Stelle sei daran erinnert: der PC ist ein Produkt der militärischen Forschung, insbesondere der Weltraumforschung, deren Ziel darin bestand, bemannte Raumkapseln ins All zu schießen, in denen raumfüllende, tonnenschwere Computeranlagen keinen Platz fanden. Der militärische Ursprung gilt auch für das Internet: es ist ein Ergebnis des Kalten Krieges.

Wie und wo soll sich in einem solchen Entwicklungsprodukt ein Mensch widerspiegelt sehen, der eben nicht nur männlich denkt? Potenziell könnte dies die Hälfte der Menschheit sein, allerdings und vorsichtig geschätzt gehe ich davon aus, dass der größte Teil der Menschheit, vor allem in den Industrieländern, männlich sozialisiert ist. Wie sonst lässt sich erklären, dass Waschmaschinen, Verkehrssysteme, Küchen-und sonstige Einrichtungen, das Computer-prinzip Null und Eins, unsere familienpolitischen, philosophischen und selbst unsere religiösen Grundlagen in erster Linie, wenn nicht sogar ausschließlich männlich dominiert sind?

Wie mühevoll – aber auch: um wie viel lohnender, erfüllender und befriedigender ist es, weibliche Sichtweisen zu entdecken, zu entfalten – und dann auch noch zu leben.

»Weiblich« – eine Zusatzeigenschaft?

Helga Ebeling vom Bundesministerium für Bildung und Forschung brachte es auf der Fachtagung *e-motion@l business* auf den Punkt: »Das kleine Mädchen greift nach den Sternen, das pubertierende fasst sich an die Nase« – warum nur? Warum ist das kleine Mädchen tapfer, mutig, wild?, warum fühlt sich die junge Frau »unwohl«?

Wahrscheinlich liegt die Antwort näher als uns lieb ist: für Frauen, insbesondere für *junge* Frauen gibt es einfach zu wenig *attraktive* Identifikationsangebote. Sei es in Büchern, in Bildern oder im Internet, sei es in der Schule, im Beruf oder in der Familie. Sei es auf der Ebene der Politik, der Gesellschaftswissenschaften oder an der Universität, sei es auf der Ebene der Computersoftware.

Da gibt es z. B: im Eintragungsmenü einer Netzsoftware unter dem Namensfeld ein Kästchen zum Ankreuzen mit dem Attribut »weiblich«. – »Was zunächst möglicherweise praktisch erscheint (von wegen richtige Anrede und so), hat es auf den zweiten Blick in sich. Dieses Menü vermittelt nämlich ganz nebenbei: der Normalfall ist männlich.

»Weiblich« dagegen ist eine Zusatzeigenschaft zum Ankreuzen. Das ist keine böse Absicht – im Gegenteil, es wurde überhaupt nicht nachgedacht, es wurden einfach die Tatsachen des Lebens widerspiegelt. Und die bekommen wir ungefragt mitgeliefert, wann immer wir Software verwenden.« (2)

In einer Fußnote ergänzt Rena Tangens an dieser Stelle: »Programmiertechnisch wäre es übrigens kein Problem, das Menü anders zu gestalten: ein sog. Radiobutton, bei dem die Möglichkeiten, zwischen denen ausgewählt wird - »weiblich« und »männlich« – gleichberechtigt nebeneinander stehen. So würde deutlich, dass »männlich« auch nur eine Option ist.« Zitat Ende.

Die Widerspiegelung der »Tatsachen des Lebens« auf allen Ebenen, gleichgültig, wo auch immer wir uns befinden, macht selbstverständlich auch nicht vor der sog. »virtuellen Realität« halt. Wobei ich behaupte: die virtuelle Welt ist eine reale Welt. Sei dies bei einem Bumm-Bumm-Peng-Computer-»Spiel«, bei einer nicht an Information, sondern nur an Verkauf orien-tierten Online-Präsentation, sei es im Rahmen eines multimedialen, dreist als »interaktiv« bezeichneten Lernprogramms oder im Internet, das – aus politisch wohl durchdachten Motiven – nicht demokratischen, sondern und zuallererst kommerziellen Zwecken dient.

»Das Internet ist eine Mogelpackung – die Anpreisung ist noch die gleiche, aber das Produkt hat sich fundamental geändert. Wie schaut die hauptsächliche Netznutzung aus: Surfen im world wide web unterscheidet sich nur graduell vom Zappen quer durch die TV-Programme mit der Fernbedienung. Hier wie dort kann etwas ausgewählt werden, aber es handelt sich um Alternativen, die von anderen vorgegeben wurden. Solch ein Angebot schafft nur eine scheinbare Individualität. *Interaktion* ist etwas anderes. Die Möglichkeit, zwischen vorgegebenen Alternativen auszuwählen, schafft keine mündigen BürgerInnen, sondern und bestenfalls zufriedene KonsumentInnen.« (2)

Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren entwickeln Alternativen

Die reparaturmedizinische Wirkung von Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnik-Zentren ist unbestritten. Trotzdem halten sie an ihren Idealen fest und stiften Sinn und Potenz. Sie stärken Frauen, vermitteln Widerstandskraft und Perspektiven.

Sie
- denken...
- gründen...
- fühlen...
- managen...
- unterrichten...
- programmieren...
- surfen...

...weiblich.

Angelika Huber ist Gründerin der Frauen-Computer-Schule 1990 und der Frauen-Computer-Schule AG 1999.

(1) PionaNews Nr. 7, November 1999, Hrsg: Frauen-Computer-Schule AG, München
(2) »Alice im Cyberspace« von Rena Tangens, in: »Die Frau in unserer Zeit«, Nr. 2/99, Hrsg: Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin.

BUCHBESPRECHUNGEN

Beforscht und für »....« befunden: Neue soziale Bewegungen

Wohl keine Gruppe hat neue soziale Bewegungen unter wissenschaftlichem Blickwinkel so lange und kontinuierlich begleitet, wie das seit zehn Jahren bestehende Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Dessen Herausgeber sind bestens geeignet den aktuellen Forschungsstand widerzuspiegeln. Herausgekommen ist ein guter Sammelband eben über den Forschungsstand – aber auch nicht mehr.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Insgesamt 18 Beiträge dokumentieren in dem Sammelreader »Neue soziale Bewegungen« herausgegeben von Ansgar Klein, Hans-Josef Legrand und Thomas Leif den aktuellen Stand der »Bewegungsforschung«. Bekannte Autorennamen sind u.a. Dieter Rucht, Roland Roth oder Joachim Raschke. Das Buch setzt fünf Schwerpunkte:
- Die Impulse der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) für Gesellschaft und Politik;
- Bilanzen und Perspektiven der Bewegungsforschung;
- Rolle der NSB für die Transformation der ehemaligen DDR;
- Erfahrungen der Frauen-, Friedens-, Ökologie- und Solidaritätsbewegungen;
- Auswirkungen der Globalisierung auf die NSB.

Fest gehalten wird, die thematische Ausdifferenzierung, die Organisationsbildung und vor allem die Professionalisierung der Akteure der NSB. Dass die damit verbundene Institutionalisierung mit dem Ende der sozialen Bewegungen gleichzusetzen ist, hat in der aktuellen Diskussion eher abnehmendes Gewicht. Im Gegenteil wird der rückblickende Deutungs- und Interpretationsstreit über die Bewertung der NSB in dem Band sehr sachlich und rational abgehandelt.

Dies ist aber auch ein wenig das Manko der Veröffentlichung: die distanzierte Betrachtung. Vieles bleibt dem »Historischen« verhaftet. Die Vielfalt wenn auch kleiner, dafür aber aktueller Ansätze und ihre anschauliche Beschreibung fehlt – vielleicht ein Kennzeichen der sich etablierenden Wissenschaftler, die sicherlich mehr Distanz als früher zu ihrem »Gegenstand« aufweisen. Das ändert nichts daran, dass die Veröffentlichung für eine intensive Auseinandersetzung mit den NSB ein Muss darstellt.

Ansgar Klein / Hans-Josef Legrand / Thomas Leif (H.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven, (Westdeutscher Verlag) Opladen / Wiesbaden 1999, DM 68,00.

Gegründet und professionalisiert: Selbstverwaltung in der Schweiz

Zur besseren Einschätzung der Selbstverwaltungsbewegung hilft der Blick über die Landesgrenzen hinaus, eigene Kenntnisse und Einschätzungen zu fundieren. Dazu besonders geeignet erscheint eine Veröffentlichung über die Selbstverwaltung in der Schweiz, herausgegeben von Isidor Wallimann. Ein umfassender empirischer Überblick, die genauere Analyse der Gaststättenbranche und sehr aufschlussreiche Artikel über die Lohn- und die Leitungsproblematik sowie über potenzielle Misserfolgsfaktoren von Selbstverwaltungsbetrieben geben einen guten Einblick in die Schweizer Szene.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Empirisch abgesicherte Veröffentlichungen über selbstverwaltete Betriebe sind selten geworden. Dieses veranschaulicht der Aufsatz von Mathias Hasler mit dem Titel »Selbstverwaltung (K)eine Modeerscheinung?«. Immerhin konnten von 373 angeschriebenen Schweizer Betrieben 220 in die Auswertung einbezogen werden. Aus deren Antworten wird deutlich, dass drei Viertel aller Neugründungen in den Jahren zwischen 1978 und 1988 stattfanden. Danach erfolgte erst einmal ein sehr auffälliger Rückgang bei den Gründungen. Ist die Selbstverwaltung also doch nur ein Eingenerationenphänomen?

Fortsetzung nächste Seite

KONZEPTION

Gründung von Energieeinkaufsgenossenschaften

– Zukunftsinvestition zur Absatzsicherung von Ökostrom

Warum aber sollte eine Einkaufsgenossenschaft ein geeignetes Modell sein, um dem Umweltstrommarkt stabilisierende Impulse zu geben? Einkaufsgenossenschaften sind Zusammenschlüsse von Einzelpersonen oder kleinen und mittleren Unternehmen mit dem Ziel, durch die Vorteile und Kräfte der Gruppe mehr Einfluss am Markt zu gewinnen. Durch gemeinsamen Einkauf können die beteiligten Personen oder Unternehmen unter anderem auch im Preiswettbewerb mit größeren Handelsunternehmen besser bestehen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Solar- und Windkraftanlagen werden mit Hilfe neuer technischer Entwicklungen immer effizienter und billiger. Trotzdem ist der Strom, der mit ihnen produziert wird, bisher nicht konkurrenzfähig. Im Gegenteil, durch den wachsenden Wettbewerb auf dem Strommarkt fallen die Preise, so dass die Befürchtung formuliert wird, dass umweltfreundlich erzeugter Strom sogar noch weiter ins Hintertreffen gerät. Denn ähnlich wie bei den Telefongebühren werden die Verbraucher auf einmal mit einer verwirrenden Vielfalt von Tarifmodellen konfrontiert: »Gelben« Strom von Yello gibt es für 19 Pfennig je Kilowattstunde (kWh), »13 plus« von Ares für 13 Pfennig. Dass damit allerdings teilweise hohe monatliche Grundgebühren verbunden sind, bleibt bei einigen dieser Angebote ungenannt.

Strommarkt in Bewegung

Angesichts dieser zunehmenden Unübersichtlichkeit bleiben die meisten Energieverbraucher – zumindest vorläufig – noch bei ihrem bisherigen Energieversorger. Das gilt auch dann, wenn der Strom dort zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch deutlich teurer ist. Beispielsweise wechselten in Hamburg erst etwa 3.000 Haushalte zu anderen Unternehmen, obwohl sich hier neue und alte Stromversorger bereits vor der staatlichen Regelung über die Bedingungen für die Durchleitung geeinigt haben. Dies ist insofern erstaunlich, weil der Normaltarif der *Hamburgischen Electricitäts-Werke* (HEW) bei 29,5 Pfennig liegt.

Wer wechseln will und darüber hinaus auch noch Wert auf die ökologisch unbedenkliche Produktion von Energie legt, muss mehr bezahlen. Beispielsweise bieten die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) zusammen mit dem Ölkonzern *Shell* »newpower«-Strom für 34,5 Pfennig an. Die Naturstrom AG aus Düsseldorf berechnet sogar einen Aufschlag von etwa neun Pfennig auf den bisher vom Kunden gezahlten Preis. Vorerst wird sich daran nicht viel ändern. Umweltstrom zu niedrigen Preisen wir es vorerst nicht geben.

Das liegt an der Struktur des Energiemarktes: Billiganbieter können auf alte und daher abbezahlte Kraftwerke oder sogar auf Anlagen in Niedrigpreisländern wie der Ukraine zurückgreifen. Windkraft- oder Biogasanlagen sind dagegen neu oder müssen erst gebaut werden. Ob erneuerbare Energien auf diesem dynamischen Markt überhaupt eine Chance haben, wird zur Zeit intensiv und kontrovers diskutiert. Forderung nach staatlichen Maßnahmen zu deren Schutz liegen insofern nahe. Die vorgelegten neuen Einspeiseregelungen geben Anlass zu einem gewissen Optimismus. Dennoch ist zu befürchten, dass die Erzeuger von Öko-Strom ähnlich wie im Naturkostmarkt vorerst auf eine überdurchschnittlich umweltbewusste und zahlungskräftige Kundschaft angewiesen bleiben. Dort bewegt sich der Umsatzanteil in Relation zum gesamten Lebensmittelmarkt seit längerem zwischen ein bis drei Prozent.

Einkaufsgenossenschaft als Alternative

Um diesen Anteil der Verbraucher kontinuierlich zu organisieren, scheinen die gegenwärtigen Anbieter von Umweltstrom weder geeignet noch glaubwürdig noch professionell genug zu sein: Transparenz, Vertrauen und Sicherheit dürften wichtige Maßstäbe sein, an denen sie gemessen werden. Um in Abgrenzung zu den bisher neu entstandenen Stromhandelsunternehmen aus dem Umweltsektor eine positive Alternative darzustellen, ist eine Einkaufsgenossenschaft die richtige Lösung. Verknüpft werden muss ein solches Modell mit Personen und/oder Organisationen, die die drei genannten Schlagworte »repräsentieren« helfen.

Warum aber sollte eine Einkaufsgenossenschaft ein geeignetes Modell sein, um dem Umweltstrommarkt stabilisierende Impulse zu geben? Durch gemeinsamen Einkauf können die beteiligten Personen oder Unternehmen unter anderem auch im Preiswettbewerb mit größeren Handelsunternehmen besser bestehen. Über mehrere Jahre gesehen, organisieren sich die meisten Einkaufsvereinigungen mehrstufig auf regionaler und nationaler Ebene. Das heisst, nach der Aufbauzeit besitzen sie fast immer auch eine nationale Systemzentrale. Das Leistungsspektrum bleibt oftmals nicht nur auf die Beschaffung von Waren beschränkt, sondern umfasst fast immer auch zahlreiche weitere Beratungs- und Servicefunktionen.

Hohe Mitgliederbindung

Zusätzlich zu dieser vor allem organisatorisch-ökonomischen Funktion sind mit den meisten (Einkaufs-)Genossenschaften fast immer außerwirtschaftliche Leitbilder verbunden. Insbesondere in der Gründungs- und Aufbauphase haben sie wichtige mobilisierende Wirkungen. Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, betriebliche und zwischenbetriebliche Demokratie werden als gewachsene Traditionen mit dieser Form verbunden. Moderne Weiterentwicklungen wie umweltbewusstes Management, ökologische Produktpolitik oder andere Formen der Unternehmensethik lassen sich problemlos integrieren. Die Folge ist eine stark identitätsbindende Wirkung und damit moralische Selbstverpflichtung auf die Mitglieder. Weder von der Aktiengesellschaft noch von der GmbH kann diese in annähernd gleicher Weise erreicht werden.

Ausdruck erhält dies im so genannten Förderauftrag, der sogar gesetzlich als Kennzeichen von Genossenschaften verankert ist. Nicht die Gewinnerzielung, sondern die Versorgung der Mitglieder mit den in der Satzung verankerten Leistungen steht im Vordergrund. Bei einer Einkaufsgenossenschaft für Umweltstrom wäre dies vorrangig die gesicherte, überprüfbare Versorgung mit Strom, erzeugt durch regenerative Energieproduktion. Dass dies selbstverständlich zu Konditionen sein muss, die die wirtschaftliche Bestandsfähigkeit sichert, ist eine durch Prüfungsverband, Aufsichtsrat und Mitglieder kontrollierte Selbstverständlichkeit.

Hinzu kommt: Durch die Anpassung an die Kapitalgesellschaften weist die Genossenschaft heute viele von deren Vorteilen auf wie Haftungsbegrenzung auf das Eigenkapital bzw. die gezeichneten Anteile, unbegrenzte Rechtsfähigkeit und die Abzugsfähigkeit der Einkommen vom Gewinn und vor allem klare Zuständigkeiten der Entscheidungsorgane. Trotzdem ist die Genossenschaft eine Personengesellschaft. Entsprechend gehört die Gleichberechtigung, damit die demokratische Organisation und damit wiederum die Abstimmung nach Köpfen und nicht nach gezeichneten Anteilen zu den unveränderbaren Bestandteilen dieser Unternehmensform.

Abgrenzung zur Aktiengesellschaft

Dem gegenwärtigen Zeitgeist entspricht stärker die Gründung einer Aktiengesellschaft. Für verschiedene Aufgaben im Umweltsektor hat sich deren Bevorzugung gegenüber einer Genossenschaft als erfolgreich erwiesen. Dieser Vorteil gilt vor allem, sobald es um das Sammeln von Kapital geht. Geld in Aktiengesellschaften ist, selbst wenn es als ethisches Investment betrieben wird, dennoch in vielen Fällen mit der Hoffnung verknüpft, daraus in Zukunft auch finanzielle Erträge zu erzielen.

Soll aber umweltfreundlicher Strom verkauft werden, geht es nicht in erster Linie um das Einsammeln von Eigenkapital und dessen zukünftige Rendite, sondern um den Verkauf der teueren, aber verantwortlich erzeugten Energie. Ein Genossenschaftsmitglied ist darauf eingestellt (Förderauftrag), einem Aktionär geht es vor allem um sein Geld. Er bezieht, wenn er Aktien zeichnet nicht unbedingt auch noch den Strom. Das bedeutet, in der Genossenschaft ist das Identitätsprinzip – gleichzeitig Stombezieher und Miteigentümer zu sein – mit hoher Wahrscheinlichkeit stärker ausgeprägt als bei der Aktiengesellschaft. Insofern entspricht die genossenschaftliche Rechtsform in diesem Fall dem vorgesehenen Unternehmenszweck.

Vertrauen und Transparenz wird nicht nur hergestellt durch die unveränderliche Verankerung bestimmter demokratischer Entscheidungen der Mitglieder in der Generalversammlung. Auch sonst gibt es viele Bestandteile, die helfen diese Kernbegriffe in die Wirklichkeit umzusetzen. Dazu gehören das so genannte Vieraugenprinzip bei der Vertretungsbefugnis (Unterschriften), die unveräußerbaren Rechte der Mitgliederversammlung über Gewinn, Verlust, Veränderung des Unternehmenszwecks, Genehmigung des Jahresabschluss etc. zu beschließen. Auch die zentrale Rolle des Aufsichtsrates ist hervorzuheben: Als Kontrollinstrument der Mitglieder muss er in deren Auftrag, möglichst in der Satzung durch die Liste der zustimmungspflichtigen Entscheidungen konkretisiert, bei wichtigen Fragen seine Zustimmung erteilen.

Vermeiden von Spekulation

Die Genossenschaft ist für eine große Anzahl gleichberechtigter Personen bzw. Betriebe konzipiert, insbesondere wenn sie auf Wachstum ausgerichtet ist. Entsprechend gehen Ein- und Austritt oder Eigenkapitalveränderungen unkompliziert vonstatten. Während bei der GmbH jedes Mal eine notarielle Beglaubigung mit entsprechenden Kosten erforderlich ist oder Kapitalerhöhungen in der Aktiengesellschaft von der Aktionärsversammlung beschlossen werden müssen, werden solche Veränderungen bei der Genossenschaft »unbürokratisch« durch entsprechende Eintragungen in der Liste der Genossenschaftsmitglieder vollzogen.

Damit wird nochmals der entscheidende Unterschied zu anderen Handelsunternehmen mit umweltverträglichen Strom deutlich. Bei diesen werden die Interessierten entweder per Vertrag Stromabnehmer oder durch Kapitalzeichnung Gesellschafter (Aktionär). Bei der Genossenschaft werden sie beides, möglichst verankert in der Satzung mit dem Passus, dass die Genossenschaft vor allem das Mitgliedergeschäft betreibt.

Vorteil und Nachteil zugleich bei der Genossenschaft ist die Teilneutralisierung des Kapitals. Wer wieder aus der Kooperation aussteigt, hat nur Anspruch auf den Nennwert seiner Einlagen. Ein Zugriff auf den so genannten inneren Wert bzw. die stillen Reserven bleibt ausgeschlossen, solange dies nicht ausdrücklich anders in der Satzung verankert wird. Auf diese Weise hält sich zwar der Anreiz in Grenzen, weiteres Kapital als die Pflichtanteile in die Genossenschaft einzuzahlen. Gleichzeitig werden aber bei Austritten kapitalmäßige Auszehrung des Unternehmens wie bei der GmbH oder spekulative Handlungsmöglichkeiten wie bei der Aktiengesellschaft vermieden. Kooperatives Verhalten im Umgang mit dem gemeinsamen Eigentum ist somit auch rechtlich gestützt.

Kontrolle fördert Vertrauen

Keine Unternehmensform weist so wenige Unternehmenszusammenbrüche bzw. Konkurse auf wie die Genossenschaft. Erklären lässt sich dies damit, dass die Genossenschaft eine behütete Rechtsform ist: Jedes genossenschaftliche Unternehmen muss Mitglied eines Revisionsverbandes sein, der eine Gründungsprüfung und in regelmäßigem ein- oder zweijährigem Abstand weitere Prüfungen durchführt. Wichtigstes Ziel ist, eine Gefährdung der Belange der Mitglieder, der Kunden und Gläubiger zu vermeiden. Insofern können auch Mitglieder, die aus zeitlichen oder auf Grund fehlender wirtschaftlicher Kenntnisse selbst die Aktivitäten der Geschäftsführung nicht überprüfen (können), sicher sein, dass mit ihren Einlagen verantwortlich umgegangen wird. Ein weiteres Argument für die betonten Begriffe Transparenz und Vertrauen.

Auch kann eine zusätzliche Bindung an die Leistungen der Genossenschaft leichter erfolgen als in anderen Unternehmensformen. Hintergrund hierfür ist einmal mehr der gesetzlich verankerte Unternehmenszweck der Genossenschaft »die Förderung ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb«. Dies bedeutet, nicht die Kapitalverwertung und damit die Verzinsung des eingebrachten Kapitals steht im Vordergrund. Vielmehr geht es um die Nutzung der Angebote der Genossenschaft.

Wer auf diese Weise mit zu deren wirtschaftlichen Erfolg beiträgt, kann auch finanziell Vorteile über das Instrument der Rückvergütung erhalten: Überschüsse fließen, orientiert an der Höhe der Umsätze der Mitglieder mit der Genossenschaft, teilweise an diese zurück. Wer also konsequent Umweltstrom nutzt, kann gegebenenfalls von daraus entstehenden Überschüssen mehr profitieren, als Mitglieder, die eben nur Mitglieder sind, also »nur« Genossenschaftsanteile gezeichnet haben.

Breites Einsatzspektrum

Wie eine Stromeinkaufs- bzw. -handelsgenossenschaft im Einzelnen zu konzipieren ist, sollte von Gründungsgruppen nach einer grundsätzlichen Entscheidung für eine genossenschaftliche Struktur selbst entschieden werden. Dazu gehört, ob der Pflichtanteil, also die Höhe oder Zahl der Anteile für eine Mitgliedschaft hoch oder niedrig anzusetzen ist. Wird auf eine Vielzahl von Mitglieder und ausschließlich auf den Handel mit Strom gesetzt, sollte der Pflichtanteil möglichst niedrig liegen (beispielsweise fünf Anteile zu 100 DM). Ist es auch Ziel, dass die Genossenschaft selbst Eigentümerin von Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung wird, so daß ein gewisses Investitionsvolumen benötigt wird, müsste der Pflichtanteil höher angesetzt werden (beispielsweise fünf oder zehn Anteile zu 200 DM).

Zweck der Genossenschaft wäre es dann, möglichst viel umweltfreundlichen Strom selbst zu erzeugen. Am Anfang könnte noch Umweltstrom zugekauft werden, aber in Zukunft wären gegebenenfalls auch Überschüsse an andere Stromhandelsunternehmen abzugeben. Mit der zweiten Orientierung würde sich das Genossenschaftsmodell von den meisten derzeitigen Unternehmen, die Ökostrom verkaufen (wollen) unterscheiden, weil sie versucht, möglichst auch Eigentümer der Anlagen zu sein. Entscheidende zu klärende Fragen wären allerdings: Der Käufer bzw. Nutzer von Ökostrom hat keinen unmittelbaren persönlichen Nutzen für seine Mehrausgabe im Unterschied zu Nutzern von Naturkost oder Naturtextilien. Welche besonderen Strategien könnten also eingesetzt werden, um im Stromsektor die strukturelle Trittbrettfahrerproblematik anzugehen? ●

Rückfragen: Burghard Flieger, Organisationsberater und Genossenschaftsexperte, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel.: (07 61) 70 90 23

FORTSETZUNG VON SEITE 12

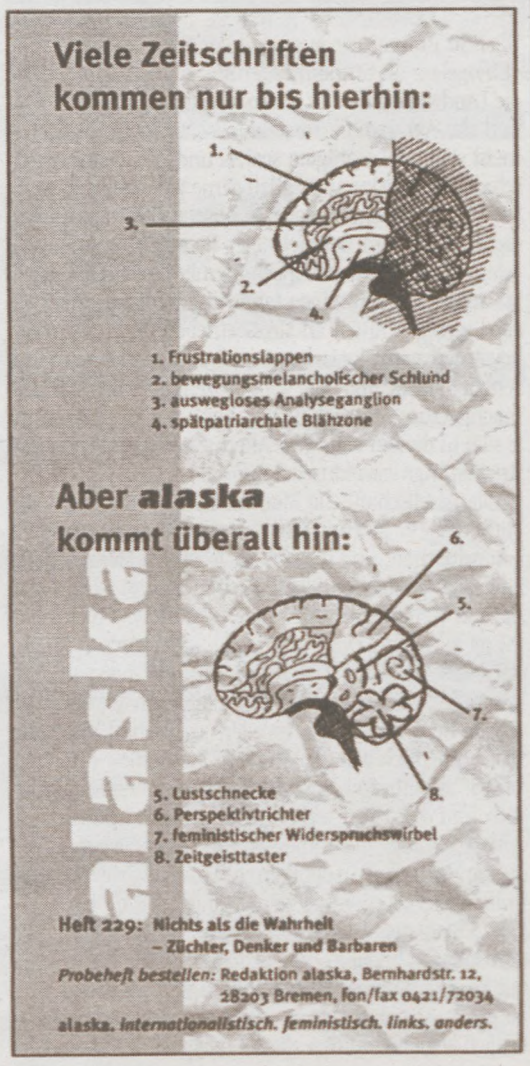
Hasler stimmt in die häufig vorkommende »Schwarz-Weiss-Malerei« nicht ein. Er lässt sich weder auf Aussagen wie »Selbstverwaltung ist die Zukunft« noch »Sie wird nicht überleben« ein. Vielmehr arbeitet er mit dem empirischen Daten heraus, dass sie wohl eine Alternative zur herkömmlichen Erwerbswirtschaft darstellt und noch über eine Reihe von Weiterentwicklungspotenzialen verfügt. Ähnlich verhält es sich mit den anderen Aufsätzen. Sie sind sachlich, konkret, nicht abstrakt wissenschaftlich und vermeiden die Euphorie aus der Zeit des Gründungsbooms.

Dies gilt auch für Franziska Amstutz mit dem Beitrag »Selbstverwaltung im Gastgewerbe: Innerbetriebliche Erfahrungen seit den 70ger Jahren«. Sie interviewte sechs Beizen in der Rechtsform der Genossenschaft. Deutlich wird, dass Gaststätten eine Domäne der Schweizer Selbstverwaltung sind, vergleichsweise viele Neugründungen aufweisen und unter der hohen Fluktuation der Mitglieder leiden. Ihr Ergebnis: »Im Gegensatz zu früher, als diffuse Idealvorstellungen dominierten, wird heute höhere Professionalität, klarere Strukturierung und Bereitschaft zu vermehrter Eigenverantwortung ein höherer Stellenwert beigemessen.«

Auch die anderen Aufsätze arbeiten bei den verschiedenen Problemthemen die idealistischen Anfänge und die wachsende Pragmatik bei den Lösungsversuchen heraus. So verdeutlicht Simone Seiler unter der Überschrift «Der Lohn in der Selbstverwaltung: Ist der Einheitslohn passee?«, dass auch bei der wachsenden Zahl so genannter abgestufter Lohnsysteme weiterhin Elemente des Einheitslohns enthalten sind. Es werden aber weitere Gerechtigkeitsansprüche als nur den der Gleichheit mit einbezogen. Insofern kann betont werden: Die Aufsätze geben einen guten Einblick in den Diskussionsstand der Selbstverwaltung in der Schweiz. Und vor allem enthalten sie vielfältige Anregungen auch für die Auseinandersetzung in Deutschland.

Isidor Wallimann (Hg.): Selbstverwaltung. Entwicklung und Perspektiven, soziale Bewegungen, Krisen und soziale Ökonomie (Edition Heuwinkel) Neu-Allschwil / Basel 1996, DM 58,00.

Anzeige



Öffentlicher Beschäftigungssektor

Die Buchbeiträge zur Debatte um Auswege aus der Massenarbeitslosigkeit füllen mittlerweile ganze Bibliotheken. Ein Vorschlag, der stark von der PDS und von den Kirchen halbherzig propagiert wird, ist der eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS). Am Beispiel des ÖBS lassen sich interessante ideologische Fronten feststellen. Im Gegensatz zur bemerkenswerten Koalition der ÖBS-BefürworterInnen wollen die Grünen lieber eine neoliberale private Dienstleistungsökonomie, während die Gewerkschaften eine Fortsetzung der Beschäftigungspolitik (ruhig auch zu Niedriglöhnen) vorziehen, stellen doch die in einem ÖBS geförderten Tätigkeiten das männliche Gewerkschaftsbild von produktiver Arbeit zu stark in Frage.

Unter einem ÖBS wird hier ein Sektor verstanden, der zwar öffentlich finanziert wird, insofern den Staat in die Pflicht nimmt, aber jenseits der traditionellen Beschäftigungspolitik liegt. Dieser Unterschied kann vor allem in der Bezahlung – im Gegensatz zu sonstigen beschäftigungspolitischen Gepflogenheiten – nach Tarif, und im Inhalt der geförderten Beschäftigungsverhältnisse festgestellt werden. Die geförderten Arbeitsplätze umfassen eine große Bandbreite an Tätigkeiten und sollen vor allem der Stärkung der Selbstorganisation (auf lokaler Ebene) und der sozialen und ökologischen Innovation dienen.

Das Buch »Zwischen Markt und Staat« dokumentiert den Stand der programmatischen Debatte zum ÖBS und auch erste Erfahrungen mit der Etablierung eines ÖBS in Mecklenburg-Vorpommern durch die rosa-rote SPD-PDS-Koalition auf Landesebene. Nach einigen einführenden Beiträgen, in denen der These vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« eine Absage erteilt wird, finden sich in dem Band Aufsätze zu Sozialstaat und »Dritter Sektor« (auch so ein Modewort) und zur Finanzierung eines ÖBS. Den Schluss bildet ein Bericht zu öffentlich geförderter Beschäftigung in Frankreich und ein kritisches Resümee der neuen Beschäftigungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern aus der Sicht des dortigen Arbeitslosenverbandes.

Jenseits dessen wie mensch zu einem ÖBS steht, bietet das Buch trotz einiger Wiederholungen eine gute Einführung in den Stand der Debatte unter denjenigen, die ihn propagieren. Die AutorInnen stammen fast durchgängig aus der PDS, meist aus der Bundestagsfraktion oder deren wissenschaftlichen Umfeld. Der fundierteste Beitrag stammt hingegen von Mathias Brodkorb, einem Jungsozialisten, der den ÖBS sehr kritisch untersucht und der PDS vorwirft, den ÖBS als Reparaturwerkstatt des Kapitalismus (miss)zu verstehen. Brodkorb führt auch die Gefahren auf, die im Zusammenhang mit einem ÖBS nicht ausgeblendet werden dürfen: Lohndumping, oder auch, dass einige der Tätigkeiten sehr nahe an der von Konservativen so gerne propagierten Bürgerarbeit liegen. Wichtig ist der Aufsatz von Anja Wollny, die die Auseinandersetzung mit einem ÖBS von einem feministischen Standpunkt aus sucht. Ihr Resümee: Ein ÖBS wäre eine kleine Möglichkeit, eine andere Arbeitsbewertung zu ermöglichen. Er hebt aber nicht per se die geschlechtsspezifische Zuordnung und Bewertung von Arbeit auf. Also wird sehr genau zu prüfen sein, welche Tätigkeiten gefördert werden, wer »selbstbestimmte Eigenarbeit« leistet, und wer währenddessen die Haus- und Pflegearbeit macht.●

Bernd Hüttner

Harald Werner (Hrsg.): Zwischen Markt und Staat. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor; 200 S., 29,80 DM; VSA Verlag, Hamburg 1999

Landwirtschaft in Österreich

Über 50 Prozent der Ausgaben der Europäischen Union (EU) gehen als Strukturförderung und Subventionen in die Landwirtschaft. Das unterstreicht den hohen Stellenwert der Agrarpolitik im europäischen Kontext, der im meist städtisch geprägten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs nur allzu gerne vernachlässigt wird. Die österreichische Gruppe »Kritische Geographie« will dieses Defizit am Beispiel einer Bestandsaufnahme der österreichischen Landwirtschaft mit beseitigen helfen. Mit seiner kleinräumigen landwirtschaftlichen Struktur, dem geringen Anteil an Großbetrieben und seinem hohen Anteil an ökologischem Landbau, der 1998 zehn Prozent der Fläche und über acht Prozent aller Betriebe ausmachte (zum Vergleich BRD: 2,1 bzw. 1,4 Prozent) könnte sich in diesem Land eine Alternative zu großen (industriellen) Agrarstrukturen herausbilden.

Die gesellschaftliche Modernisierung Österreichs seit Mitte des 19. Jahrhunderts unterwarf gerade auch die Landwirtschaft, und die von ihr lebenden Menschen, einem tief greifenden Veränderungsprozess. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschleunigte sich dieser Prozess und führte zu einer »Deagrarisierung« des Landes. Die erst seit den beginnenden 50er Jahren bestimmenden agrarindustriellen Produktionsformen wurden von der agrarisch tätigen Bevölkerung wie von der Gesellschaft insgesamt widersprüchlich wahrgenommen. Zum einen wurde der Verlust an althergebrachten Lebens- und Wirtschaftsformen und des damit verbundenen Wissens beklagt, zum anderen wurden die immensen Produktivitätsgewinne in der Landwirtschaft in der Form (relativ) niedriger Lebensmittelpreise als positiver »Wohlstandsgewinn« begriffen. Von Seiten der Agrarpolitik wurde diese Entwicklung ebenso zweischneidig begleitet, indem Maßnahmen zu einer Verzögerung des Modernisierungsprozesses (im Sinne einer »sozialen Abfederung«) von politischen Handlungen begleitet wurden, die die Deagrarisierung und das Höfesterben noch beschleunigten.

Mit der beginnenden Krise des fordistischen Entwicklungsmodells Ende der 70er Jahre und einer zusehends stärkeren Hinterfragung des Industrialisierungsprozesses und seiner (negativen) ökologischen Folgen, ergeben sich neue Perspektiven für die Landwirtschaft. Neben einer weiteren Modernisierung im Sinne einer Anpassung an den Wettbewerb auf dem Weltmarkt, richtet sich ein wachsender Teil der österreichischen Landwirtschaft allmählich in eine ökologische Richtung aus, die versucht, trotzdem konkurrenzfähig zu sein. Der EU-Beitritt Österreichs 1995 wirkte dabei als verstärkender Faktor: Die Losung vom europäischen »ökologischen Feinkostladen«, der mit österreichischen landwirtschaftlichen Produkten beliefert wird, hat sich seither in der Agrarpolitik breit gemacht.

Vor dem Hintergrund dieser Makroprozesse wenden sich die 15 Beiträge vier Hauptthemen zu: Den ökonomischen und agrarpolitischen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft Ende der 90er Jahre und deren Entwicklung und politischer Regulation seit dem 19. Jahrhundert. Desweiteren werden Alternativen (z.B. Biolandbau, Direktvermarktung, Subsistenz) vorgestellt und die sehr wichtige Frage thematisiert, wie die soziale Gruppe der BäuerInnen heute von anderen gesellschaftlichen Gruppen wahrgenommen wird. Hervorhebenswert sind hier die Aufsätze zur Geschichte verschiedener ideologischer Interpretationsmuster von »BäuerIn-Sein« und zum Bild der Landwirtschaft, wie es sich in Schulbüchern zeigt.

Das sehr interessante Buch versammelt Beiträge auf der Höhe der Zeit und ist – sieht mensch vom Spektrum der Agraropposition um die AbL ab – den allermeisten Publikationen zum Thema in der Bundesrepublik weit voraus. Sicher kann etliches aus der österreichischen Debatte auf Grund der unterschiedlichen Agrarstruktur nicht auf die Bundesrepublik übertragen werden; es bleibt aber genug übrig, »weltmarktfähiger Biolandbau« z.B., mit dem es sich zu beschäftigen lohnt.●

Bernd Hüttner

Kritische Geographie (Hrsg.): Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne; 256 Seiten, 38 DM, Promedia Verlag, Wien 1999 (ISBN 3-85371-152-9)

Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion

»Nicht die Medien verändern die Welt, sondern die Menschen.«

Was verbindet die Nachbarschaftsbewegung in Chile mit entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Deutschland? Gibt es, sieht man einmal von eventuellen Kooperationsprojekten ab, Parallelen und Anknüpfungspunkte zwischen deren jeweiliger alltäglicher Praxis? Oder geriete man nicht zwangsläufig in eine äußerst prekäre Situation, wollte man diese beiden Phänomene vergleichen?

Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion von *Boris Scharlowski* versucht diesen Spagat erst gar nicht. Vielmehr stellt der Autor bereits eingangs fest, dass es nicht darum gehen kann, Äpfel und Birnen miteinander zu vergleichen. Statt dessen schlägt Scharlowski vor, die jeweilige kritische Öffentlichkeitsproduktion, ein Begriff, den er auf Grund der eindeutig westlichen Prägung des Terminus »Gegenöffenlichkeit« überzeugend einführt, in ihrer sozio-politischen Bedingtheit eingehender zu betrachten. Dabei führt er den Leser in einem anschaulichen Spaziergang durch die Entstehungsbedingungen und die anschließende Herausbildung von Formen kritischer Öffentlichkeitsproduktion in den beiden Ländern.

Scharlowski lässt sich ausreichend Zeit, die Fährnisse und Untiefen beider emanzipatorischer Diskurse auszuleuchten. So schildert er u.a. mit Bezug auf Gramsci eindrücklich, wie sich in Chile zu Beginn der siebziger Jahre die Diktatur des Augusto Pinochet etablieren konnte und gleichzeitig kontinuierlich und ausdauernd versuchte, das Medienwesen gleichzuschalten und den vorherrschenden politisch-ökonomischen Bedürfnissen anzupassen. Doch gleichermaßen untersucht er, wie sich zunehmend soziale Initiativen zusammengeschlossen haben, um in dem autoritär-repressiven Gesellschaftskontext unterdrückte Informationen zu verbreiten, für die eigenen Belange Aufmerksamkeit zu erlangen oder Menschen für den politischen und sozialen Widerstand zu gewinnen. Dabei erlaubt ihm der Rekurs auf Gramsci auch die interne Widersprüchlichkeit der Bewegung zu erfassen. Denn nicht nur die zweifelsohne extrem harten äußeren Bedingungen erschwerten die Existenz und somit auch die Öffentlichkeitsproduktion der sozialen Bewegungen. Sondern auch Entwicklungen in der Zivilgesellschaft brachten einige relevante Vorstösse zum Scheitern.

Diese Widersprüchlichkeit trifft auch auf die Herausbildung und Konsolidierung der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik zu. Scharlowski folgt den Spuren, wie sich dort im Laufe der Jahre eine eigene Form der »Dritte-Welt-Öffentlichkeit« herausbilden konnte. In seiner Schrift, die gleichzeitig seine Dissertation ist, untersucht er, wie in einer hegemonial angelegten Demokratie westlichen Typs unangepasstes, herrschaftsrelativierendes Wissen und solidarische Verhaltensmuster verbreitet werden können.

Dabei kommt ihm seine eigene Erfahrung als Presse- und Bildungsreferent bei der Alternativhandelsorganisation *BanaFair* zugute. Als langjähriger Kenner der entwicklungspolitischen Szene reflektiert er u.a. eigene Erfahrungen, wie vermittels Medienarbeit Öffentlichkeit auch jenseits der »Szene« für entwicklungspolitische Belange aufgeschlossen werden kann und mit welchen Hindernissen dabei zu rechnen ist. Als Beispiel dafür, wie jene Widerstände produktiv zu überwinden und idealerweise in gesellschaftlich relevantes Handeln zu überführen sind, stellt der Autor das aktionsorientierte Modell des Fairen Handels vor, dessen Chancen und Grenzen er eingehend diskutiert.

Leider spart *Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion* die zunehmend relevantere Rolle der elektronischen Medien aus. Ein Exkurs, in dem der Autor die Nutzung und gesellschaftliche Bedeutung der neuen digitalen Medien diskutiert, hätte das Werk abgerundet. Doch indem der Autor die Rahmenbedingungen, unter denen Öffentlichkeit zu emanzipatorischen Zwecken genutzt werden kann, untersucht, gelingt es ihm, eine Brücke zwischen neuen sozialen Bewegungen in Chile und Deutschland zu schlagen.

Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion ist als Band 14 in der Reihe Erziehung und Gesellschaft im internationalen Kontext des Frankfurter IKO-Verlages erschienen.●

Dieter Schmidt

Boris Scharlowski, Prozesse kritischer Öffentlichkeitsproduktion. Die Beispiele der Comunicación popular in Chile und der entwicklungspolitischen Informationsarbeit in Deutschland. Frankfurt am Main, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 1999. 366 S., DM 49,80
ISBN 3-88939-511-2

Nachhaltig – aber wie?

In den 70er Jahren hat der Club of Rome erstmals auf die »Grenzen des Wachstums« hingewiesen. Doch die Warnungen waren schnell vergessen. Der Verbrauch an Ressourcen und Energie in den Industriestaaten ist weiter gestiegen. Auch die so genannten Energiekrisen, bedingt durch die Verteuerung des Erdöls, hatten kein wirkliches Umdenken zur Folge. Seit Ende der 80er Jahre sind die Energiekosten – nach realen Preisen – sogar wieder gesunken. Die Umweltbewegung und die in ihrem Gefolge entstehende Umweltpolitik konzentrierten sich lange Zeit auf Einzelschadstoffe: saurer Regen, Waldsterben, kaputte Böden, verschmutzte Seen und Flüsse standen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Bessere Schornsteinfilter und Autokatalysatoren waren die Antwort.

Zwei Ereignisse machten jedoch deutlich, dass punktuelle, lokale Schadstoffbekämpfung nicht reicht: Das Bewusstwerden eines möglichen, menschenverursachten Klimawandels rief die globale Dimension der ökologischen Herausforderungen wieder in Erinnerung. Und die allmählich dämmernde Gewissheit, dass der materielle Wohlstand des »Westens« nicht das Vorrecht einer kleinen Minderheit der Erdbevölkerung bleiben wird – dies ist eine der Tatsachen der gegenwärtigen Globalisierung, ob als Perspektive »nachholender Entwicklung« begrüßt oder als »Verwestlichung der Welt« bzw. »Siegeszug des Kapitalismus« kritisiert – verwiesen erneut auf die »Grenzen des Wachstums«. Ein neuer Begriff begann die Umweltdebatte zu bestimmen: Nachhaltigkeit. »Nachhaltige Entwicklung« wurde zum Schlüsselbegriff vieler Problemlösungsstrategien und damit zum Synonym für »Zukunftsfähigkeit«.

Nachhaltigkeit bedeutet – kurz gesagt – die Wahl von Wirtschafts- und Lebensweisen, die sicherstellen, dass auch spätere Generationen ihre Bedürfnisse nach Wohlstand und Lebensqualität in angemessener Weise befriedigen können. Und die es ernst meinen, fügen hinzu: Die Wahl von Wirtschafts- und Lebensweisen, die von allen ErdenbürgerInnen beansprucht werden können, ohne das globale Ökosystem zu zerstören. Wenn auch von vielen in vielerlei Absichten gebraucht, so machte der Begriff der Nachhaltigkeit doch deutlich, dass es Grenzen des Wachstums gibt und dass Entwicklung nicht allein »nachholende« Entwicklung der Länder des Südens sein kann, sondern auch und insbesondere mit der Umsteuerung bei uns in den so genannten Wohlstandsländern zu tun hat. Die Chance des Begriffs Nachhaltigkeit liegt in der Erkenntnis, dass Umweltschutz nicht mehr etwas sein kann, das dem Leben einfach hinzugefügt wird – etwa indem wir Müll trennen –, sondern dass ein grundlegender Wandel unserer Wirtschafts- und Lebensweisen gefordert ist, dass ökologische Umsteuerung technologischer, sozialer und kultureller Innovationen bedarf.

Dieses umfassende Verständnis von Nachhaltigkeit ist die Klammer der in diesem Band vereinten Beiträge, die mehrheitlich auf Veranstaltungen der von *Robert Jungk* gegründeten *»Bibliothek für Zukunftsfragen«* in Salzburg basieren.

In den Robert-Jungk-Memorial-Lectures 1995-1997 erkunden zunächst *Ernst U. v. Weizsäcker, Dorothee Sölle* und *Thea Bauriedl* verschiedene Pfade des Kurswechsels. Während Ernst U. v. Weizsäcker die bei weitem nicht ausgeschöpften Potenziale der Effizienzsteigerung durch intelligente Technologien und Dienstleistungen ins Zentrum seiner Betrachtungen stellt, thematisieren Dorothee Sölle und Thea Bauriedl auf je unterschiedliche Weise die Defizite einer auf das Ökonomische reduzierten Lebensweise sowie Ansätze einer (wieder) zufindenden Beziehungsfähigkeit zwischen den Menschen, in den Institutionen und in der Politik sowie gegenüber der Natur.

Im Kapitel »Zukunft in Diskussion« werden Aspekte nachhaltigen Wirtschaftens, Arbeitens und Lebens beleuchtet. *Joachim H. Spangenberg* macht die Notwendigkeit eines umfassenden Herangehens an das Leitziel »Nachhaltige Entwicklung« deutlich. *Peter Spiegel* legt in der Folge dar, dass Zukunftsfähigkeit nicht ohne den Ausgleich zwischen Nord und Süd zu haben sein wird.

Dass ein Überdenken unserer Arbeitsgesellschaft nicht nur aus sozialen Überlegungen notwendig ist – Wege aus der sich auf hohem Niveau verfestigenden Arbeitslosigkeit sind demokratiepolitisch dringend geboten –, sondern auch ökologisch Sinn macht, ist die Ausgangsthese der beiden folgenden Beiträge. Während *Erich Kitzmüller* für ein allgemeines, eine »Tätigkeitsgesellschaft« ermöglichendes Grundeinkommen plädiert, lenkt *Ingrid Kurz-Scherf* die Aufmerksamkeit auf neue, auch die Geschlechterfrage berücksichtigende Arbeitszeitpräferenzen.

Wie eng neue Sichtweisen von Lebensqualität und Wohlstand mit Ökologie zusammenhängen, machen zwei weitere Beiträge deutlich. *Wolfgang Sachs* hofft auf einen Wandel im Konsumverhalten und sieht darin eine neue politische Macht. *Marianne Gronemeyer* verweist auf die Tücken unserer Beschleunigungsgesellschaft und die Illusion, durch die permanente Mehrung der »Weltangebote« Freiheit zu gewinnen. Ihr Plädoyer: Einübung in Langsamkeit.

Im dritten Abschnitt – mehrheitlich im Kontext unserer Veranstaltungstätigkeit entstandene Interviews mit Gästen – werden noch einmal unterschiedliche Aspekte nachhaltiger Entwicklung thematisiert. *Elmar Altvater* macht deutlich, warum allgemeine Veränderungsappelle nicht reichen, sondern vielmehr neue, von der Politik zu gestaltende »Regeln für alle« notwendig sein werden. Der Begründer des Worldwatch Instituts in Washington, *Lester R. Brown*, macht im Bevölkerungswachstum sowie im bevorstehenden Klimawandel die Hauptprobleme des 21. Jahrhunderts aus und setzt – wie Altvater – auf eine Zeit, in der »die Märkte nicht mehr lügen«.

Jakob von Uexküll fordert im selben Sinne eine politische Regulierung des sozial und ökologisch aus den Fugen geratenden Globalisierungsprozesses der Wirtschaft. Er plädiert u. a. für die Einrichtung eines Weltumweltrates analog dem Weltsicherheitstrat der Vereinten Nationen. *Wolfgang Sachs* warnt in der Folge hingegen – insbesondere mit Blick auf Rio und die Folgekonferenzen – vor einer vom Westen diktierten Umweltpolitik als »globalem Management«, wenn dabei die »Fähigkeit zur Selbstbegrenzung« des Nordens außer Acht bleibt.

Einen konkreten Beitrag zur Nachhaltigkeit für N[illegible] und Süd skizziert *Hermann Scheer* mit seinem Plädoyer für eine völlig neue Energiepolitik auf solarer Basis. Für ihn ist der Umstieg auf erneuerbare Energieträger der Schlüsselbeitrag zu einer zukunftsfähigen Entwicklung. Praxisbezogen ist auch der Beitrag von *Rudolf Doernach*. Er zeigt, wie naturnahes Bauen und Wohnen in einer »Biotektur« aussehen und – wiederum für Nord und Süd – zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen beitragen kann.

Den Schlusspunkt setzt noch einmal *Marianne Gronemeyer*, die – bei aller Notwendigkeit des Entwickelns von Alternativen – auf der Wichtigkeit des kritischen Hinterfragens des Bestehenden im Sinne eines produktiven Zweifels besteht. Denn: »Radikal« sei, »so wie die Dinge liegen, noch immer nicht radikal genug.«

Die Beiträge dieses Buches mögen – wie unsere Arbeit in der Bibliothek für Zukunftsfragen generell – nicht als schlüsselfertige Antworten verstanden werden, sondern als Denk- und Handlungsangebote, als Facetten einer Umsteuerung, für die nachhaltige Entwicklung als übergeordnete Leitlinie steht. Vielleicht denken Sie: Noch ein Buch über Nachhaltigkeit. Was wir brauchen, sind aber Taten. Das stimmt und stimmt nicht. Es stimmt etwa hinsichtlich der längst überfälligen Ökologisierung unserer Steuersysteme. Der Kurswechsel erfordert aber nach wie vor auch eine Änderung in unseren Köpfen, ein Innehalten, ein Hinterfragen unserer zur Selbstverständlichkeit gewordenen, verschleißorientierten Lebensweisen und – mit Marianne Gronemeyer gesprochen – mitunter auch die Kunst des Unterlassens. Auch dazu will der Band beitragen.

Bleibt die schöne Aufgabe, den Referierenden zu danken nicht nur für ihr Engagement, mit dem sie ihre Vorstellungen für die Zukunft bei uns zur Diskussion gestellt haben, sondern auch für ihr Entgegenkommen, diese für den vorliegenden Band zur Verfügung zu stellen.●

Hans Holzinger
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen / Hans Holzinger (Hg.): Nachhaltig – aber wie? Wege zur Zukunftsfähigkeit. Salzburg, 1999. 206 Seiten, ISBN 3-9501181-0-1 öS 156,- DM/sFr 20

»Methoden der BürgerInnen-Beteiligung«

In über 1.300 Städten, Gemeinden und Kreisen haben Räte beschlossen, mit ihren Bürgerinnen und Bürgern und wichtigen gesellschaftlichen Kräften in einen Konsultationsprozess für die lokale Agenda 21 einzutreten. Allerdings wird häufig offenkundig, dass ausreichendes methodisches und instrumentelles Wissen für die Durchführung von Konsultationsprozessen fehlt.

Auf 30 Seiten hat die CAF eine kleine Auswahl an praktikablen Instrumenten mit Städtebeispielen zusammengestellt. Weitere Methoden aus den USA wie »Planning for real«, oder »Community organizing« oder »Open Space«-Konferenzen runden das Bild ab. Der Literaturteil bietet weiterführende Informationen.

Die Broschüre kann gegen 7 DM (plus Porto) ab sofort bezogen werden über:
CAF / Agenda-Transfer, Budapester Str. 11, D-53111 Bonn, Tel.: (02 28) 60 46 10, Fax: 604 61 17
Email: caf@agenda-transfer.de
URL: www.agenda-transfer.de

JOBS

Großes Naturkostfachgeschäft (230qm) sucht Verstärkung!
Wir wünschen uns Fachkenntnis, längerfristige Perspektive, Teamfähigkeit und hohe Belastbarkeit.
Schriftliche Bewerbungen an:
Abraxas Naturkost, Friedrichstr. 35,
D-67433 Neustadt/Weinstr.

JOBSUCHE

Ich (25J.) suche ab 2.2000 bzw. 8.2000 Ausbildungsplatz zur Landwirtin (3 Lj.) auf Bio-Betrieb mit u.a. Milchvieh. Gerne vielfältige Hofgemeinschaft mit offenen, interessierten Menschen.
Erfahrungen in der Geflügel- u. Bullenmast, mit Milchvieh u. im Ackerbau.
Auf Eure Antwort freut sich Heike Lorenz, Schillerstr. 2, D-55262 Heidesheim

PROJEKTE

Die **Hammer Kommune** sucht MitbewohnerInnen. Wir sind sieben Erwachsene und drei Kinder in einem großen Haus mit großem Garten. Tragende Elemente unserer Kommune sind: gewaltfreie, linke politische Arbeit, Entscheidungen nach dem Konsensprinzip, gemeinsame Ökonomie. Schreib uns!
Fangstr. 118, D-59077 Hamm oder
E-Mail: hammer@t-online.de

Wir suchen Menschen für die Neugründung einer Landkommune mit Bio-Landbau und Verbindung zu Stadtprojekt in Bremen (ggf. ABM-Stelle möglich).
☎ (04 21) 70 66 16 oder 7 68 40

[Pro]jektwerkstatt in Saasen ([n]ahe Gießen): Nach den Kämpfen gegen Etablierung und Schöner-Wohnen ist die Phase eines leeren Hauses Vergangenheit. Schritt für Schritt nähern wir uns (demnächst zu dritt) der Vision eines politischen Zentrum mit politischer WG, die ihr »Heil« nicht in »Schöner Wohnen«, Reiki&Co., Sprücheklopfen und Abhängen oder möglichst viel Staatsknete sieht. Gleichberechtigt leben, Widerstand, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit und vieles mehr – von Antifa bis Öko. Vorhanden: Wohnhaus, politische Arbeitsräume, Bibliotheken, Tagungshaus.
Gesucht: Leute mit radikalem Lebensansatz. Leben im Bauwagen oder in den Zimmern des Wohnhauses ... ob nun häufig unterwegs oder intensiv rund um das Haus tätig.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎ (0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de.

VERKAUF

Versandantiquariat sucht KäuferIn: Literatur, Gesellschaftswiss., Geschichte, Politik u.v.m.. Ca. 80.000 Bücher. Nur komplett gegen Gebot.
Chiffre: Klappe!Text

SONSTIGES

TeilnehmerInnen für internationale Jugendbegegnungsmaßnahmen in Afrika, Nahost, Asien und Lateinamerika gesucht!
Der Service Civil International e.V. (SCI) ist eine internationale Freiwilligenorganisation und vermittelt jährlich Jugendliche und Erwachsene in 600 internationale Workcamps auf der ganzen Welt.
Aufforstungsarbeiten in Panama, Mitarbeit in einem Jugendzentrum in Paraguay, Renovierung von Schulen in Simbabwe, Hilfe beim Schulunterricht in Togo, Unterstützung einer Spenden-Sammel-Fahrradtour auf Mauritius oder Friedensarbeit in Sri Lanka: In über 20 Ländern Afrikas, des Nahenostens, Asiens und Lateinamerikas können engagierte junge Menschen ab 21 in zwei- bis vierwöchigen Workcamps Eindrücke und Erfahrungen in enger Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung sammeln.
Die Vorbereitungsseminare finden im April 2000 statt.
Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen für die Vorbereitungsseminare sind erhältlich bei:
Service Civil International, Blücherstr. 14, D-53115 Bonn
☎ (02 28) 21 20 86, Fax 26 42 34
E-Mail: aal@sci-d.de
http://www.sci-de.de

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr u.a. zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Zusätzlich gibt es seit August 1999 die Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommune

ARNie INFO EXPRESS
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

- ★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
- ★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen sowie Texte anderer regionaler Gruppen
- ★ mit großer regionaler Presse-Schau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
- ★ jetzt mit "Kurz & LINKS Bündig"
- ★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
- ★ erscheint zum 15. jeden Monats

ARNie gibt es:
❒ **für 4,- DM pro Ausgabe**
❒ **im Abo zzgl. 1,- DM Versand**
❒ **Soli-Abo für 60.-/??.- DM / 10 Ausg.**
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1126,
69401 Eberbach

>...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen...<
Karl Marx

Die SoZ · Sozialistische Zeitung
- ★ bringt alle 14 Tage auf mindestens 16 Seiten Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.
- ★ steht für eine demokratische sozialistische Alternative.
- ★ sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.

Kostenlose Probeausgabe bestellen!
SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
E-Mail <soz@link-lev.de>

express

ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

- ★ NACHRICHTEN VOM 'WAREN-LEBEN IM VALSCHEN' IM BETRIEBSSPIEGEL
- ★ INDUSTRIAL RELATIONS IN THEORIE UND PRAXIS
- ★ DEBATTEN ZUR POLITIK DER ÖKONOMIE
- ★ UND DAS 10 MAL IM JAHR

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse)

Name
Straße
Ort

AFP
PF 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel. 069 / 88 50 06, Fax 82 11 16

Espero - Sondernummern
Edition Anares Bern
Markus - Henning
Max Stirners Egoismus
40 S. / 5,00 DM ISBN 3-9052-53-09
Alfredo Bonanno
Max Stirner und der Anarchismus
30 S. / 6,00 DM ISBN 3-905052-61X
P.M. / Autor von Bolo'bolo
Der arbeitsfreie Mittwoch - Für eine planetarische Alternative
30 S. / 5,00 DM ISBN 3-905052-62-8
Harry Rosina
Jean Améry - P.R.A.U.S.T. oder der Letalfaktor
60 S. / 10,00 DM ISBN 3 -905052- 64-4
Uwe Timm
Was ist eigentlich Faschismus?
60 S. / 10,00 DM ISBN 3-905052 -63-6
Klaus Schmitt
Entspannen Sie sich, Frau Ditfurth!
63 Seiten / 7,00 DM
Bestellungen, Anfragen an die Espero-Redaktionen: Uwe Timm, Wulmstorfer Moor 34b, 21629 Neu Wulmstorf oder Jochen Knoblauch, Knobelsdorffst.8, 14059 Berlin
E - mail: Utespero@aol.com und Knobi@t-online.de

antimilitarismus information 1/00
Ihr Schwarzgeld für unsere Spendenquittung!
ami

- Bioethik-Konvention in Kraft
- Razzia-Überfall im Berliner Mehringhof
- Outsourcing bei der Bundeswehr
- EU bekommt Interventionsarmee
- Montenegro: Balkan-Krieg Nr. 5?
- Filz und Friedensforschung
- Dienstweihnachtsbäume in Österreich
- Jahresregister 1999 uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). *Probeheft gratis*
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
http://userpage.fu-berlin.de/~ami
Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

anarchistisch gewaltfrei
graswurzelrevolution

- widerstand gegen staat und krieg
- befreiung im alltag
- transnationalismus
- aktuelle politik aus gewaltfrei-anarchistischer sicht
- rezensionen
- concert for anarchy u.v.m.

Jahresabo: 40 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo: 3 Ausgaben gegen 10 DM Vorkasse
Förderabonnentinnen und Spenderinnen herzlich willkommen

NEU
Bücher der Graswurzelrevolution:

Lou Marin
Ursprung der Revolte
Albert Camus und der Anarchismus
326 S.• 39,80 DM
ISBN 3-9806353-0-9

GWR (Hg.)
Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende
203 S.• 29,80 DM
ISBN 3-9806353-1-7

Graswurzelrevolution
Breul 43
D-48143 Münster
Tel. 0251/4829057
Fax 0251/4829032
www.comlink.de/graswurzel

GWR
Postbank Hamburg
Kto.-Nr.: 26657207
BLZ 200 100 20

Der erste Kalender im neuen Jahrtausend: der KALENDA der Anarchie!

Gnadenlos zum Anfang des chinesischen Drachenjahres publiziert (5.2.2000) geht er bis incl. Januar 2001 ! – Ihr habt schon einen Kalender? Macht niX! Der ist sowieso scheiße oder fällt schon auseinander – wie gut dass es einen einzig(un)@rtigen frischen fadengebundenen schwarzroten A 2000 gibt!
(Diesmal nur rare 1.000 Stück ! Exclusiv explosiv. Da heißts fiX sein!)

Natürlich kriegt ihr den 18. schwarzroten KALENDA zum Scheiß-Jahr 00 mit einer kräftigen Portion ANARCHIE geliefert – druckfrisch frei Haus, versteht sich! Den müsst ihr abziehen !!! Auf 288 Seiten (über 50 davon @dressen!) im Paperback findet ihr das berühmt-berüchtigte KALENDArium (wiedermal gestaltet von @ndi) mit vielen Cartoons, Grafiken, Fotos, Spruechen und Daten zur libertären Weltsicht und dazwischen A-Geschichte, A-Projekte, Erwägungen was abgeht und wie.
Diesmal (update):

Der Elchtest
● Anarchie in Schweden, C.I.R.A.-@rchiv, WWWie jehts billja?, CAB
● Anarch@kuriere, FRAKTAL – libertäre Literatur, Freie Netze, Explo 2000, Anarch@-Biker RMR, Heloho, DadA news, ABC, etc..

Ansonsten »The same Procedure as every Millenium.«: preisstabile 15 DM Vorauskasse (!) an das B@yernkonto 508 48 801, Ralf G. Landmesser, Postbank München, BLZ 700 100 80, oder cash/ec an R.G.Landmesser/SCHWARZROTBUCH VERLAG, Rathenower Str. 22, D-10559 Berlin.

Wichtig: Eure Adresse !!! Massenrabattz ab 5 Stk. 11 DM, ab 20 Stk. je 10 DM incl. Versandkosten, ab 250 Stk. nur je 8 DM + Porto/Verp..
Natürlich gibts den KALENDA 2000 auch im echt g u t e n Buchh@ndel (Ausliefrg. z.Zt. direkt über SRV !).

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

edition krisis: beiträge zur kritik der warengesellschaft

Krisis 23:
Krise der Politik - Politik der Krise

ca. 180 Seiten, Broschur,
DM 20 / öS 147 / sFr 19.50
ISBN 3-89502-101-6

Aus dem Inhalt:
Franz Schandl: Das Phänomen Haider – Prototyp einer neuen Rechten in Europa?
Gerhard Scheit: Demokratischer Rassismus und Outsourcing des Staates
Zum Verhältnis von Nation und Bande
Ernst Lohoff: Das neue Simulationsmodell
Die sozialdemokratische Rückkehr zur Politik in Form der Notstandsverwaltung
Robert Bösch: Über eine Theorie des Mangels
Zur Psychoanalyse von Jacques Lacan (Teil 2)
Rezensionen · Kommentare · Glossen

Horlemann Verlag · Postfach 1307 · 53583 Bad Honnef
Fax 02224-5429 · e-mail: horlemann@aol.com

Anti-Militarismus+Feminismus+Wirtschaft&Soziales
Linke Debatte+Anti-Rassismus+Kultur
Anti-AKW-Bewegung+Anti-Faschismus
Geschichte+Anti-Nationalismus+Internationalismus

Es gibt gute Argumente
www.akweb.de

für ein *ak*-Abo
3 x ak für 10 DM*
*verlängert sich automatisch zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.
Unsere Abo-Preise:
60 - 90 - 150 DM
Sozial - Normal - Förder - Preis für ein Jahresabo

ak *analyse & kritik*
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Rombergstr.10, 20255 HH, t: 040-40170174, f: - 40170175, ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

Die beiden unabhängigen Umweltzeitungen Berlins erscheinen jetzt gemeinsam.

DER RABE RALF
Umweltabhängiges Monatsblatt Seit 1990
Anders leben
Ökologie - Ökonomie
AGENDA 21
Ohne Auto mobil
Umwelt-Bibliothek
Tips-Termine-Infos

Naturschutz • Umweltpolitik • Öko-Tips • Bücher für Kinder
Seit 1984
Berliner Luft - Zeitung

Kostenlos an den einschlägigen Auslageorten in Berlin oder für 4 DM pro Ausgabe per Unterstützungsabo ins Haus. Kostenlose Probenummer: GRÜNE LIGA, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, ☎ (030) 44 33 91-0

SCI Service Civil International, Blücherstr. 14, 53115 Bonn
Workcamps
Urlaub mit Engagement
Jetzt kostenlose Informationen anfordern !!!
fon: 0228-212086 info@sci-d.de www.sci-d.de

KONTAKTE

Projekt sucht Partner/in
Projekt, hübsch an kahlen Berghängen in Quellgebieten gelegen, mit 7 Jahren Erfahrung und hervorragenden Zukunftsperspektiven durch die Pflanzung von einheimischen Baumarten, sucht aufrichtige/n und großzügige/n Partner/in (Alter egal) für weitere finanzielle Unterstützung.
Zuschriften bitte an:

Pro REGENWALD
Froschammerstr. 14
80807 München
Tel.: 089-359 8650
www.pro-regenwald.org

IM POSTFACH

Leserbrief zum Schwerpunkt »Plakate autonomer Bewegungen«, CONTRASTE Nr. 184

Nachdem es im Buch »Hoch die Kampf dem« und auch im Dossier der »Jungle World« vom 27. 10. 1999 falsch zugeordnet war, soll es wenigstens hier berichtigt werden: Das in CONTRASTE als Abbildung 2 dokumentierte Plakat »Was wäre der Staat ohne Mauern?« stammt nicht aus Frankfurt, sondern aus Konstanz am Bodensee und ist auch nicht von 1998, sondern aus dem Jahre 1988 – was im Buch und im Jungle World Dossier auch so richtig steht). In dem angesprochenen Buch sind noch (mindestens?) zwei weitere Fehler enthalten: Das Plakat Nr. 105 stammt meiner Meinung nach aus Stuttgart (und nicht aus Göttigen), und Plakat Nr. 248 thematisiert zwar Krefeld, mobilisiert aber offensichtlich für eine Veranstaltung in Essen.

Bernd Hüttner, Bremen

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netzhessen@t-online.de; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch,** Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin,** Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; **Information & Kommunikation, 73527 Schwäbisch Gmünd,** Karl Dietz, Sandweg 9, ☎ (07171) 6 94 88, E-Mail: dietz@koma.free.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach, 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 7.-9.4.2000

Los geht's:
Selbstbestimmt leben
– Gruppen gründen
Auch an Pfingsten 2000 (8.-12.6.) lädt die Kommune Niederkaufungen wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 300 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.

When I'm 64 ...
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden verglichen: die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema Altersvorsorge, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 24.-26.3.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
http://home.t-online.de/~tagunghaus

TAUSCHRINGE

In Kooperation zwischen dem Friedrichshainer und dem Kreuzberger Tauschring wird eine Seminarreihe angeboten, die kontinuierlich fortgeführt werden soll. Ziel dieser Reihe ist es, ein Bildungs- und Diskussionsforum für TauschringerInnen und an Tauschringen interessierten Menschen aufzubauen.
Die Themen der ersten drei Seminare sind:
Anspruch und Realität in den Tauschringen
Anhand der Umfrageergebnisse der Diplomarbeiten von Julia Gerometta und Annette Wallentin über den Friedrichshainer Tauschring kann exemplarisch das Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit der InitiatorInnen und auch der TeilnehmerInnen eines Tauschrings diskutiert werden. Gibt es einen Widerspruch zwischen dem ökonomisch-politischen und dem sozialen Anspruch? Was verstehen wir unter »Selbsthilfe«? Wie verorten sich Tauschringe in der Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement? Welche Motive hatten wir zu Beginn unserer Tauschring-Arbeit? Was lässt sich davon realisieren? Welche Barrieren tauchen auf?
Subsistenz versus Weltmarkt
Durch die Gegenüberstellung der beiden extremen Positionen – der Selbstversorgung und weitgehender Autonomie der Menschen in einer Region auf der einen und der Optimierung zur Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite – soll versucht werden, ein Modell zu entwickeln, in dem sich Tauschringe bewegen können. Was ist in diesen Szenarien wünschenswert, was nicht? Was wollen wir auf keinen Fall? Wie könnten Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Ökonomie aussehen?
Welche Werte brauchen Tauschringe?
»Wer nicht betrügt, ist selber schuld!« Zwischen dieser Feststellung von TauschringteilnehmerInnen über das normale Leben und der Nachbarschafts- und Selbsthilfe besteht anscheinend ein riesiger Graben. Genau in diesem Spannungsverhältnis bewegen sich die Tauschringe aber. Konkurrenz, Egoismus bis hin zum Betrug werden in der Gesellschaft immer salonfähiger oder erscheinen sogar als gefordert. Wie können andere Werte wie Solidarität und ein gerechter menschlicher Umgang miteinander in Tauschringen wieder erfahren und gelebt werden? Wie gehen wir mit den dabei entstehenden Konflikten um?
Die Veranstaltungen finden am 5. Februar, am 18. März und am 6. Mai 2000 im Selbsthilfe-Treffpunkt der Volkssolidarität Berlin-Friedrichshain, Boxhagener Str. 62a in der Zeit von 10 bis 16 Uhr statt. Für die Teilnahme ist eine telefonische oder schriftliche Anmeldung erforderlich bis spätestens Montag vor den Seminaren und zwar im Büro der Grünen Liga, Stichwort »Tauschring-Seminare«, Weidenweg 62 (HH), D-10245 Berlin
☎/Fax (0 30) 42 01 68 11 oder beim Kreuzberger Tauschring, Nachbarschaftsheim Urbanstraße, Urbanstr. 21, D-10961 Berlin
☎(0 30) 692 23 51, Fax 690 40 467
E-Mail: Kreuzberger.Tauschring@gmx.de

ÖKODORF-INSTITUT

25.-27. Februar Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der Delphin-Gemeinschaft im Schwarzwald
10.-12. März Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung im Lebensgarten Steyerberg bei Hannover
31.3.-2. April Die Inneren Fesseln sprengen – Seminar für Fortgeschrittene zur Visionssuche, Entscheidungsfindung und Konfliktlösung in der Delphingemeinschaft Schwarzwald.
14.-16. April Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in der Delphin-Gemeinschaft im Schwarzwald
19.-21. Mai Die Inneren Fesseln sprengen – Einsteigerseminar zur Visionssuche, Entscheidungsfindung und Konfliktlösung in der Delphingemeinschaft Schwarzwald.
6.-12. Juni ÖKODORF-Festival – Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in Gemeinschaft am Bodensee.

INA, KÖLN

Krise der Arbeit
– Ursachen, Folgen, Auswege
Die Automation ist immer ein Traum der Menschheit gewesen. Heute, wo sich dieser Traum verwirklicht, erweist er sich für immer mehr Menschen als Alptraum. Warum ist die Problematik der Massenarbeitslosigkeit nicht mit den herkömmlichen marktwirtschaftlichen Rezepten zu bewältigen? Welche gesellschaftlichen Folgen stehen bevor? Kann das Konzept der »Neuen Arbeit«, wo Erwerbsarbeit mit Eigenarbeit verknüpft wird, Auswege aufzeigen? Was Projekte heute schon erreicht haben, wird anhand der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim« und anderen vorgestellt und diskutiert.
Bildungsurlaub
Termin: 3. bis 7.4.2000
Preis: 330 DM (ermäßigt 160 DM)
Information & Anmeldung:
Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98

SOZIALPOLITIK

Soziale Arbeit hat Zukunft
Realitäten zwischen Politik und Kapital
Die »Krise des Sozialen« ist derzeit in aller Munde. Sie ist keine unmittelbare Folge der wirtschaftlichen Globalisierung, sondern Folge der neoliberalen Wirtschafts- und Standortpolitik. In nächster Zukunft wird es weder möglich sein, den nationalen Wohlfahrtsstaat in seiner herkömmlichen Form zu konservieren, noch wird eine internationale Absicherung tatsächlich gerechter Sozialpolitik zu erreichen sein.
Sozialpolitik und soziale Arbeit, die sich dem Globalisierungsprozess nicht ohnmächtig gegenüber sehen, können notwendige wohlfahrtsstaatliche Arrangements nur mit einer Doppelstrategie der Europäisierung und gleichzeitiger Dezentralisierung / Kommunalisierung von nationalstaatlichen Beschränkungen befreien. Dazu muss Sozialpolitik in die Offensive gehen, um gegenüber global wirtschaftendem Kapital verlorenes Terrain zurückzugewinnen.
Auf dieser Arbeitskonferenz der Zeitschrift SOZIAL EXTRA am **17./18.3.2000** in Potsdam sollen Analyse und Kritik aktueller Sozialpolitik in Deutschland einhergehen mit dem Versuch, Antworten auf die neuen Fragen sozialer Arbeit zu skizzieren.
Information & Anmeldung:
Sozial Extra Verlag, Bärenstr. 6, D-65183 Wiesbaden
Fax (06 11) 37 91 81
E-Mail: konferenz@sozialextra.de
www.sozialextra.de

Fundraising
»Wenig Geld« und knapper werdende öffentliche Mittel stellen zunehmend mehr Initiativen und Projekte vor Schwierigkeiten. Private Drittmittelfinanzierung wird daher für soziale, kulturelle, politische Vorhaben immer wichtiger. Fundraising verspricht Abhilfe.
Ein Informations- und Trainingsseminar vom 25.-27.2.2000 in Berlin will *Grundlagen zum Thema Spenden/Sponsoring* vermitteln und Verlauf und Ergebnis von Fundraisingaktivitäten diskutieren. Zielsetzung ist es, zu einer realistischen Einschätzung bestehender Möglichkeiten zu gelangen, Chancen und Risiken der verschiedenen Verfahren auszuloten.
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT,
Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
http://www.mitarbeit.de

GESUNDHEITSTAG 2000

Die Zukunft mitgestalten
In Berlin fand 1980 der 1. bundesweite Gesundheitstag statt. Vom 31. Mai bis 4. Juni 2000 soll nun wieder ein Gesundheitstag in Berlin seine Arbeit aufnehmen. Die folgenden Punkte aus dem Aufruf zum Gesundheitstag skizzieren die bisher vorhandenen Themenbereiche, die auf Veranstaltungen zum Gesundheitstag 2000 berarbeitet werden könnten:

- **Kommunikation und Kooperation** – schmucke Worte für Sonntagsreden? Hausarzt, Facharzt, Kliniken, Sozialstationen, Selbsthilfegruppen, Psychologen: Jeder arbeitet isoliert vor sich hin. Welche Netzwerke und Kooperationsformen taugen für die Zukunft?
- **Krankenkassen** – Bürokratische Kolosse ohne Innovation und Vision. Wie müssen die Kassen der Zukunft aussehen?
- **Fortschritt der Medizin** – Albtraum oder Hoffnung? Gentechnik, Klonung, künstliche Befruchtung, Transplantions- und Intensivmedizin, Telemedizin und Gläserner Patient: Was wollen, dürfen, müssen wir tun?
- **Pflege im Wandel** – Entwickelt sich die Pflege zur neuen Heilkunst? Wie können »cure&care« gleichermaßen zur Geltung kommen?
- **Patienten und Ärzte** – Gegner oder Partner? Rechte, Wissen und Verantwortung in einer problematischen Beziehung.
- **Prävention** – Hilfe für ein gesundes Leben: Schule, Fernsehen und was noch?
- **Mensch, Arbeit und Umwelt** – Gesundheitskultur und Lebensräume im 21. Jahrhundert
- **Alternative Medizin und Esoterik** – Ernst zu nehmendes Angebot oder Spielwiese für Abzocker?
- **Gesundheitspolitik und Gesellschaft** – Markt, Staat oder was?
- **Wissenschaftstheorien und Menschenbilder** – Paradigmenwechsel in der Medizin? Was leisten Pflege- und Gesundheitswissenschaften?

Wie sollen Leben und Arbeiten, Gesundsein und Kranksein in Zukunft aussehen? Welche Modelle schlagt ihr vor? An welchen Konzepten arbeitet ihr? Wie kommen wir aus der jetzigen Krise? Welche Maßnahmen sind nötig? Wie kann alles besser werden?
Zukunft – hat das was mit uns zu tun? Schickt uns eure Visionen und Beiträge für Diskussionsrunden, Arbeitsgruppen und Projekte!
Kontakt:
Gesundheitstag 2000, Sarrazinstr. 3, D-12159 Berlin
☎(0 30) 85 99 97 79, Fax 85 99 97 78
E-Mail: info@gesundheitstag.de
http://www.gesundheitstag.de

RADIKAL REISEN

2000 Jahre Christentum
– Verhältnis von Staat und Religion am Beispiel der Türkei
Das Verhältnis zwischen Staat und Religion ist thematischer Schwerpunkt. Neben einem historischen Abriss des Säkularisierungsprozesses wollen wir uns mit dem gegenwärtigen Umgang der Republik mit dem Islam und anderen Religionsgruppen beschäftigen. Die Rolle des Militärs als sogenannter Hüter der laizistischen Verfassung soll hinterfragt, zivilgesellschaftliche Alternativen – auch im Hinblick auf das Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland – erörtert werden.
Termin: August, Türkei – Istanbul/Ankara

Peru: Neoliberalismus
Politikwissenschaftler sind sich einig: Peru ist einer der lateinamerikanischen Staaten, dessen sogenannte »Demokratie« derzeit wohl am meisten, nämlich bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wird. Im Zuge einer radikalen, neoliberalen Umstrukturierung der Wirtschaft werden nach und nach sämtliche Staatsbetriebe an ausländische Privatinvestoren vertickt; die harten Auflagen von IWF und Weltbank werden von dem populistischen Präsidenten Alberto Fujimoro geschickt instrumentalisiert, um als »Sachzwänge« von der kontinuierlichen Unterhöhlung der Menschenrechte abzulenken. Die »Politik der harten Hand« fand besonders zu Beginn seiner ersten Amtszeit großen Zuspruch, denn wie in vielen Ländern Lateinamerikas glauben auch die meisten PeruanerInnen, dass die drängenste Not zunächst nur unter den Bedingungen einer »Demokratur« bekämpft werden kann. Da dieser Irrtum nur langsam aufzufliegen droht und nächstes Jahr Wahlen in Peru anstehen, muss der Präsident sich die notwendige Legitimation durch medienwirksame Auftritte (Motto: Gut-Ding-will-Weile-haben) sichern. Trotz Verstoßes gegen die Verfassung – in der maximal zwei Amtszeiten vorgesehen sind – tritt Fujimori noch einmal an...
Peru kennenzulernen ist für alle die interessant, die einen autoritären Staat mit einer demokratischen Fassade kennenlernen wollen. Natürlich ist das Land vor allem auch wegen seiner Menschen, der rauhen Natur, der Kultur, Musik, des Essens und des Bieres wegen eine Reise wert! Natürlich werden wir versuchen, Kontakte zu politischen Gruppen vor Ort herzustellen, u.a. mit einer Gruppe in Huaraz (Andines Hochland).

Russland – Moskau:
»Grund- und Freiheitsrechte«
Als neue Partnerorganisation werden wir uns die Jugend von JABLOKA anschauen und uns mit ihnen über die Lage Russlands vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen unterhalten. Den thematischen Schwerpunkt der Reise bildet der Bereich der (neu erworbenen bzw. zugestandenen) Grund- und Freiheitsrechte. Es sind Treffen mit Kriegsdienstverweigerern (und entsprechenden Unterstützungsorganisationen) sowie mit kritischen JournalistInnen geplant.
Termin: 20.-31.8.2000
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

FRAUEN

JAHRESPROGRAMM 2000

Das Bildungs- und Tagungshaus Osteresch in Hopsten-Schale hat das Jahresprogramm 2000 vorgelegt. Für das Frühjahr plant Osteresch das Einstellen aller Termine gemeinsam mit anderen Frauenbildungshäusern im Internet. URL: www.osteresch.de.
Die Printversion kann ab sofort bestellt werden über Frauen- und Bildungshaus Osteresch, Strautweg 4, D-48496 Hopsten-Schale
☎(0 54 57) 15 13, Fax 16 94
E-Mail: team@osteresch.de

FACHTAGUNG

Frauenbildung – das ist Bildung von Frauen für Frauen. Ein Qualitätsraum. Unsere Vision ist eine bundesweite und europäische Vernetzung der Frauenbildung. Die Frauenbildung, die Bildung von Frauen für Frauen anbietet, ist zur Zeit in Deutschland weitgehend regional und/oder in einem Bundesland vernetzt. Kooperationen zwischen einzelnen Einrichtungen sind wenig, zwischen den alten und neuen Bundesländern selten.
Im Rahmen eines Innovationsantrages des Weiterbildungsgesetzes des Landes NRW haben vier Frauenbildungswerke zum Thema »Konkurrenz und Kooperation unter den Frauenbildungseinrichtungen« gearbeitet. Ergebnis ist, dass *eine erfolgreiche Kooperation unter Frau*enbildungseinrichtungen bundesweit gelingen muss. Bei dem jährlichen Treffen der Frauenbildungshäuser ist dieses Ergebnis des Innovationsprojektes diskutiert worden und es konnte eine Fachtagung »Frauenbildung – von Frauen für Frauen« im Juni im Frauenlandhaus Charlottenberg initiiert werden. Zu dieser Tagung sollen Frauenbildungseinrichtungen, ca. 200, die Interesse an einer Vernetzung und Kooperation haben, eingeladen werden.
Nähere Infos s.o.

ANGOLA

Konferenz:
Angola – Ein Land wird geplündert
»Gestern war die dunkle Nacht des Kolonialismus. Heute ist das Leiden des Krieges, aber der Morgen wird das Paradies sein. Dieser Morgen ist nie gekommen, nur ein ewiges Heute.« (Pepetela 1992)
Vom **28.-30.04.2000** in der Akademie Hofgeismar Veranstaltet von der Akademie Hofgeismar und medico international.
Im Schatten der Weltöffentlichkeit geschieht seit Jahren ein Skandal: Inmitten reichster Erdöl- und Diamantenvorkommen wird die Zivilgesellschaft zwischen den beiden Kriegsparteien und den Profitinteressen transnationaler Konzerne zerrieben. Die gesamte Region im südlichen Afrika ist von dem Krieg betroffen uns sieht sich einem gigantischen Militärarsenal gegenüber. Auf der Tagung berichten ReferentInnen aus Angola, ExilangolanerInnen, PolitikerInnen und Angehörige von Hilfsorganisationen von der Lage im Land. Die Ursachen des nicht enden wollenden Krieges sollen ergründet und nach möglichen Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.
Weitere Informationen:
Ev. Akademie Hofgeismar, Jens Haupt, Schlösschen Schönburg, Postfach 1205, D-34362 Hofgeismar
☎(0 56 71) 88 11 16, Fax 88 11 54

SOMMERCAMP

Wendland-Sommercamp vom 22.-30. Juli 2000. Info Verdener Umweltwerkstatt, Atilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 71

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg